

Beschluss

Alles für Alle, Alle für Alle! Unser Arbeitsprogramm 2025 - 2027

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Weltweit toben Kriege, die soziale Spaltung wächst und die Klimakrise eskaliert
2 immer weiter. Die Brombeer-Koalition in Thüringen steht ohne eigene Mehrheit da
3 und die schwarz-rote Koalition im Bund ist nur mit unsicheren Mehrheiten
4 ausgestattet. Während in Thüringen die Sperrminorität der faschistischen AfD
5 unsere politische Realität prägt, verschieben AfD und CDU allerorts die Grenzen
6 das Sag- und Machbaren konsequent nach rechts. Unsere Demokratie und die
7 gesellschaftliche Solidarität stehen unter Druck. Autoritäre und extrem rechte
8 Kräfte gewinnen zunehmend an Boden - dennoch gilt: Wir lassen uns nicht
9 unterkriegen.

10 Als Jusos Thüringen haben wir in den letzten Jahren gezeigt, dass wir nicht
11 aufhören, wenn es unbequem ist, dass wir gemeinsam und solidarisch für unsere
12 Vision von einem besseren Morgen kämpfen.

13 Angesichts der Krisen unserer Zeit dürfen wir nicht stehen bleiben. Es braucht
14 keine Verwaltung des Status quo. Nein - es braucht linke Politik, um sich dem
15 Trend entgegenzustellen und eine Kehrtwende herbeizuführen.

16 Unser Auftrag in den kommenden zwei Jahren ist klar: Junge linke Stimmen hör-
17 und sichtbar machen, Mehrheiten für linke Ideen organisieren und den Rechten
18 unermüdlich die Stirn bieten. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen; wir
19 sind laut, wenn wir laut sein müssen; wir sind unbequem, wenn wir unbequem sein
20 müssen und wir stehen stets solidarisch zusammen. Das folgende Arbeitsprogramm
21 ist der Leitfaden unserer politischen Arbeit für die kommenden zwei Jahren.

22 1. Kling Klang, du und ich - Wir Jusos Thüringen!

23 Als Jusos Thüringen sind wir ein sozialistischer, queerfeministischer und
24 internationalistischer Richtungsverband. Als linker Jugendverband sind wir
25 außerdem überzeugt antifaschistisch! Auf diesen Säulen basiert unsere politische
26 Arbeit im Kampf für eine solidarische Gesellschaft:

- 27 • **Sozialismus:** Wir treten für eine gerechte Welt ein, die Menschen aus ihren
28 materiellen Zwängen befreit und demokratische Grundwerte in allen
29 Lebensbereichen verwirklicht.
- 30 • **Queerfeminismus:** Wir kämpfen für die Überwindung patriarchaler Strukturen,
31 für die Herstellung echter Gleichstellung und ein selbstbestimmtes, freies
32 Leben für alle, außerhalb von Geschlechtergrenzen.
- 33 • **Internationalismus:** Globale Krisen machen an Grenzen keinen Halt. Deshalb
34 streiten wir für internationale Solidarität und eine Politik, die globale
35 Gerechtigkeit ins Zentrum stellt.

- **Antifaschismus:** Rechte Ideologien sind für uns schon lange kein neues Phänomen mehr. Wir stellen uns ihnen entschieden entgegen – ob auf der Straße, in den Parlamenten oder überall sonst. Kein Fußbreit dem Faschismus!

Sozialismus! Was denn sonst?

Wir sind davon überzeugt: Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist die zentrale Ursache für Ungleichheit und Ausbeutung. Deswegen fußen unsere politischen Lösungen auf einer marxistischen Analyse der Gesellschaft. Die materiellen Lebensbedingungen prägen das Bewusstsein der Menschen. Es reicht uns nicht, nur Symptome der Ungleichheit zu bekämpfen; wir wollen die kapitalistischen Strukturen überwinden. Nicht Profite, sondern Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Um das zu erreichen, kämpfen wir für antikapitalistische Strukturreformen, die Machtverhältnisse verschieben, Kapitalkonzentration zurückdrängen und das Vermögen gerecht umverteilt – von oben nach unten, von West nach Ost. Deswegen treten wir weiterhin für höhere Erbschafts- und Vermögenssteuern, die Einführung des Grunderbes und den konsequenten Kampf gegen Steuerschlupflöcher ein.

Sozialismus verstehen wir dabei als Prozess. Im fortlaufenden Kampf um die Befreiung von materiellen Zwängen, braucht es den Zusammenschluss von progressiven Partnern, um Mehrheiten zu organisieren und die notwendigen Veränderungen herbeizuführen. Auf diesem Weg sind Gewerkschaften unsere natürlichen Verbündeten. Wir stehen zusammen, nicht nur am 1. Mai! Es gilt nach wie vor: Wer Juso ist, gehört auch in die Gewerkschaft! Gemeinsam kämpfen wir für die Vier-Tage-Woche, ein allgemein gültiges Jugendticket, den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum und eine gerechte Ausbildungsvergütung für Auszubildende!

Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus. Die notwendigen Veränderungen der Gesellschaft müssen durch die Demokratisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbedingungen erreicht werden. Demokratie ist in dieser Hinsicht allerdings nicht nur Mittel, sondern vor allem auch Zweck. Eine vollendete Demokratie kann nur erreicht werden, wenn die ökonomischen Machtverhältnisse gleich verteilt sind.

Sozialismus ist kein „nice-to-have“. Eine Veränderung unseres Wirtschaftslebens ist zwingend notwendig. Das zeigt uns insbesondere die Klimakrise. Der Kapitalismus zerstört unsere Lebensgrundlage unaufhaltsam. Ausbeutung von Ressourcen, Raubbau an Mensch, Tier und Natur sowie die rücksichtslose Vermüllung sind die direkte Folge des hemmungslosen Strebens nach Profiten in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Devise lautet deshalb: System change, not climate change!

Sozialismus verstehen wir aber auch als die klare Absage an die zunehmende Entsolidarisierung in der Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der jede:r nur für sich kämpft, nach unten tritt und nach oben buckelt, ist für uns nicht erstrebenswert. Stattdessen sind wir die laute Stimme für ein solidarisches Miteinander.

Gegen Menners - Queerfeminismus ist die Antwort!

Keine befreite Gesellschaft, ohne die Überwindung der patriarchalen Strukturen! Als queerfeministischer Verband kämpfen wir für die vollständige Geschlechtergerechtigkeit. Das kann nur gelingen, wenn wir das gesellschaftliche

84 Bewusstsein dafür geschaffen haben, dass die vermeintlich natürliche Binarität
85 von Geschlecht nichts anderes als eine Konstruktion ist, die ausgrenzt und
86 diskriminiert.

87 FLINTA (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche
88 und agender Personen) sind bis heute überproportional von Benachteiligung,
89 Stigmatisierung, Gewalt, Unterdrückung und Unterrepräsentation betroffen.
90 Männerbünde sind Teil einer patriarchalen Ordnung; wir kämpfen für eine
91 Gesellschaft, in der sie keinen Platz haben. Diesen Kampf beginnen wir in
92 unserem Verband und unserer Partei. Für die Überwindung des Patriarchats und
93 eine diverse Gesellschaft kämpfen wir auf der Straße, in den Parlamenten und im
94 Alltag.

95 Deswegen rücken wir FLINTA und ihre Erfahrungen in den Mittelpunkt unserer
96 politischen Analyse. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung und das
97 gesellschaftliche Zusammenleben in der aktuellen Form funktioniert nur, weil
98 FLINTA den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit im Haushalt und der Familie
99 tragen. Care Arbeit ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit – sie ist
100 zentraler Teil der Verteilungsfrage!

101 „My body – my choice!“ ist mehr als eine Parole - sie ist unsere Überzeugung.
102 Auch wenn die Abschaffung des § 219 StGB in der letzten Legislaturperiode
103 gescheitert ist, kämpfen wir weiter für die Abschaffung der §§ 218, 219 StGB,
104 die die körperliche Selbstbestimmung von FLINTA weiterhin kriminalisieren und
105 massiv einschränken. Schwangerschaftsabbrüche sind kein Verbrechen. Sie sind
106 Gesundheitsversorgung und Menschenrecht!

107 Das Patriarchat ist nur überwunden, wenn alle Menschen frei, selbstbestimmt und
108 sicher leben können. Dass wir dieses Ziel noch lange nicht erreicht haben,
109 zeigen Angriffe auf die Christopher Street Days von extrem Rechten, die sich
110 seit dem Sommer 2024 intensiviert haben. Aber auch die Verdrängung queerer
111 Sichtbarkeit im politischen Raum unter dem Deckmantel vermeintlicher
112 „politischer Neutralität“ von Seiten der CDU zeigen den aktuellen Backlash in
113 aller Deutlichkeit. Wir stellen uns dem als queerfeministischer Richtungsverband
114 entschieden entgegen. Wir binden queere Themen in unsere politische Arbeit ein
115 und denken queere Perspektiven stets mit. Das umfasst nicht nur die Begleitung
116 und Unterstützung der CSD-Veranstaltungen in Thüringen, sondern auch die aktive
117 Bündnisarbeit mit Partner:innen außerhalb der CSD-Saison.

118 Als queerfeministischer Verband erteilen wir transfeindlichen Ideologien, z.B.
119 TERFS (trans-exclusionary radical feminism) eine klare Absage - sie sind kein
120 Teil unseres Feminismus und haben in unserem Verband keinen Platz. Auf Juso-
121 Bundesebene werden wir uns weiterhin für die queerfeministische Perspektive
122 einsetzen und dafür kämpfen, dass sie Teil des Selbstverständnisses der Bundes-
123 Jusos wird!

124 **No Borders – no Nation! Mehr Internationalismus wagen!**

125 Nationale Grenzen sind ein Konstrukt. Soziale Ungerechtigkeiten, Patriarchat und
126 Klimakrise machen an ihnen keinen Halt. Sie betreffen uns alle als
127 Weltgemeinschaft. Als internationalistischer Verband ist es daher für uns eine
128 Selbstverständlichkeit, die globale Solidarität in den Fokus zu nehmen.

129 Ein Schritt in diese Richtung ist unsere Vision der Vereinigten Staaten von
130 Europa als einem föderalen Staat, der auf Solidarität, Demokratie,
131 Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit basiert. Kurzfristig braucht es in der

Europäischen Union Reformen, die sie in Anbetracht der globalen Herausforderungen handlungsfähiger und demokratischer macht. Hierbei ist insbesondere die Einführung des Mehrheitsprinzips in EU-Strukturen und effektive Sanktionierungsmechanismen gegen Verstöße von EU-Recht und Richtlinien zu nennen.

Wir stellen uns klar gegen nationalistische und autoritäre Tendenzen – in Thüringen, Europa und der ganzen Welt. Insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs und der Zeitenwende ist klar: die europäische Sicherheitspolitik wird in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle spielen.

Der ungebremsen Aufrüstung Deutschlands und den neuen Vorschläge der CDU über die Wiedereinführung der Wehrpflicht erteilen wir eine klare Absage. Niemand darf zum Dienst an der Waffe gezwungen werden! Wir verstehen uns als antimilitaristischer Verband: Konflikte müssen im Rahmen des Völkerrechts und durch Dialog gelöst werden.

Kein Mensch ist illegal! Das gilt immer und überall. Ob in der Migrationspolitik in den Parlamenten oder in der gelebten Realität an den Grenzen Europas. Die Europäische Union muss Menschenrechte an den Grenzen garantieren und wahren. Illegale Pushbacks, wie sie durch die europäische Grenzschutzorganisation FRONTEX durchgeführt werden, und unmenschliche Zustände in Flüchtlingslagern, wie in den etlichen Nachfolgern des Lagers Moria, müssen ihr Ende finden und dürfen niemals stillschweigend ignoriert werden.

Deutschland war schon immer ein Einwanderungsland. Wir treten deswegen laut für eine progressive und menschenrechtsorientierte Asylpolitik ein. Es braucht deswegen die umfassende Überarbeitung des Asyl-, Einwanderungs- und Einbürgerungsrecht. Den andauernden Angriffen von Rechtsaußen auf das erst 2024 neu geschaffene Staatsbürgerschaftsrecht und der damit verbundenen Rücknahme einer schnellen Einbürgerung für sehr engagierte Mitbürger:innen treten wir entschieden entgegen. Auch der sich ausweitenden Einführung der stigmatisierenden und diskriminierenden Bezahlkarten in Thüringen und Deutschland stellen wir uns entgegen, ob im Gemeinderat oder auf der Straße, und solidarisieren uns mit Tauschbörsen. Grenzkontrollen sind keine Lösung zur Steuerung von Migrationsbewegungen. Asyl ist und bleibt ein Menschenrecht und Grenzkontrollen stehen im Widerspruch mit dem geltenden EU-Recht. Friedrich Merz und seine Regierung dürfen sich nicht für billigen Beifall von Rechtsaußen darüber hinwegsetzen.

Unsere internationalen Partnerorganisationen wie die Young European Socialists (YES), die International Union of Socialist Youth (IUSY) und vor allem das Willy.Brandt Center in Jerusalem sind in diesen global bewegten Zeiten wichtige Verbündete. Wir ermutigen unsere Mitglieder, sich dort zu engagieren und den internationalen Austausch lebendig zu gestalten.

Das “S” in SPD steht nicht für “Schmerz”! Unser Verhältnis zur SPD

Wir Jusos haben in den letzten Jahren immer wieder bewiesen: Wir sind ein eigenständiger, politischer Jugendverband mit einem breiten, allgemeinpolitischen Anspruch. Wir treten laut und unbequem für eine linke SPD ein, die Politik für die Vielen macht. Wir beschränken unser Wirken jedoch nicht nur auf die Arbeit in der Partei. Wir sind ein Teil der Arbeiter:innenbewegung - und die SPD bleibt das zentrale politische Werkzeug, um unsere Inhalte in konkretes Handeln zu übersetzen.

Und deswegen ist auch weiterhin klar: Wir arbeiten in kritischer Solidarität mit der SPD. Wir bringen Ideen ein, stellen Forderungen und erwarten, dass diese ernst genommen und diskutiert werden. Es braucht eine linke und laute SPD, die sich für die Vielen einsetzt und kämpft. Und dafür braucht es laute und linke Menschen, die aus Überzeugung kämpfen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt: Die Jusos Thüringen sind das linke Korrektiv, der inhaltliche Motor und die kampagnenfähige Kraft innerhalb der SPD Thüringen. Und das wollen wir auch in Zukunft bleiben.

Deswegen erhöhen wir weiter den Druck auf die Partei. Es braucht Reformen, um unsere Partei zukunftsfähig aufzustellen. Das betrifft nicht nur die Überarbeitung von Strukturen und die Wiederbelebung von Gremien und AGs, an der wir maßgeblich beteiligt sind, sondern auch eine inhaltliche Neuaufstellung. Die SPD Thüringen muss ihr linkes Profil wiederfinden, um sich in der Brombeer-Koalition zu behaupten und in der Bevölkerung anschlussfähig zu sein. Für uns steht fest: für konservativen Stillstand, ein "Treten nach unten" und reaktionäre Erzählungen im Namen der SPD gehen wir nicht auf die Straße. Das "S" in "SPD" steht eben nicht für "Schmerz" oder "Scham". Die SPD ist die Partei der Sozialdemokratie, die Partei der Arbeiter:innen, die Partei der Vielen - und nicht der Reichen, nicht der Populisten, nicht der Rechten. Unsere SPD kämpft für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Wenn die SPD Thüringen oder einzelne Mitglieder diesem Anspruch nicht gerecht werden, widersprechen wir und scheuen dabei auch nicht davor zurück, dies laut und öffentlich zu tun.

2. Es gibt noch viel zu tun – packen wir es an!

Juso sein heißt in den meisten Fällen, Politik ehrenamtlich zu meistern. Zwischen Schule, Ausbildung, Studium oder Beruf schaufeln wir uns Zeit, Energie und Kapazitäten für unsere politische Arbeit frei, weil wir davon überzeugt sind, dass es sich lohnt, für das gute Leben für Alle zu kämpfen.

Und in den kommenden zwei Jahre haben wir viel vor:

Politische Bildungsarbeit und Organisation

Die Jusos sind ein Ort der politischen Bildung. Unsere Bildungsarbeit bildet das Herzstück unserer Arbeit. Wir schaffen Räume, um Ideen zu entwickeln, in Utopien zu denken und an der Umsetzung in die politische Wirklichkeit zu arbeiten. Daneben ist das Teilen und die Weitergabe von Wissen und Skills für eine nachhaltige Bildungsarbeit unerlässlich.

Deswegen werden wir auch zukünftig Diskussionsrunden, Seminare und Workshops durchführen. Traditionelle Veranstaltungen, wie das Auftaktwandern in Gießübel und erprobte Formate, wie die FLINTA-Vernetzung, wollen wir weiterführen. Auch an dem neu geschaffenen Kreisvorsitzenden-Wochenende halten wir für eine tiefergehende Vernetzung zwischen den Kreisverbänden und ein besseres Skill-Sharing fest. Gleichzeitig werden wir andere Formate wie Wochenendseminare oder Thementage ausprobieren. Dabei nehmen wir vor allem ein Sommercamp mit den Beethoven-Verbänden und befreundeten Juso-Verbänden in den Blick und werden uns außerdem mit der Durchführung einer internationalen Bildungsreise auseinandersetzen.

Besonders wichtig ist es uns, dass alle an unseren Veranstaltungen teilnehmen können. Deswegen denken wir alle Mobilitätshürden mit und werden stets versuchen, eine Teilnahme für alle zu ermöglichen. Fahrtkosten werden auch

227 weiterhin vom Landesverband übernommen. Unsere Veranstaltungen werden auch
228 zukünftig in einem Mix aus digitalen, hybriden und Formaten in Präsenz
229 stattfinden.

230 • **Arbeitskreise**

231 In den letzten zwei Jahren haben wir thematische Arbeitskreise eingerichtet, die
232 der fokussierten inhaltlichen Arbeit dienen sollen. Diese sind offen für alle
233 Mitglieder und sollen einen Ort schaffen, an dem Mitglieder mit Unterstützung
234 des Landesvorstands eigenständig politische Themen bearbeiten können.

235 Die bestehenden Arbeitskreise sind:

- 236 • Klima und Umwelt
- 237 • Europa und Internationales
- 238 • Antifa und Antira
- 239 • "Ostdeutsche Identität"
- 240 • Umverteilung

241 Wir werden die Arbeitskreise weiterführen, die Taktung verstetigen und ihnen
242 einen regelmäßigen Rhythmus geben. Gleichzeitig wollen wir die inhaltlich
243 selbstbestimmte Arbeit der Arbeitskreise vorantreiben und ihre Bekanntheit im
244 Verband erhöhen.

245 In den Arbeitskreisen wollen wir uns auch kritisch mit unseren eigenen
246 Positionen auseinander setzen, um auf die immer komplexer werdende Weltlage auch
247 in Zukunft eine starke Antwort zu finden. Dabei stehen besonders Fragen der
248 Sicherheitspolitik, des immer stärker werdenden Rechtsrucks und der sich
249 beschleunigenden Klimakrise im Fokus.

250 • **FLINTA-Vernetzung**

251 FLINTAs in die Parlamente! FLINTAs her zu uns! Unser Verband ist männlich
252 geprägt, deswegen braucht es die FLINTA-Vernetzung als Ort des gegenseitigen
253 Empowerments, des Austausches und der gemeinsamen politischen Arbeit. Unser
254 Vernetzung ist ausdrücklich trans-inklusiv und arbeitet ohne thematische
255 Einschränkungen. Wir wollen das jährlich stattfindende FLINTA-Wochenende
256 fortführen. Daneben werden wir regelmäßige Treffen zum Austausch und Empowerment
257 durchführen, die sowohl in Präsenz als auch in digitaler Form stattfinden
258 sollen. Außerdem wollen wir FLINTA-only-Veranstaltungen durchführen, die gezielt
259 interessierte FLINTA ansprechen. Die Vernetzung mit feministischen und queeren
260 Bündnissen werden wir weiterführen und vertiefen. Insbesondere unsere Arbeit mit
261 den SPD Frauen werden wir in den kommenden zwei Jahren mehr in den Fokus nehmen.

262 • **Kommunalvernetzung**

263 Die Kommunalpolitik ist eine Herzensangelegenheit der Jusos. Viele engagieren
264 sich hier bereits seit Jahren oder fassen dort gerade Fuß.

265 Nach einem starken Kommunalwahlkampf haben wir es vielerorts erreicht, Jusos in
266 die Gemeinde- und Stadträte sowie in die Kreistage zu schicken. Die
267 Kommunalvernetzung dient als Raum für Austausch, Unterstützung und Diskussion
268 für alle kommunalpolitischen Mandatsträger:innen und Interessierte. Ihr Ziel

bleibt es auch weiterhin, Best-Practise-Beispiele zu teilen und gemeinsam kommunalpolitische Konzepte zu entwickeln. Wir werden regelmäßige Runden in Präsenz- und digitalen Formaten durchführen.

- **Kein Fußbreit dem Faschismus!**

Als antifaschistischer Verband nehmen wir den grassierenden Rechtsruck in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht hin, sondern stellen uns ihm konsequent entgegen. Ob auf der Straße, im Alltag oder im Netz. Wir organisieren Demos, Kundgebungen und arbeiten mit antifaschistischen Gruppen zusammen. Die antifaschistische Bildungsarbeit ist ein wichtiger Teil unseres Verbands, die wir weiter vorantreiben, um Wissen und Skills zu vermitteln. Den antifaschistischen und antirassistischen Ratschlag Thüringen unterstützen wir weiterhin organisatorisch und inhaltlich.

- **Juso-Hochschulgruppen**

Die Hochschulgruppen sind autonome Arbeitsgruppen an Thüringer Hochschulen. Sie beschäftigen sich mit Hochschul- und Wissenschaftspolitik und kämpfen für bessere Bedingungen im Studien- und Forschungsalltag. Sie wählen ihre Landeskoordination selbst und sind eng mit dem Landesverband verbunden.

- **Juso-Schüler:innen- und Azubi-Gruppe (JSAG)**

Wir wollen die JSAG als eigenständige Struktur wiederbeleben. Sie soll für eine bessere Schul- und Ausbildungspolitik kämpfen und jungen Menschen eine Stimme geben. Der Landesvorstand unterstützt beim Aufbau organisatorisch und inhaltlich.

- **Niemals allein – immer zusammen!**

Die Welt verändern können wir nicht alleine. Um eine schlagkräftige linke Bewegung zu formen, müssen wir uns mit anderen progressiven Kräften zusammen tun – in der SPD, in den Gewerkschaften, in sozialen Bewegungen und Initiativen. Sie sind unsere natürlichen Verbündeten, deren Nähe wir suchen. Bündnisarbeit ist für uns kein Selbstzweck und Solidarität ist keine Floskel, sondern gelebte Praxis.

- **Beethovenverbände**

Die SPD ist die Partei der Arbeiter:innen und als ihr Jugendverband verstehen wir Jusos die Arbeiter:innenverbände als unsere natürlichen Partner:innen. Deswegen werden wir uns noch stärker mit den Beethovenverbänden vernetzen und uns gemeinsam laut für gute Löhne, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen stark machen und für mehr Mitbestimmung kämpfen. Im Rahmen der nächsten zwei Jahre werden wir deswegen eine Jugendauszubildendenvertretungstour planen, um mit Jugendausbildungsvertretungen in Kontakt zu treten und über die aktuellen Hürden in ihrer Arbeit und der Politik zu sprechen.

- **Bundesverband**

Wir sind Teil des Bundesverbands der Jusos. Auch wenn wir nur ein kleiner Verband sind, haben wir in den letzten Jahren unter Beweis gestellt, dass wir uns aktiv einbringen und inhaltliche Schwerpunkte im Bundesverband setzen können. Daran werden wir auch weiterhin anknüpfen.

Als Teil der ostdeutschen Landesverbände sehen wir uns insbesondere in Thüringen in der besonderen Verantwortung, die ostdeutsche Perspektive in den Bundesverband zu tragen. Noch immer unterscheiden sich die Lebensrealitäten in Ost und West stark voneinander. Deswegen setzen wir darauf, im engen Austausch mit den anderen Ostverbänden zu stehen und auf Bundesebene zusammenzuarbeiten. Gemeinsam muss es unser Ziel sein, die besonderen Herausforderungen unserer Regionen in den Vordergrund zu stellen und für nachhaltige Lösungen zu kämpfen.

• **Kommunikation**

Als politischer Jugendverband sind wir Ort der politischen Diskussion und des Austausches. Deshalb werden unsere Kommunikationskanäle weiterhin offen, niederschwellig und transparent bleiben.

Social Media ist und bleibt das wichtigste Mittel der Kommunikation, um junge Menschen zu erreichen. Wir werden unsere bisherige Social-Media-Strategie überarbeiten, neue Formate und Medien in Betracht ziehen und daran arbeiten, einen kontinuierlichen Output zu generieren, mit dem wir unsere Vision einer sozialen, solidarischen und gerechten Gesellschaft verbreiten. Unsere Botschaften sollen kreativ, pointiert und ehrlich sein, um unsere Botschaft klar rüberbringen zu können. Gerade in einer zunehmend digitalen Gesellschaft entwickeln wir Strategien, wie gesellschaftliche Diskurse für Alle zugänglich werden können, statt nur Wenigen ‚plattformkonform‘ die Meinungshoheit zu verschaffen. Digitale Werkzeuge, ob soziale Plattformen, KI-Anwendungen oder andere Technologien, betrachten wir aus einem solidarischen Blickwinkel: Sie müssen so gestaltet sein, dass sie allen Menschen Beteiligung ermöglichen, anstatt bestehende Ungleichheiten zu vertiefen.

Interne Kommunikation läuft über unsere Chatgruppen, digitale Vernetzungstreffen und E-Mails. In Zukunft werden wir vor allem darauf achten, dass Informationen zu Veranstaltungen rechtzeitig und für alle zugänglich verteilt werden. Um alle bei unserer Arbeit mitzunehmen, werden wir regelmäßig, spätestens quartalsweise, auf unserer Homepage über politisch Aktuelles und Verbandsthemen berichten.

• **Diversität im Verband**

Unser Verband soll ein politisches Zuhause für alle linken jungen Menschen sein. Deswegen muss er ein Ort sein, an dem sich alle willkommen und ernst genommen fühlen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder ihrer sozioökonomischen Herkunft.

In den kommenden zwei Jahren werden wir einen Diversitäts-Check in unserem Verband durchführen, um dort Verbesserungen herbeizuführen, wo wir unseren Ansprüchen noch nicht gerecht werden. Wir werden selbstkritisch fragen: Wer ist bei uns aktiv? Wer fehlt und warum, und wie können wir neue Zugänge schaffen, insbesondere dort, wo bislang nur wenig Kontakt zur Politik besteht?

Barrierearme Zugänge sind uns ein wichtiges Anliegen, auf deren Umsetzung wir achten.

Zusätzlich werden wir die neu gegründete MIGRA-Vernetzung im Verband und darüber hinaus bekannter machen und ihre Arbeit stärken. Sie ist ein wichtiger Raum für unsere Mitglieder mit Migrationshintergrund, um sich über gemeinsame Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig zu empowern und politische Veränderungen anzustoßen.

Auch zukünftig werden wir darauf achten, dass wir Panels und Diskussionsrunden divers besetzen, um verschiedene Perspektiven einzubringen. Außerdem werden wir verstärkt auf barrierearme Zugänge achten.

Awareness ist ein fester Bestandteil unserer Verbandsarbeit geworden. Wir wollen sie auf das nächste Level heben. Nur ein Verband, der aufeinander Acht gibt, sich reflektiert und an sich und seinen gelebten Strukturen arbeitet, ist ein Ort, an dem sich jede:r wohl und sicher fühlen kann. Und das ist und bleibt unser erklärtes Ziel.

Diskriminierendes Verhalten hat bei uns keinen Platz! Deswegen werden wir mit professionellen Teams zusammen ein Awareness-Konzept für Veranstaltungen erarbeiten, das unsere bisherige Arbeit reflektiert und Verbesserung schafft, wo diese nötig sind. Zusätzlich werden wir professionelle Schulungen für unsere Mitglieder anbieten, um das Wissen zur Awareness-Arbeit möglichst weit in unseren Verband hineinzutragen und es gelebte Praxis werden zu lassen.

3. Unser politisches Zuhause – Unser Verband

Die Jusos Thüringen sind unser politisches Zuhause. Mit 18 Kreisverbänden, die sowohl im ländlichen Raum als auch in der Städtekette aktiv sind, sind unsere Strukturen vor unterschiedliche Herausforderungen gestellt, die wir erkennen und bewältigen müssen, um eine ausgeglichene Teilhabe am Verbandsleben für alle zu ermöglichen.

Unsere Strukturen

Ein aktiver Verband wird auf verlässlichen Strukturen gebaut. Nur, wenn wir gut organisiert sind, können wir Räume schaffen, in denen wir Ideen entwickeln, sie nach außen tragen und sie zur politischen Praxis werden lassen können.

• Arbeitsweise

Wir alle arbeiten ehrenamtlich, oft nicht nur bei den Jusos, sondern auch in der SPD oder in anderen Initiativen. Wir denken diese Doppelbelastungen stets mit. Um politische Teilhabe zu ermöglichen und gleichzeitig eine gesunde Balance von Engagement und Freizeit zu erhalten, braucht es klare, transparente und planbare Strukturen, die Ressourcen schonen und die Beteiligung am Verbandsleben erleichtert:

Wir setzen auf digitale Tools, um die politische Arbeit effizienter zu machen und eine Beteiligung aus ganz Thüringen möglich zu machen. Neben der Gestaltung von Sitzungen sollen auch prominente und niederschwellige Ressourcen für die politische Arbeit im Verband abrufbar sein, seien es Materialien für Sitzungen oder Best-Practise-Beispiele. Unsere digitalen Tools sollen das Gehirn des gesamten Verbands werden, das unsere politische Arbeit zugänglicher und leichter macht. Deswegen werden wir Schulungen zum Umgang mit den Roten Tools in Thüringen anbieten.

Um insbesondere für die Kreisverbände die Planbarkeit zu verbessern, werden wir einen jährlichen Rahmenplan entwickeln, in dem nach Möglichkeit feste Termine und inhaltliche Schwerpunkte festgehalten sind, sodass diese als Orientierung genutzt werden können.

• Die Landeskongress

Die Landeskonzferenz ist unser höchstes beschlussfassendes Gremium. Anträge schreiben wir nicht zum Selbstzweck. Deswegen werden wir es uns in den kommenden zwei Jahren zur Aufgabe machen, die beschlossenen Anträge prominent nach außen zu tragen und Strategien zu entwickeln, wie wir die Anträge in die politische Praxis übertragen können. Wir werden über den Stand dieser im Rahmen der nachfolgenden Sitzungen des Landesausschusses berichten.

- **Der Landesausschuss**

Der Landesausschuss ist das zweithöchste beschlussfähige Gremium zwischen den Landeskonzferenzen. An der Attraktivität der Sitzungen werden wir weiter arbeiten, um eine rege Teilnahme an den Sitzungen zu erreichen.

- **Der Landesvorstand**

Der Landesvorstand ist das zentrale koordinative Gremium unseres Verbands. Er versteht sich aber niemals als die „Spitze“ des Verbands, sondern ist Dienstleister für die Basis. Der Vorstand koordiniert, vernetzt, unterstützt und informiert.

- **Kreisverbände**

Der Ausgangspunkt unserer politischen Arbeit sind die Kreisverbände, die Basis. Sie sind der Ort, an dem unsere Mitglieder und Menschen unsere Politik direkt vor Ort erfahren. Es muss unser oberstes Ziel sein, sie zu stärken, sie zu unterstützen und miteinander zu vernetzen, um Kompetenzen zu bündeln und diese positiv nutzbar zu machen. Die Aufgabe des Landesvorstands besteht darin, die dafür nötigen Ressourcen bereitzustellen und den Austausch zu fördern.

Ein zentraler Ort dafür, sollen die Kreisvorsitzenden-Runden sein. Hier werden sich alle Kreisvorsitzenden und der Landesvorstand zusammenfinden, um sich gegenseitig über die aktuellen politischen Entwicklungen vor Ort zu informieren und politische Handlungsschritte daraus zu schließen. Sie sollen regelmäßig stattfinden.

Wir werden schnellstmöglich eine Abfrage bei den Kreisverbänden starten, durch die wir ein besseres Bild davon gewinnen wollen, mit welchen Mitteln und unter welchen Voraussetzungen die Kreisverbände vor Ort arbeiten, was dabei gut und schlecht läuft und welches Material und welche Ressourcen, sowie Unterstützung sie brauchen.

Um weiterhin eng verbunden zu sein, werden wir das Pat:innensystem zwischen den Kreisverbänden und Mitgliedern des Landesvorstands beibehalten, evaluieren und verbessern.

- **Neumitgliedergewinnung**

Unser Verband steht vor großen Herausforderungen in der Neumitgliedergewinnung. Nach der Corona-Pandemie und dem andauernden Generationenwechsel in unserem Verband müssen wir unseren Fokus auf die Neumitgliedergewinnung legen. Deswegen werden wir eine Neumitgliederkampagne starten. Außerdem werden wir Formate entwickeln, um unseren Verband und die Kreisverbände als Anlaufstelle für politisch interessierte junge Menschen bekannter und sichtbarer zu machen.

Beschluss

Verantwortung übernehmen – BAföG-Bearbeitung in Thüringen sicherstellen und soziale Notlagen verhindern

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Bearbeitungszeiten für BAföG-Anträge im Freistaat Thüringen sind untragbar
2 lang und haben sich trotz personeller Aufstockungen und Digitalisierung kaum
3 verbessert - eine Situation, die sich auch negativ auf die Attraktivität des
4 Studienstandortes Thüringen auswirkt. Studierende müssen zu lange auf dringend
5 benötigte Förderzahlungen warten, was nicht nur zu massiven finanziellen
6 Notlagen führt, sondern auch ganz konkret den Studienerfolg und damit die
7 Zukunft junger Menschen gefährdet.
- 8 Eine Ursache für die langen Bearbeitungszeiten liegt an der Verlegung des
9 Standortes der Internationalen Hochschule (IU) nach Thüringen. Dadurch stiegen
10 die Antragszahlen rapide nach oben, die Kapazitäten des Studierendenwerkes sind
11 mehr als ausgeschöpft und die Bearbeitung aller Anträge verzögert sich deutlich.
12 Zahlreiche Studierende sehen sich deshalb gezwungen, ihr Studium abzubrechen
13 oder zusätzliche Schulden aufzunehmen.
- 14 Vor diesem Hintergrund fordern die Jusos Thüringen die SPD-Landtagsfraktion und
15 die Landesregierung Thüringen in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk
16 Thüringen auf,
- 17 • das Amt für Ausbildungsförderung beim Studierendenwerk Thüringen personell
18 und finanziell so auszustatten, dass die Anträge trotz massiv steigender
19 Antragszahlen und zunehmender Komplexität zeitnah, kompetent und
20 fehlerfrei bearbeitet werden können. Die Digitalisierung der
21 Antragsverfahren muss weiter konsequent ausgebaut werden, um die
22 Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Rückfragen zu vermeiden.
 - 23 • durch geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen den bestehenden
24 Rückstau unbearbeiteter BAföG-Anträge wirksam abzubauen und damit eine
25 zügige sowie verlässliche Bearbeitung zukünftiger Anträge sicherzustellen.
 - 26 • das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK) zu
27 beauftragen, die Forderungen der im Landtag eingereichten Petition „BAföG
28 oder Abbruch“ mit über 5.500 Unterzeichnenden aufzugreifen, zu
29 unterstützen und nachhaltig umzusetzen. Diese fordert unter anderem
30 verbindliche Bearbeitungsfristen von maximal vier Wochen ab Beginn des
31 Bewilligungszeitraums, um existenzielle Abstürze und Studienabbrüche zu
32 verhindern.

- sich auf Bundesebene mit Nachdruck für eine grundlegende Reform des BAföG-Systems hin zu einem elternunabhängigen BAföG einzusetzen. Solange müssen die bürokratischen Hürden abgebaut, soziale Ungleichheiten vermindert und der Zugang sowie Wartezeiten auf finanzielle Unterstützung erleichtert bzw. verkürzt werden.
- kurzfristig eine Sofortmaßnahme als Übergangslösung für die Betroffenen und zur temporären Entlastung des Systems, einzuführen:
Wenn nach sechs Wochen ab vollständig eingereichten Antrag eine grundsätzlich BAföG-berechtigte Person noch keinen Bescheid erhalten hat, sind unverzüglich vorläufige Zahlungen in Höhe des jeweiligen BAföG-Höchstsatzes auszuführen. Nach abschließender Entscheidung und Berechnung soll der Förderbetrag auf die richtige Summe angepasst werden; zu viel gezahlte Mittel müssen die Betroffenen dabei nicht zurückzahlen. Die normalen BAföG-Rückzahlungsmodalitäten nach Beendigung des Studiums bleiben unverändert.
- endlich Verantwortung zu übernehmen, statt Zuständigkeiten zwischen Studierendenwerk, Landesregierung und Bundesbehörden hin und her zu schieben oder tatenlos zuzusehen. Die aktuellen Verzögerungen verursachen existenzielle Krisen und widersprechen dem hohen Anspruch auf chancengerechte Bildung.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.

Beschluss

Revolution Bildung – gerecht, demokratisch, solidarisch! Ein Zukunftsplan für moderne, inklusive und demokratische Schulen in Thüringen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Bildung ist das Fundament einer demokratischen, solidarischen und
2 zukunftsfähigen Gesellschaft. Unsere Schulen entscheiden maßgeblich darüber, ob
3 alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder
4 Bildungshintergrund der Eltern – chancengerecht lernen und sich entfalten
5 können.

6
7
8 Doch in Thüringen gefährden massive Probleme den Bildungserfolg:
9 Lehrkräftemangel, unzureichende Ausbildungskapazitäten, Überlastung der
10 Lehrkräfte, veraltete Curricula und fehlende Unterstützungssysteme. Ein
11 Bildungssystem aus dem letzten Jahrhundert, das an überkommenen Strukturen
12 festhält, verschärft soziale Ungleichheit und blockiert dringend notwendige
13 Innovationen.

14
15 Es ist die zentrale Aufgabe der Landespolitik. Es braucht wirksame Maßnahmen, um
16 diese Missstände schnell und nachhaltig zu beseitigen: bessere
17 Lehrkräftegewinnung und -bindung, konsequente Professionalisierung, gerechte
18 Ressourcenausstattung sowie moderne, inklusive, pädagogische Konzepte. Schulen
19 müssen Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche bestmöglich gefördert und
20 emotional gestärkt werden. Ein Angriff auf den Schulfrieden ist kontraproduktiv
21 – wir brauchen eine konstruktive Revolution der Bildung.

22
23 Die Jusos Thüringen fordern daher eindringlich die SPD-Landtagsfraktion, die SPD
24 Thüringen und die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen voranzutreiben:

25 26 **1. Bildungsgerechtigkeit durch strukturelle Reformen**

- 27 • Erkenntnissen aus den Bildungs- und Sozialwissenschaften sollen bei
28 bildungspolitischen Entscheidungen Verbindlichkeit eingeräumt werden, auch um
29 allen Kindern einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen.
- 30 • Das dreigliedrige Schulsystem soll überwunden werden. Stattdessen braucht es
31 eine flächendeckende Gemeinschaftsschule (Gesamtschule) für alle Klassenstufen
32 von 1 bis 12, die soziale Segregation beendet und Chancengerechtigkeit schafft.
- 33 • Die gesamte Lehrer:innenaus- und Weiterbildungslandschaft muss konsequent auf
34 die geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Hierbei sollen insb.
35 methodisch abwechslungsreiche, binnendifferenzierte Unterrichtsmethoden
36 Beachtung finden.
- 37 • Das System der Leistungsbewertung mit Ziffernnoten ist auf den Prüfstand zu

stellen und durch Bewertungssysteme zu ersetzen, die den Schüler:innen einen echten Überblick über ihren individuellen Lernfortschritt geben. Kopfnoten sind grundsätzlich abzuschaffen und ebenfalls durch Methoden zu ersetzen, die die Individualitäten der Schüler:innen berücksichtigen und differenzierte Rückmeldungen zum Verhalten geben. Zu dem sind schriftliche Rückmeldungen in einer für die Kinder verständlichen Sprache zu verfassen.

- Versetzungsentscheidungen aufgrund von schulischen Leistungen sind abzuschaffen. In pädagogisch/lernpsychologisch begründeten Fällen soll die Klassenkonferenz dazu berechtigt sein, davon verbindlich abzuweichen. Eltern und ggf. Kinder sind zu solchen Entscheidungen zu hören.
- Bildungsinvestitionen sind bei Abwägungsentscheidungen vorrangig gegenüber anderen Haushaltsposten zu behandeln, um nachhaltige Verbesserungen zu ermöglichen.

2. Wissenschaftliche Fundierung und Pädagogische Qualität ermöglichen

- Ein verpflichtender jährlicher Bildungsbericht ist im Sinne der Qualitätssicherung einzuführen, der die Lage der Lehrkräfte, die Ausbildungssituation von neuen Lehrer:innen und Lernbedingungen der Schüler:innen transparent erfasst. Dieser Bericht ist unter Einbindung von wissenschaftlicher Expertise, Schüler:innenvertretungen und Gewerkschaften zu erstellen. Auf dessen Basis sollen jährliche Ziele formuliert werden, die dabei helfen sollen die Bildungssituation im Land zu verbessern.
- Forschung zu innovativen Schul- und Lernkonzepten muss gefördert werden.
- Die Lehrpläne sind in einem partizipativen basisdemokratischen Prozess mit allen relevanten Akteur:innen (Schüler:innen, Lehrkräfte, Eltern, Universitäten) zu evaluieren und im Anschluss zu modernisieren. Der Fokus soll dabei auf der individuellen Förderung, Inklusion und einer modernen Didaktik liegen, die die Schüler:innen in den Mittelpunkt der Lehrpläne stellt.
- Die soziale und emotionale Entwicklung von Schüler:innen und die mentale Gesundheit von Lehrkräften ist durch Ausbau von Schulsozialarbeit und Programmen zur Förderung der Lehrer:innengesundheit systematisch zu unterstützen.
- Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zu aktuellen fachlichen und pädagogischen Themen sind verpflichtend jährlich durchzuführen, idealerweise als schulinterner Fortbildungstag.
- Schulen in sog. Brennpunkten brauchen deutlich höhere Ressourcenzuweisungen zur besonderen Förderung benachteiligter Schüler:innen.

3. Lehrkräftegewinnung und -bindung weiterentwickeln

- Das Lehramtsstudium ist durch Stipendienprogramme, die Ausweitung dualer Studiengänge sowie durch praxisorientierte Forschungspraktika vielfältiger und attraktiver zu gestalten, um dem drastischen Lehrkräftemangel in Thüringen nachhaltig entgegenzuwirken.
- Eine Übernahmegarantie für alle erfolgreich ausgebildeten Lehrkräfte muss verbindlich sein, begleitet von attraktiven Einstiegsgehältern und weiteren Anreizsystemen - ein konkretes attraktives Einstellungsangebot des Landes sollte grundsätzlich spätestens 3 Monate vor Ende des Referendariats vorliegen.
- Bewerbungsverfahren sind zu beschleunigen und digital zu modernisieren. Es ist außerdem zu prüfen, inwieweit Schulen ein größerer Handlungsspielraum bei der Einstellung von neuen Lehrkräften gegeben werden kann.
- Prämien für Neueinstellungen in Mangelregionen und Mangelfächern sind auszuweiten und dauerhaft zu sichern, um insbesondere ländliche Räume und kritische Disziplinen besser auszustatten.

- Quereinsteiger:innen sind gemäß ihrer Bedeutung systematisch und angemessen honoriert einzubinden. Eine hohe Unterrichtsqualität ist durch Vorbereitungs- und Begleitprogramme abzusichern.
- Das Programm „Unterrichtsversorgung“ muss erweitert werden, sodass nicht mehr nur befristete Jahresverträge möglich sind, sondern auch längerfristige Anstellungen (angehenden) Lehrkräften Perspektiven und Planungssicherheit geben.

4. Verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen schaffen

- Das Lehramtsstudium selbst sollte in Zusammenarbeit mit den Universitäten praxisnäher gestaltet werden, z.B. durch einen klar erkennbaren Fokus auf die fachdidaktische Ausbildung und verbindliche Praxistage im letzten Jahr des Studiums.
- Das Referendariat ist ortsnahe und bedarfsgerecht zu gestalten; unnötige Pendelverpflichtungen zum Seminarort sind zu vermeiden. Lehrinhalte wie z.B. Schulrecht sollen praxisorientierter oder digital gestaltet werden.
- Es ist eine steuerfreie Prämie in Höhe von 1000 Euro für Referendar:innen im ländlichen Raum einzuführen, die an eine verpflichtende Tätigkeit in der Region für einen definierten Zeitraum von 5 Jahren gekoppelt ist.
- Die Stellen der Fachleiter:innen sind auszubauen und mit ausreichend Personal zu besetzen, welches für die Aufgabe mit einer angemessenen Stundenabminderung ausgestattet wird, um fachliche Anleitung und pädagogische Begleitung auf hohem Niveau sicherzustellen.
- Die Arbeitszeit von Lehrkräften muss systematisch erfasst werden. Dazu ist die GEW eng in eine kritische Prüfung und Einführung von Arbeitszeiterfassungssystemen einzubeziehen.

5. Schulautonomie und Verwaltungsstrukturen stärken

- Verwaltungsassistenzen sollen an allen Schulen eingesetzt werden, damit sich Lehrkräfte auf den Unterricht und ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können. Schulen soll dabei die größtmögliche Freiheit gegeben werden, wie und in welchem Umfang Verwaltungsassistenzen an ihren Schulen gewinnbringend für die Schulgemeinschaft eingesetzt werden können. Die Ergebnisse des letzten Pilotprojektes sind schnell auszuwerten.
- In enger Absprache mit den Schulleitungen sind Vorschläge zur Ausweitung der Schulautonomie zu erarbeiten und zeitnah umzusetzen. Besonders zu berücksichtigen ist hierbei die Einstellung von Lehrkräften und Verwaltungspersonal, damit Schulen ihren Bedarf flexibler decken können.
- Die Schulpauschale für Verwaltungsaufgaben muss angehoben werden, unter anderem um Schulentwicklung zu ermöglichen. Die Pauschale darf nicht weiter abgesenkt werden.
- Schulämter müssen personell so ausgestattet und digital so organisiert sein, dass sie Schulen tatsächlich effizient unterstützen und flexible, praxisnahe Personalgewinnung gewährleisten können.

6. Demokratiebildung und Bildungsbeteiligung fördern

- Die politische Bildung aller Schüler:innen muss weiter ausgebaut werden. Hierzu ist in Zusammenarbeit mit der Landesschüler:innenvertretung eine grundlegende Reform der Landesschüler:innenvertretung mit dem Ziel der Stärkung und erweiterten Teilhabe der Schüler:innenvertretungen zu erarbeiten. Zusätzlich ist die LSV mit einer ausreichenden und langfristigen Finanzierung sowie einer personell und räumlich angemessenen Geschäftsstelle auszustatten, inklusive Personal für Sachbearbeitung und inhaltliche Unterstützung, die auch

unabhängig vom Ministerium arbeiten kann.

- Programme zur Elternarbeit, in Zusammenarbeit mit dem Landeselternrat, sind intensiv auszubauen, z.B. durch Elternsprechstunden, Informationsveranstaltungen und Workshops.
- Medienkompetenz ist als unverzichtbarer Bestandteil in allen Schulformen zu fördern, um Schüler:innen für die Herausforderungen digitaler Informationslandschaften zu wappnen.
- Es ist ein jährlicher Demokratie- und Beteiligungstag an Schulen einzurichten, an dem Schüler:innen Projekte zu Mitbestimmung, zu kritischem Umgang mit Medien und zu politischem Engagement entwickeln.

Es ist die zentrale Aufgabe der Landespolitik, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um diese Missstände schnell und nachhaltig zu beseitigen. Nur mit besserer Lehrkräftegewinnung und -bindung, konsequenter Professionalisierung, gerechter Ressourcenausstattung und inklusiven, zeitgemäßen und pädagogischen Konzepten und einem grundsätzlichen Umdenken können wir gewährleisten, dass Schulen Orte der bestmöglichen Förderung und sozial-emotionalen Entwicklung werden. Ein Angriff auf den Schulfrieden wirkt kontraproduktiv.

Die Jusos Thüringen fordert deshalb eindringlich die SPD-Landtagsfraktion, die SPD Thüringen und die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen voranzutreiben bzw. zu unterstützen:

1. Lehrkräftegewinnung und -bindung verstärken

- Das Lehramtsstudium soll durch Stipendienprogramme, die Ausweitung dualer Studiengänge sowie durch praxisorientierte Forschungspraktika vielfältiger und attraktiver gestaltet werden, um dem drastischen Lehrkräftemangel in Thüringen nachhaltig entgegenzuwirken.
- Prämien für Neueinstellungen in Mangelregionen und Mangelfächern sind auszuweiten und dauerhaft zu sichern, um insbesondere ländliche Räume und kritische Disziplinen besser auszustatten.
- Das Programm „Unterrichtsversorgung“ muss erweitert werden, sodass nicht mehr nur befristete Jahresverträge möglich sind, sondern auch längerfristige Anstellungen (angehenden) Lehrkräften Perspektiven und Planungssicherheit geben.
- Quereinsteiger:innen sind gemäß ihrer Bedeutung systematisch und angemessen honoriert einzubinden, flankiert von umfassenden Vorbereitungs- und Begleitprogrammen, um eine hohe Unterrichtsqualität zu gewährleisten.

2. Verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen schaffen

- Die Stellen der Fachleiter:innen sind auszubauen und mit ausreichend Personal zu besetzen, welches für die Aufgabe mit einer angemessenen Stundenabminderung ausgestattet wird, um fachliche Anleitung und pädagogische Begleitung auf hohem Niveau sicherzustellen.
- Das Referendariat ist ortsnahe und bedarfsgerecht zu gestalten; unnötige Pendelverpflichtungen zum Seminarort sind zu vermeiden. Lehrinhalte wie z.B. Schulrecht sollen praxisorientierter oder digital gestaltet werden.

- Eine Übernahmegarantie für alle erfolgreich ausgebildeten Lehrkräfte muss verbindlich sein, begleitet von attraktiven Einstiegsgehältern und weiteren Anreizsystemen - ein konkretes attraktives Einstellungsangebot des Landes sollte grundsätzlich spätestens 3 Monate vor Ende des Referendariats vorliegen.
- Bewerbungsverfahren sind zu beschleunigen und digital zu modernisieren. Es soll außerdem geprüft werden, inwieweit Schulen ein größerer Handlungsspielraum bei der Einstellung von neuen Lehrkräften gegeben werden kann
- Eine steuerfreie Prämie in Höhe von 1000 Euro für Referendar:innen im ländlichen Raum soll eingeführt werden, gekoppelt an eine verpflichtende Tätigkeit in der Region für einen definierten Zeitraum von 5 Jahren.
- Das Lehramtsstudium selbst sollte in Zusammenarbeit mit den Universitäten praxisnäher gestaltet werden, z.B. durch noch mehr Fokus auf die fachdidaktische Ausbildung und verbindliche Praxistage im letzten Jahr des Studiums.

3. Pädagogische Qualität und schulische Arbeitsbedingungen verbessern

- Die Lehrpläne sind in einem partizipativen basisdemokratischen Prozess mit allen relevanten Akteur:innen (Schüler:innen, Lehrkräfte, Eltern, Universitäten) zu evaluieren und im Anschluss zu zeitgemäß reformieren. Der Fokus soll dabei auf der individuellen Förderung, Inklusion und einer modernen Didaktik liegen, die die Schüler:innen in den Mittelpunkt der Lehrpläne stellt.
- Die soziale und emotionale Entwicklung von Schüler:innen und die mentale Gesundheit von Lehrkräften ist durch Ausbau von Schulsozialarbeit und Programmen zur Förderung der Lehrer:innengesundheit systematisch zu unterstützen.
- Die Arbeitszeit von Lehrkräften muss systematisch erfasst werden. Dazu ist die GEW eng in eine kritische Prüfung und Einführung von Arbeitszeiterfassungssystemen einzubeziehen.
- Verwaltungsassistenzen sollen an allen Schulen eingesetzt werden, damit sich Lehrkräfte auf den Unterricht und ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können. Schulen soll dabei die größtmögliche Freiheit gegeben werden, wie und in welchem Umfang Verwaltungsassistenzen an ihren Schulen gewinnbringend für die Schulgemeinschaft eingesetzt werden können. Die Ergebnisse des letzten Pilotprojektes sind schnell auszuwerten.
- In enger Absprache mit den Schulleitungen sollen Vorschläge erarbeitet und zeitnah umgesetzt werden, wie die Schulautonomie ausgeweitet werden kann. Besonders zu berücksichtigen ist hierbei die Einstellung von Lehrkräften und Verwaltungspersonal, damit Schulen ihren Bedarf flexibler decken können, ohne auf die Schulämter als "Flaschenhals" angewiesen zu sein.

4. Demokratie, Bildungsbeteiligung und Investitionspriorisierung

- Bildungsinvestitionen sind bei Abwägungsentscheidungen vorrangig gegenüber anderen Haushaltsposten zu behandeln, um nachhaltige Verbesserungen zu ermöglichen.
- Die politische Bildung aller Schüler:innen muss weiter ausgebaut werden, um demokratische Werte und Engagement zu erhöhen - auch durch eine weitere Stärkung und strukturell erweiterte Teilhabe der Landesschüler:innenvertretung, bzw. der Schüler:innenvertretungen generell.
- Programme zur Elternarbeit, in Zusammenarbeit mit dem Landeselternrat, sind intensiv auszubauen, z.B. durch Elternsprechstunden, Informationsveranstaltungen und Workshops.
- Medienkompetenz ist als unverzichtbarer Bestandteil in allen Schulformen zu fördern, um Schüler:innen für die Herausforderungen digitaler Informationslandschaften zu wappnen.

5. Systematische Steuerung und wissenschaftliche Fundierung

- Ein verpflichtender jährlicher Bildungsbericht ist im Sinne der Qualitätssicherung einzuführen, der die Lage der Lehrkräfte, die Ausbildungssituation von neuen Lehrer:innen und Lernbedingungen der Schüler:innen transparent erfasst. Dieser Bericht ist unter Einbindung von wissenschaftlicher Expertise, Schüler:innenvertretungen und Gewerkschaften zu erstellen. Auf dessen Basis sollen jährliche Ziele formuliert werden, die dabei helfen sollen die Bildungssituation im Land zu verbessern.
- Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zu aktuellen fachlichen und pädagogischen Themen sind verpflichtend jährlich durchzuführen, idealerweise als schulinterner Fortbildungstag.
- Schulämter müssen personell so ausgestattet und digital so organisiert sein, dass sie Schulen tatsächlich effizient unterstützen und flexible, praxisnahe Personalgewinnung gewährleisten können.

6. Bildungsgerechtigkeit durch strukturelle Reformen

- Erkenntnissen aus den Bildungs- und Sozialwissenschaften sollen bei bildungspolitischen Entscheidungen Verbindlichkeit eingeräumt werden, auch um allen Kindern einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen.
- Das System der Leistungsbewertung mit Ziffernnoten ist auf den Prüfstand zu stellen und durch Bewertungssysteme zu ersetzen, die den Schüler:innen einen echten Überblick über ihren individuellen Lernfortschritt geben. Kopfnote sind grundsätzlich abzuschaffen.
- Das dreigliedrige Schulsystem soll überwunden und stattdessen eine flächendeckende Gemeinschaftsschule (Gesamtschule) für alle Klassenstufen von 1 bis 12 etabliert werden, um soziale Segregation zu verhindern und echte Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.

B3 Schule ist Scheiße – nicht mit uns!

Gremium: Jusos Jena
Beschlussdatum: 04.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 **Die Jusos Thüringen mögen beschließen:**
- 2 **Die Gemeinschaftsschule in Thüringen zeigt, wie die ideale Schule aussehen kann,**
- 3 **auch wenn sie selbst noch weit entfernt vom Ideal ist. Reformpädagogische**
- 4 **Ansätze sind hierbei immer wieder erfolgreich. Um dem Ideal näher zu rücken,**
- 5 **fordern die Jusos Thüringen daher die SPD Thüringen sowie die Landtagsfraktion**
- 6 **der SPD auf, folgende Maßnahmen umzusetzen, beziehungsweise auf deren Umsetzung**
- 7 **durch das für Bildung zuständige Ministerium hinzuwirken:**
- 8 **1. Bewertung muss sinnvoll werden!**
- 9
 - 10 • **Leistungsbewertungen dürfen nicht weiter auf Noten beruhen, sondern müssen**
 - 11 **ausschließlich in Form von Entwicklungsberichten stattfinden, in denen die**
 - 12 **Lehrkräfte differenziert auf die individuellen Stärken und Schwächen der**
 - 13 **Schüler:innen eingehen. Schüler:innen und bei Bedarf deren Eltern müssen**
 - 14 **außerdem regelmäßig über die schulische Entwicklung informiert werden.**
 - 15 • **Sozial- und Arbeitsverhalten dürfen nicht bewertet werden, auch hier**
 - 16 **müssen schriftliche Berichte geschrieben werden, sowie regelmäßige**
 - 17 **Gespräche stattfinden.**
 - 18 • **Versetzungsentscheidungen aufgrund von schulischer Leistung dürfen nicht**
 - 19 **weiter eine Rolle spielen. Jede:r Schüler:in muss versetzt werden.**
- 20 **2. Unterricht wie vor 100 Jahren?!**
- 21
 - 22 • **Frontaler Fachunterricht soll nicht länger die Norm sein! Unterricht muss**
 - 23 **methodisch abwechslungsreich und fächerübergreifend stattfinden. Dazu**
 - 24 **müssen den Lehrkräften in der Aus- und Weiterbildung moderne, vielfältige**
 - 25 **Lehrmethoden nähergebracht werden.**
 - 26 • **Schüler:innen müssen unabhängig von Förderbedarf oder schulischer Leistung**
 - 27 **gemeinsam unterrichtet werden.**
 - 28 • **Binnendifferenzierung, projektorientiertes Arbeiten und selbstbestimmtes**
 - 29 **Lernen müssen hierbei eine zentrale Rolle spielen.**
- 30 **3. Lehrkräfte brauchen Freiraum!**

- Das Lehramtsstudium muss neu gedacht werden. Student:innen müssen eine praxisnahe pädagogische Ausbildung erhalten, anstatt zwei Fachstudien zu absolvieren. Insbesondere muss hierbei der Fokus auf reformpädagogische Ansätze gelegt werden.
 - Jede Schule braucht ausreichend Schulverwaltungskräfte, Schulassistentenkräfte und Schulsozialarbeiter:innen.
 - Schulen müssen ausreichend Lehrkraftstellen haben, nicht nur um den Unterricht zu füllen, sondern auch Freiraum für Schulentwicklung und ein außerunterrichtliches Angebot sicherzustellen. Deshalb muss die Unterrichtsabdeckung deutlich über 100% hinausgehen.
4. Mehr Daten über Bildung!
- Es muss mehr Geld in Bildungsforschung investiert werden!
 - Die Art und Weise wie Unterrichtet wird und Schule funktioniert, muss an die Forschungsergebnisse angepasst werden.
 - Lehrkräfte müssen Fortbildungen erhalten, sodass sie immer zeitgemäßen Unterricht geben können.

Antragsbegründung

Der Koalitionsvertrag verspricht eine Schule, in der “Leistungen wertgeschätzt werden”. Das heißt im Umkehrschluss allerdings nichts anderes, dass Schüler:innen, die nicht so gute Leistungen vollbringen können, weniger Wertgeschätzt werden. Der Koalitionsvertrag zeigt im Bildungsbereich kaum Willen zur Innovation und würde in einigen Bereichen Rückschritte für Thüringen bedeuten:

1. Bewertung

- Die Zwecke, die Noten erfüllen sollen, wie zum Beispiel Vergleichbarkeit oder objektive Bewertung, erfüllen sie nicht. Die Bewertung hängt von der Beziehung zwischen Lehrkraft und Schüler:in, der sozialen Herkunft, des Geschlechts und vielen weiteren Faktoren ab. Auch hängen sie vom Leistungsstand des Rests der Klasse ab und gehören zu den verbreitetsten Angstausslösern für Kinder. Es zeigt sich also, Noten haben kaum Mehrwert, erheben aber den Anspruch dazu, im Gegenteil haben sie nachgewiesenerweise negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Sie wirken nur motivierend, wenn sie gut sind, hingegen allerdings demotivierend, wenn sie schlecht sind. Differenzierte, individuelle Rückmeldungen hingegen führen zu Leistungssteigerungen gegenüber traditionellen Notenformen.
- Die Vergabe von Kopfnoten zeigt keine Verbesserungen im Sozialverhalten und ähnlichem, keinen Einfluss auf den beruflichen Erfolg nach der Schulzeit oder das Unterrichtsklima. Keine wissenschaftliche Untersuchung konnte ihnen einen Mehrwert zuordnen. Differenziertes Feedback und Gespräche über das Verhalten der Schüler:innen zeigen im Gegensatz dazu immer wieder Verbesserungen in der sozialen Akzeptanz, dem Sozialverhalten und der schulischen Leistung und Motivation der Schüler:innen.
- Das Wiederholen einer Klasse führt nicht zu einem langfristigen Aufholen der Leistungen über das Wiederholungsjahr hinaus. Langfristig sind die Leistungen der Sitzengebliebenen in einigen Studien schlechter als die von Gleichaltrigen mit ähnlichen Leistungen, die allerdings versetzt wurden. Ausnahmen bilden hierbei Schüler:innen, die aus Leistungsunabhängigen Faktoren, wie zum Beispiel

aufgrund langfristiger Krankheit, wiederholen. Zusätzlich kostet es den Staat sehr viel Geld, Schüler:innen wiederholen zu lassen.

Zusammenfassend hat die Art und Weise, wie die Schüler:innen bewertet werden, keine wissenschaftliche Grundlage, sondern stellt sich oft genug gegen sie. Dies gilt es zu beheben!

2. Unterricht

- Die Effektivität von aktivem Lernen gegenüber Frontalunterricht wird in Studien in vielen Fächern belegt. Die Schüler:innen, die in den Unterricht integriert und zu eigenständigem Handeln incentiviert werden, zeigen ein besseres Verständnis der Inhalte und größere Motivation. Projektorientierter Unterricht verbessert außerdem kreative und Problemlöse-Fähigkeiten. Frontalunterricht zeigt zwar bessere Ergebnisse in Wissensabfragen, allerdings sollte es nicht das Ziel der Schule sein, möglichst viel Wissen zu vermitteln.
- Äußere Differenzierung, wie sie durch die Trennung in verschiedenen Schularten oder in verschiedene Klassen auf Basis der Leistung stattfindet, führt bei den leistungsschwächeren Schüler:innen zu einem Rückgang in schulischen Leistungen gegenüber Schüler:innen, die binnendifferenziert unterrichtet werden. So wird nur ein Leistungsungleichgewicht gefördert. Innere Differenzierung hingegen liefert insbesondere bei leistungsschwächeren Schüler:innen bessere Ergebnisse. Wenn Ansätze der äußeren Differenzierung positive Ergebnisse zeigen, muss die Differenzierung nach Themen und Fächern angepasst werden, was gegen die Differenzierung in Form von Schularten spricht.

Zusammenfassend ist der Unterricht, wie er aktuell durchgeführt wird, wenig wissenschaftlich basiert, es gibt Methoden, die auch schon bspw. an reformpädagogischen Schulen umgesetzt werden, die erfolgreicher scheinen.

3. Lehrkräfte

- So zu unterrichten, wie es unter "Unterricht wie vor 100 Jahren?!" gefordert wird, erfordert gesonderte Fähigkeiten. Binnendifferenzierung ist etwas, was nicht jede Lehrkraft kann. Insofern müssen sie speziell hierfür ausgebildet oder fortgebildet werden. Der fachliche Anteil in diesen Studiengängen ist nicht sinnvoll, stattdessen müssen die pädagogischen Fähigkeiten gefördert werden.
- Neben den unterrichtlichen Aufgaben müssen Lehrkräfte in Schulen viele weitere Aufgaben übernehmen. Dabei müssen angesichts des Lehrkräftemangels so viele Aufgaben wie sinnvoll an andere Menschen übertragen werden. Verwaltungsaufgaben wie das Planen und Buchen einer Klassenfahrt, die Verwaltung der Lehrmittelbibliothek oder das Einladen für eine Elternkonferenz sind Aufgaben, die keine Lehrkraft machen müssen. Hierbei können und müssen sie von Schulverwaltungskräften unterstützt werden. Bisher sind diese allerdings nicht in Schulen eingeplant. Schulsozialarbeiter:innen und Schulassistentenkräfte sind explizit im Koalitionsvertrag erwähnt.
- An Schulen entfallen im Mittel über 10% der Unterrichtsstunden. Dies könnte verbessert werden, wenn den Schulen mehr Planstellen zugewiesen werden, als zur Abdeckung des Unterrichts notwendig wäre. So könnten Lehrkräfte kranke Kolleg:innen vertreten, ohne die eigenen Klassen zu vernachlässigen. Außerdem benötigen reformpädagogische Schulen und TGS mehr Lehrkräfte, um die pädagogischen Konzepte umsetzen zu können und die Schule weiterentwickeln zu können. Stattdessen kürzt das Ministerium an TGS die Stunden, die zu außerunterrichtlichen Tätigkeiten verwendet werden können.

Zusammenfassend zeigt die aktuelle Situation in Thüringen, dass die Unterrichtsabdeckung weiterhin unzureichend ist, da die Zahl der besetzten Lehrkräfteplanstellen unter dem tatsächlichen Bedarf liegt, der Bedarf kann allerdings durch Schulverwaltungskräfte und multiprofessionelle Teams reduziert werden.

4. Forschung

Ausführliche Studien, die bspw. Unterrichtsmethoden vergleichen sind sehr selten, deutsche Studien sind noch seltener, auch die, auf die sich in dieser Begründung bezogen wurden, sind teilweise die einzigen in den Bereichen, die auch nur relativ geringe Stichprobengrößen haben. Das muss verbessert werden, um Bildung zu optimieren, ist eine ausführliche Datenlage notwendig.

Beschluss

Starkes Studierendenwerk - keine Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Studierenden

Gremium: Landeskoordination Juso HSGn Thüringen

Beschlussdatum: 16.09.2025

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Das Studierendenwerk Thüringen ist ein wichtiger Bestandteil der
- 2 Bildungsinfrastruktur in Thüringen: es stellt auf angespannten Wohnungsmärkten
- 3 gute und bezahlbare Wohnplätze zur Verfügung, bietet zu günstigen Preisen in den
- 4 Mensen eine umfassende Versorgung zu verschiedenen Mahlzeiten, ist Träger für
- 5 die psychosoziale Beratung und die Sozialberatung für Studierende, Anlaufstelle
- 6 bei vielen Problemen rund um das Studium und vieles mehr. Gleichzeitig ist das
- 7 Studierendenwerk als Institution der gelebte Solidaritäts- und
- 8 Selbsthilfegedanke von Studierenden und Gesellschaft.
- 9 Für diese Aufgaben wird das Studierendenwerk Thüringen vom Land in Form von
- 10 Zuschüssen zum Geschäftsbetrieb unterstützt.
- 11 Das Studierendenwerk Thüringen muss auch in den kommenden Jahren zuverlässig und
- 12 bedarfsgerecht finanziert werden. Eine Kürzung der Zuschüsse des Freistaats
- 13 Thüringen, wie aktuell offenkundig erwogen, lehnen wir entschieden ab.
- 14 Bereits eine Entwicklung, die keinen Aufwuchs, sondern faktisch ein Einfrieren
- 15 der Zuschüsse vorsähe, würde das Studierendenwerk in Zeiten weiter steigender
- 16 Preise vor enorme Schwierigkeiten stellen, die letztlich allein die Studierenden
- 17 auszubaden hätten.
- 18 Für 2026 klafft nach den aktuellen Planungen für den Landeshaushalt eine
- 19 Finanzierungslücke von knapp 1,8 Millionen Euro. Kürzungen wie diese führen
- 20 zwangsläufig zu Leistungseinschränkungen (z.B. im Mensabetrieb) und/oder
- 21 Preissteigerungen für Studierende - das ist angesichts rasant steigender
- 22 Lebenshaltungskosten nicht akzeptabel und für die Attraktivität des
- 23 Studierendenlandes Thüringen nicht hinnehmbar. Wer vom Studierendenwerk moderne,
- 24 umfassende und auch international orientierte Unterstützung für Studierende
- 25 erwartet, muss auch Personalstellen finanzieren, so etwa für die dringend
- 26 benötigte Begleitung internationaler Studierenden, Tutor:innenprogramme, soziale
- 27 Beratung und nicht zuletzt für die BAFÖG-Bearbeitung.
- 28 Die vielzitierte und fokussierte Internationalisierung der Hochschulen darf
- 29 nicht zur hohlen Phrase werden: Aktuell gelingt es nicht, alle internationalen
- 30 Studierenden mit Wohnraum zu versorgen. Studierende mit ausländischem Namen
- 31 haben auf dem privaten Wohnungsmarkt immer wieder massive Hürden zu überwinden.
- 32 Ohne gezielte Unterstützung und verbesserte Rahmenbedingungen verschärft sich
- 33 diese strukturelle Benachteiligung weiter - das Studierendenwerk Thüringen ist
- 34 der richtige Ansprechpartner und muss vom Land entsprechend dafür ausgestattet
- 35 werden. Ein Gegeneinander-Ausspielen von internationalen Studierenden und
- 36 Bildungsinländern darf nicht passieren!

37 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung
38 auf:

- 39 • Die Finanzhilfe des Freistaats Thüringen für das Studierendenwerk darf
40 nicht abgesenkt werden! Stattdessen ist eine bedarfsgerechte Anpassung für
41 die Zukunft zwingend – die Haushaltsprobleme des Landes dürfen nicht auf
42 die Studierenden als vulnerable Gruppe umgelegt werden!
- 43 • Das Land muss auch Mittel zum Ausgleich steigender Personal- und
44 Sachkosten gewährleisten.
- 45 • Konkrete Mehrmittel sind für Internationalisierungsmaßnahmen, Tutor*innen,
46 kulturelle Begleitung und psychosoziale Beratung sowie mehr sozialen
47 Wohnraum gerade auch für internationale Studierende bereitzustellen.
- 48 • Das Land Thüringen begreift das Studierendenwerk Thüringen als
49 ganzheitlichen Versorger für alle Angehörigen der Thüringer Hochschulen
50 und beteiligt sich auch deshalb finanziell an den Kosten für die (Essens-
51)Versorgung von Mitarbeitenden der Hochschulen.

Antragsbegründung

erfolgt mündlich

B5 Kinder stärken, Familien begleiten

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos fordern:

- 2 1. Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag soll sich dafür einsetzen, eine
3 dauerhafte landesseitige Finanzierung der Kita-Sozialarbeit im Rahmen der
4 Haushaltsaufstellung sicherzustellen.
- 5 2. Bis das der Fall ist, fordern wir die SPD auf, sich dafür einzusetzen,
6 dass auch bei rückläufigen Kinder- und Geburtenzahlen Kindergärten nicht
7 vorschnell geschlossen werden, sondern kleinere Gruppen eingerichtet
8 werden. So kann der gesetzlich beschlossenen Personalschlüssel von allen
9 Kindergärten eingehalten oder sogar unterschritten werden und die
10 pädagogische Qualität ausgebaut und die soziale Infrastruktur gesichert
11 werden.

Antragsbegründung

Thüringer Kommunen stehen aktuell vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen sinken die Geburtenzahlen deutlich, was dazu führt, dass viele Kindergärten ihre Gruppen nicht voll belegen können und Einrichtungen – besonders im ländlichen Raum – sogar von Schließung bedroht oder bereits betroffen sind. Zum anderen steigen die Anforderungen an die pädagogische Arbeit stetig, da immer mehr Familien vielfältige Unterstützungsbedarfe haben, beispielsweise durch multiple familiäre Belastungen oder durch Flucht und Migration.

Diese Situation bietet die Chance, die pädagogische Arbeit gezielt zu stärken: Durch kleinere Gruppen und eine bessere Fachkraft-Kind-Relation kann individuellere Förderung stattfinden, die allen Kindern zugutekommt. Aktuell wird der seit 1. Januar 2025 geltende verbesserte Personalschlüssel nur von rund 45 % der Kindergärten erfüllt – eine Übergangsfrist gilt bis Ende 2027 (Sänger, MDR, Juni 2025).

Einen zentralen Beitrag leistet hierbei die Kita-Sozialarbeit. Sozialarbeiter:innen in Kindergärten sind feste Ansprechpersonen für die Sorgeberechtigten der Kinder, aber auch für die eigenen Kolleg:innen in den Kindergärten. Sie unterstützen bei Fragen zur Erziehung, begleiten Familien bei Behördengängen und helfen bei der Beantragung von Leistungen sowie bei der Vernetzung mit Frühförderung, medizinischer und psychologischer Hilfe. Sie kennen den Sozialraum und können schnell vermitteln.

In Thüringen nehmen aktuell 79 Kindergärten am Landesmodellprojekt „*Vielfalt vor Ort begegnen*“ teil. In diesem Projekt ist die Kita-Sozialarbeit ein maßgeblicher Schwerpunkt. Die Zukunft des Projekts über 2025 hinaus ist jedoch unklar. Ziel muss es sein, die Kita-Sozialarbeit zu verstetigen und thüringenweit auszubauen, so dass alle Einrichtungen und Familien davon profitieren. Bis das der Fall ist, muss auf kommunaler Ebene sichergestellt werden, dass kein Kindergarten vorschnell geschlossen wird und sehr gut ausgebildete Sozialarbeiter:innen dieses Feld nicht verlassen.

Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Weichen für eine qualitativ hochwertige und sozial gut vernetzte frühkindliche Bildung in Erfurt zu stellen.

Sänger, Lars (11. Juni 2025): Schließen oder erhalten – wie weiter mit Thüringens Kindergärten? URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/schliessen-oder-erhalten-kindegarten-thueringen-100.html#sprung0>

Projekt „Vielfalt vor Ort begegnen“ (2021-2025). URL: <https://bildung.thueringen.de/bildung/kindergarten/projekte/vielfalt-vor-ort-begegnen>

B6 Demokratie braucht Demokrat:innen

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

Lebensnahe Alltags- und Beteiligungsbildung für Thüringens Schulen

Demokratie gelingt, wenn Menschen Alltag können und mitgestalten: Anträge stellen, Rechte und Pflichten verstehen, einfache Steuern und Verträge einordnen, Vertreter:innen adressieren, Petitionen und Anträge formulieren. Das kommt im Unterricht oft zu kurz und bleibt theoretisch. Wir wollen eine verbindliche, praxisnahe Alltags- & Beteiligungsbildung in Thüringen – mit geschützter Zeit im Lehrplan, echten Übungsaufgaben und verlässlichen Partner:innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen und die SPD-Landtagsfraktion auf,

- *einen verbindlichen Zeitkorridor Alltagsbildung & Demokratiepraxis in den Lehrplänen festzuschreiben, damit grundlegende Alltags – und Beteiligungskompetenzen regelmäßig und praktisch geübt werden;*
- *die Praxisorientierung verbindlich zu verankern (echte Übungsaufgaben statt reiner Theorie) und dafür landesweit Materialien, eine sichere Testumgebung (Schulmodus) und Fortbildungsangebote bereitzustellen;*
- *die Umsetzung schlank zu evaluieren und fortzuschreiben, damit das Format dauerhaft wirkt, ohne Mehrbürokratie zu erzeugen.*

Antragsbegründung

[Dieser Antrag wurde mit der Unterstützung von ChatGPT formuliert]

Demokratische Mündigkeit braucht Alltagskönnen. Friedrich Eberts Satz „Demokratie braucht Demokraten“ richtet den Blick auf Handlungsfähigkeit: Wer Anträge stellen, Fristen einhalten, Bescheide lesen, einfache Steuer- und Sozialversicherungsfragen einordnen und Abgeordnete adressieren kann, nimmt Rechte wahr und trägt Pflichten verlässlich. Genau dieses praktische Können ist die Brücke zwischen demokratischem **Ideal und dem Alltag junger Menschen.** Schule ist der einzige Ort, der alle erreicht – unabhängig von Elternhaus, Wohnort oder Geldbeutel. Wenn Schule diese Brücke nicht baut, bleibt sie vielerorts unüberwindbar.

“Nichtwissen“ ist ein Armutstreiber. In vielen Familien fehlt das bürokratische, rechtliche und finanzielle Erfahrungswissen, das nötig ist, um Ansprüche zu erkennen, Fristen zu sichern und Formulare richtig auszufüllen. Das hat Folgen:

- *Nichtinanspruchnahme :*
Anspruchsberechtigte Leistungen werden häufig nicht beantragt nicht aus Bequemlichkeit, sondern weil Informationen fehlen.
- *Zeit – und Stresskosten treffen mehrere Haushalte stärker :*
Wer Schicht arbeitet, Kinder betreut oder mehrere Jobs hat, kann komplexe Verfahren kaum bewältigen. Jeder Fehler kostet Zeit und Geld.
- *Soziale Reproduktion : Kinder, deren Eltern Alltags –*
und Amtswissen mitgeben, starten mit Vorsprung. Andere fallen zurück nicht wegen geringerer Fähigkeit, sondern weil sie weniger Unterstützung erhalten.

Eine verbindliche Alltags – & Beteiligungsbildung wirkt ausgleichend :

Sie demokratisiert Zugang zu Leistungen, senkt Fehlzeiten und verhindert vermeidbare Verschuldung. Das ist Sozial

Prävention spart Kosten. *Praktische Grundbildung reduziert Verwaltungsaufwand (weniger fehlerhafte Anträge, u*

Demokratie lebendig halten. *Demokratie ist mehr als Wahlen. Wer in der Schule Anliegen formuliert, eine Abgeordnete*

Anfrage stellt, eine Petition schreibt oder einen Antrag im Verein/Initiative einbringt, erfährt :

Mitmachen wirkt. Diese Erfahrungen senken die Schwelle, später kommunal, betrieblich oder zivilgesellschaftlich aktiv

Verbindungen :

Jugendparlamente, Gemeinderäte, Vereine, Initiativen und damit bindet es junge Menschen an ihre Region.

Üben statt Überladen. *Der Vorwurf Der Lehrplan ist voll ist ernstzunehmend deshalb braucht es einen geschützten Zeit*

fr – Schritt – Aufgaben, Bewertungsraster) und kurzen Micro –

Fortbildungen werden Lehrkräfte entlastet. Eine sichere Testumgebung (Schulmodus) ermöglicht Übung ohne Echtdaten

Fokus auf Wirksamkeit (kann Schüler :

innen einen Widerspruch formulieren? eine Frist erkennen? eine einfache Steuer –

/ Sozialfrage einordnen? eine adressierte Anfrage verschicken?).

Nachhaltige Wirkung über Jahrzehnte. *Alltags – & Beteiligungskompetenzen veralten langsam :*

Fristen, Rechtsbehelfszeiten, Grundbegriffe von Steuer/ Sozialversicherung, die Logik eines Antrags, der Teil

Fazit. *Wer will, dass Menschen ihre Rechte nutzen, Pflichten einhalten und mitgestalten, muss ihnen für die Mittel*

& Beteiligungsbildung in Thüringen ist soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und Demokratiepflege zugl

Beschluss

Arbeitskampf mutig führen: Achtstundentag verteidigen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundesministerin für
2 Arbeit und Soziales Bärbel Bas und die Bundesjunos auf, sich statt der
3 Aufweichung des Achtstundentages weiter für die 25-Stunden-Woche einzusetzen.
- 4 **Die Bundesregierung plant eine angebliche „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit.**
5 **Hinter dieser scheinbar modernen Idee verbirgt sich nichts anderes als ein**
6 **Angriff auf den Achtstundentag – eine zentrale Errungenschaft der**
7 **Arbeiter:innenbewegung. Statt einer verbindlichen täglichen Höchstarbeitszeit**
8 **von acht Stunden soll künftig nur noch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von**
9 **41 bis 48 Stunden gelten, die frei über die Tage verteilt werden kann. Das**
10 **öffnet Tür und Tor für 10-, 12- oder gar 14-Stunden-Schichten.**
- 11 **Schon heute ächzen viele Beschäftigte unter zu langen und unregelmäßigen**
12 **Arbeitszeiten. In der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in vielen**
13 **Schichtbetrieben sind Überstunden und extreme Dienste Alltag. Das Ideal des**
14 **Achtstundentages – 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf – ist**
15 **längst aus dem Gleichgewicht geraten. Freizeit schrumpft, weil Arbeitswege und**
16 **Pausen dazugerechnet werden müssen. Wer am Limit arbeitet, verliert wertvolle**
17 **Zeit für Erholung, Familie, Engagement und Selbstbestimmung.**
- 18 **Dabei ist der Schutz der Arbeitszeit nicht nur eine soziale, sondern auch eine**
19 **betriebliche Notwendigkeit. Nach der achten Stunde steigt das Unfallrisiko**
20 **rasant, die Fehlerquote nimmt zu, und die Gesundheit der Beschäftigten leidet.**
21 **Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Burn-Out sind die Folgen.**
22 **Längere Arbeitstage bedeuten keine höhere Produktivität – sie bedeuten**
23 **erschöpfte Menschen. Jede Stunde über der achten ist ein Schritt hin zu mehr**
24 **Ausfall, weniger Planbarkeit und steigenden Kosten für die Betriebe.**
- 25 Auf dem SPD-Debattenkonvent 2022 wurde auf Bundesebene bereits der Antrag „Mehr
26 Zeit für das was zählt – Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ beschlossen. Die hier von
27 den Jusos geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden wurde
28 damals angenommen. Im Kampf um Arbeitszeit wurde hiermit ein klarer Impuls für
29 bessere Arbeits- und Freizeitbedingungen gesetzt.
- 30 **Das Märchen, die deutsche Wirtschaft leide unter einer zu „faulen“ Bevölkerung,**
31 **ist nichts als Klassenpropaganda. Es ignoriert Millionen unbezahlter Überstunden**
32 **und die enorme Belastung vieler Beschäftigter. Wer ernsthaft über Arbeitszeiten**
33 **sprechen will, muss über gerechte Verteilung von Arbeit sprechen. Dass**
34 **Deutschland im europäischen Vergleich weniger Arbeitsstunden aufweist, liegt am**
35 **hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten – meist Frauen –, die nebenbei unbezahlte**
36 **Care-Arbeit leisten. Eine reale Verbesserung für diese Menschen entsteht nicht**

37 **durch längere Arbeitszeiten, sondern durch bessere Betreuung, Pflegeangebote und**
38 **faire Löhne.**

39 In dieser Tradition kommt eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeiten nicht
40 in Frage. Im stetigen Kampf um Arbeitszeit und Lohn für diese, stehen die Jusos
41 klar gegen die als „Flexibilisierung“ getarnte Verlängerung zur Ausbeutung der
42 arbeitenden Bevölkerung.

43 **Die Geschichte unserer Bewegung zeigt: Fortschritt kam nie durch längeres**
44 **Arbeiten, sondern durch erkämpfte Pausen und verkürzte Werktage. Schon 2022 hat**
45 **der SPD-Debattenkonvent mit dem Antrag „Mehr Zeit für das, was zählt –**
46 **Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ den Weg zur 25-Stunden-Woche eingeschlagen. Daran**
47 **halten wir fest. Dieser Weg ist Ausdruck unserer Überzeugung, dass Arbeit dem**
48 **Menschen dienen muss und nicht umgekehrt.**

49 **Die Jusos Thüringen fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion, die**
50 **Bundesministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas und die Bundesjusos auf,**

51 Für uns ist daher klar: eine Aufweichung des Achtstundentages darf es mit dieser
52 Partei nicht geben. Dem aktuellen Klassenkampf von oben darf sich nicht gebeugt
53 werden!

- 54 • **sich entschlossen auf allen Ebenen gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen**
55 **jede gesetzliche Aufweichung des Achtstundentages einzusetzen und jede**
56 **Ausweitung der täglichen Arbeitszeit klar abzulehnen.**
- 57 • **sich statt längerer Arbeitstage für den Einstieg in die**
58 **Arbeitszeitverkürzung – mit dem Ziel einer 25-Stunden-Woche bei vollem**
59 **Lohnausgleich einzusetzen.**
- 60 • **die Arbeitsbedingungen für Teilzeitkräfte deutlich zu verbessern: durch**
61 **den Ausbau von Kinderbetreuung, Pflegeangeboten und gute Löhne statt**
62 **längerer Arbeitszeiten.**
- 63 • **sich für eine moderne, solidarische Arbeitsgesellschaft einzusetzen, die**
64 **Freizeit, Gesundheit und Lebensqualität über Profitinteressen stellt -**
65 **ohne Zugeständnisse an den Koalitionspartner!**

Antragsbegründung

Nach dem neuen Konzept der Bundesregierung sollen die Arbeitszeitregelungen „flexibilisiert“ werden. Statt einer maximalen Arbeitszeit von acht Stunden am Tag, soll die wöchentliche Arbeitszeit flexibel verteilt werden können. Als maximale Wochenarbeitszeit stehen hier 41 bzw. 48 Stunden im Raum, welche flexibel auf deutlich weniger Tage als bislang verteilt werden könnten. Eine komplette Entkopplung von Arbeitstag und Arbeitszeit, als „Flexibilisierung“ getarnt, könnte für die Arbeitnehmer:innen jedoch tägliche Arbeitszeiten von zehn, zwölf oder sogar 14 Stunden zur Folge haben. Dabei sind flexiblere Arbeitszeiten in vielen Bereichen bereits heute möglich. Etwa in der Gastronomie sind es bereits Arbeitszeiten von bis zu 10 Stunden am Tag, im Gesundheitswesen arbeitet das Personal zum Teil in 12- und 24-Stunden-Schichten.

8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf. Dies ist das Grundkonzept des Achtstundentages. Dabei gehen von der Freizeit bereits die Mittagspause und der Arbeitsweg ab. Freizeit ist dabei schon ein trügerischer Begriff, da diese eigentlich nicht nur der Erholung von der Arbeit dienen sollte. In der Zeit, in der sich Körper und Geist von der Arbeit erholt, besteht noch keine wertige freie Zeit, welche für die

eigene Lebensgestaltung, Familie und Selbstverwirklichung bereitsteht. Hierfür ist eine Reduktion der täglichen Arbeitszeit notwendig.

Betriebs- und personalwirtschaftlich macht es Sinn, die Arbeitszeit nicht über 8 Stunden zu verlängern, da die langfristige Personalplanung andernfalls gefährdet wird. Der Mensch ist folglich selbst aus betrieblicher Sicht ein Produktionsfaktor, der zwingend ausreichend Regeneration braucht. Es steigt etwa das Unfallrisiko nach den acht Stunden exponentiell an. Folgen zu langer Arbeitszeiten wie Schlafstörungen, Herz-Kreislauferkrankungen, Burn-Out und weitere bedeuten auch für das Unternehmen Ausfall von qualifiziertem Personal. Selbst wenn die aktuellen Regeln zu unflexibel wären: Flexibilisierung auf Kosten menschlicher Gesundheit ist nicht hinnehmbar.

Der Achtstundentag kann nicht dem Argument, man müsse die deutsche Wirtschaft retten, geopfert werden. Die vergangenen politischen Entscheidungen, z. B. in der Rezession zu sparen, dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen. Das Argument, die deutsche Wirtschaft sei aufgrund einer "faulen" Bevölkerung in der jetzigen Situation, ist ökonomisch unterkomplex und ein Schlag ins Gesicht aller arbeitenden Menschen in Deutschland. Es besteht zudem kein Konsens unter Ökonom:innen, dass eine Erhöhung der täglichen Arbeitszeit das Allheilmittel ist. Bislang geleistete für Arbeitgeber:innen – oft kostenlos – geleistete Überstunden werden hier geflissentlich ignoriert.

Die Begründung, dass die Deutschen weniger arbeiten würden, als andere Europäer:innen, hinkt. Diese Annahme wird durch einen hohen Anteil an Teilzeitkräften verfälscht. Möchte man die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland zwingend erhöhen, sollte man sich auf Unterstützung für jene Kräfte fokussieren, denn Teilzeitkräfte leisten nebenbei oft unbezahlte Care-Arbeit. Es könnte Teilzeitkräften durch ein besseres Angebot an Kinderbetreuung und Pflege für Angehörige der Rücken gestärkt werden, um ihnen eine höhere Wochenarbeitszeit zu ermöglichen.

In Arbeitskämpfen geht es letztendlich immer um Zeit. Wie viel persönliche Lebenszeit wird den Arbeitgeber:innen zur Verfügung gestellt und wie teuer wird sie bezahlt. Die Jusos setzen sich hierbei bereits seit Jahren für eine Reduktion der Arbeitszeit und bessere Vergütung ein. Mit einer SPD-Arbeitsministerin darf es daher keine weitere Aufweichung der täglichen Arbeitszeit geben.

Beschluss

Gehaltsverhandlungen auf Augenhöhe - Auskunftsrecht für Arbeitnehmer:innen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Nach dem Betriebsverfassungsgesetz (§ 80 Abs.2 BetrVG) muss der Arbeitgeber den
2 Betriebsrat über wirtschaftliche Angelegenheiten informieren, und in Betrieben
3 ab 100 Beschäftigten gibt es mit dem Wirtschaftsausschuss (§§ 106 ff. BetrVG)
4 ein noch genaueres Informationsrecht. Doch diese Regelungen greifen nur dort, wo
5 ein Betriebsrat existiert und die Betriebsgröße groß genug ist. Das bedeutet:
6 Ein erheblicher Teil der Beschäftigten, vor allem in kleineren Betrieben oder
7 ohne Betriebsrat, bleibt ohne jede Auskunftsmöglichkeit. Auch die
8 handelsrechtlichen Offenlegungspflichten nach dem HGB helfen kaum weiter.
9 Jahresabschlüsse von Kapitalgesellschaften (z.B. GmbH, AG) zeigen nur die
10 Verhältnisse vergangener Geschäftsjahre. Einzelunternehmen und viele
11 Personengesellschaften müssen ihre Ergebnisse dagegen gar nicht veröffentlichen.
12 Für aktuelle Lohn- und Gehaltsverhandlungen fehlen den Beschäftigten damit fast
13 alle verlässlichen Daten. Dass wir mehr Transparenz brauchen, zeigen die Zahlen:
14 Das durchschnittliche Jahreseinkommen von Beschäftigten liegt bei etwa 50.000€,
15 die Reallöhne sind seit 2019 aber gerade einmal um 0,7 % gestiegen. Gleichzeitig
16 konnten Vorstände und Unternehmensleitungen ihre Realeinkommen im selben
17 Zeitraum um über 20 % erhöhen. Hinzu kommt die deutlich gesunkene Tarifbindung:
18 Lag sie im Jahr 2000 noch bei rund 70 % aller Betriebe, ist sie heute auf nur
19 noch 50 % gefallen, in Ostdeutschland sogar auf 42 %.
- 20 Die Jusos Thüringen fordern, dass sich die SPD Thüringen auf Bundesebene für ein
21 Auskunftsrecht für Mitarbeitende, Interessenvertretungen und im Unternehmen
22 vertretene Gewerkschaften über die aktuelle Finanzlage und Gewinnverwendung des
23 Arbeitgebers einsetzt.
- 24
25 Dieses Auskunftsrecht soll deshalb für alle Betriebe und unabhängig von
26 Betriebsgröße oder Rechtsform gelten. Es soll sich nicht nur auf Kennzahlen wie
27 Umsätze und Gewinne beschränken, sondern auch auf deren Verwendung. Beschäftigte
28 und ihre Vertretungen sollen wissen, wie viel in den Betrieb zurückfließt, wie
29 viel als Rücklagen gebildet wird und welcher Betrag an Eigentümer:innen
30 ausgeschüttet wird. Damit erhält man ein klares Bild, wie die gemeinsam
31 erarbeitete Wertschöpfung verteilt wird. Die Privatsphäre einzelner
32 Unternehmer:innen wird dennoch gewahrt, da keine individuellen Privatentnahmen
33 offengelegt werden müssen, sondern nur die Gesamtsummen der Gewinnverwendung.
- 34
35 Mit diesem Auskunftsrecht schließen wir die Lücke, die das
36 Betriebsverfassungsgesetz und die handelsrechtlichen Publizitätspflichten bisher
37 lassen. Wir stärken gerade auch die nicht organisierten Arbeitnehmer:innen,
38 schaffen mehr Augenhöhe in Verhandlungen über Löhne und verhindern, dass sich

39 die Schere zwischen Arbeits- und Unternehmenseinkommen weiter öffnet. Damit
40 leisten wir einen wichtigen Beitrag zur weiteren Emanzipation der
41 Arbeiternehmer:innen.

Antragsbegründung

Mit dem neuen Auskunftsrecht erhalten Beschäftigte sowie ihre Interessenvertretungen einen direkten Einblick in die aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Unternehmens. Bisher gibt es solche Rechte nur eingeschränkt: Nach dem Betriebsverfassungsgesetz (§ 80 Abs. 2 BetrVG) muss der Arbeitgeber den Betriebsrat über wirtschaftliche Angelegenheiten informieren, und in Betrieben ab 100 Beschäftigten gibt es mit dem Wirtschaftsausschuss (§§ 106 ff. BetrVG) ein noch genaueres Informationsrecht. Doch diese Regelungen greifen nur dort, wo ein Betriebsrat existiert und die Betriebsgröße groß genug ist. Das bedeutet: Ein erheblicher Teil der Beschäftigten, vor allem in kleineren Betrieben oder ohne Betriebsrat, bleibt ohne jede Auskunftsmöglichkeit.

Auch die handelsrechtlichen Offenlegungspflichten nach dem HGB helfen kaum weiter. Jahresabschlüsse von Kapitalgesellschaften (z.B. GmbH, AG) zeigen nur die Verhältnisse vergangener Geschäftsjahre. Einzelunternehmen und viele Personengesellschaften müssen ihre Ergebnisse dagegen gar nicht veröffentlichen. Für aktuelle Lohn- und Gehaltsverhandlungen fehlen den Beschäftigten damit fast alle verlässlichen Daten.

Das neue Auskunftsrecht soll deshalb für alle Betriebe und unabhängig von Betriebsgröße oder Rechtsform gelten. Es soll sich nicht nur auf Kennzahlen wie Umsätze und Gewinne beschränken, sondern auch auf deren Verwendung. Beschäftigte und ihre Vertretungen sollen wissen, wie viel in den Betrieb zurückfließt, wie viel als Rücklagen gebildet wird und welcher Betrag an Eigentümer:innen ausgeschüttet wird. Damit erhält man ein klares Bild, wie die gemeinsam erarbeitete Wertschöpfung verteilt wird. Die Privatsphäre einzelner Unternehmer:innen wird dennoch gewahrt, da keine individuellen Privatentnahmen offengelegt werden müssen, sondern nur die Gesamtsummen der Gewinnverwendung.

Dass wir mehr Transparenz brauchen, zeigen die Zahlen: Das durchschnittliche Jahreseinkommen von Beschäftigten liegt bei etwa 50.000€, die Reallöhne sind seit 2019 aber gerade einmal um 0,7% gestiegen. Gleichzeitig konnten Vorstände und Unternehmensleitungen ihre Realeinkommen im selben Zeitraum um über 20% erhöhen. Hinzu kommt die deutlich gesunkene Tarifbindung: Lag sie im Jahr 2000 noch bei rund 70% aller Betriebe, ist sie heute auf nur noch 50% gefallen, in Ostdeutschland sogar auf 42%.

Mit diesem Auskunftsrecht schließen wir die Lücke, die das Betriebsverfassungsgesetz und die handelsrechtlichen Publizitätspflichten bisher lassen. Wir stärken gerade auch die nicht organisierten Arbeitnehmer:innen, schaffen mehr Augenhöhe in Verhandlungen über Löhne und verhindern, dass sich die Schere zwischen Arbeits- und Unternehmenseinkommen weiter öffnet. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur weiteren Emanzipation der Arbeiternehmer:innen

C3 Jede:r fängt klein an

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Thüringen soll Land, Kommunen und kommunale Betriebe verpflichten, geeignete
2 Leistungen handlich zu zuschneiden und regelmäßig als Einstiegsaufträge
3 anzubieten. Gemeint sind Arbeiten, die sich gut abgrenzen und bei Bedarf zügig
4 ersetzen lassen: zum Beispiel die Pflege eines Teilbereichs einer Grünfläche für
5 einige Wochen, das Ausbessern kleiner Schäden im Schulflur, das Aufsetzen einer
6 begrenzten Zahl von Endgeräten, ein kleines Catering für eine städtische
7 Veranstaltung oder das Aktualisieren einzelner Seiten einer Vereins- oder
8 Amtswebsite. Vor der Vergabe wird kurz und klar geprüft, ob der neue Betrieb die
9 Aufgabe leisten kann; dafür reichen eine Basis-Haftpflicht und eine kleine
10 Probeleistung oder Referenz. Für jeden Einstiegsauftrag gelten eindeutige
11 Abnahmeregeln, und es wird vorsorglich ein zweiter Anbieter hinterlegt, der im
12 Notfall kurzfristig übernehmen kann. Die Teilnahme wird so niedrigschwellig wie
13 möglich gestaltet: eine knappe Online-Registrierung, ein Mustervertrag mit
14 wenigen Seiten und eine regelmäßige Sprechstunde zur Teilnahme an diesen
15 Vergaben. Die Rechnung wird zügig beglichen, damit junge Betriebe nicht an
16 Liquidität scheitern. Das Land wertet die Erfahrungen jährlich aus (Anzahl neuer
17 Betriebe, Erfüllungsquote, nötige Nachsteuerungen) und passt den Rahmen an.
18 Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen und die SPD-Landtagsfraktion
19 Thüringen auf, die öffentliche Auftragsvergabe so auszugestalten, dass
20 „Einstiegsaufträge“ für neue, kleine Betriebe in Thüringen möglich werden:
21 kleine, klar beschreibbare und risikoarme Arbeiten, die jungen Unternehmen ihren
22 ersten verlässlichen Auftrag verschaffen, ohne die Qualität öffentlicher
23 Leistungen zu gefährden. Dazu gehören ein einfacher Zugang, kurze Prüfung der
24 Grundvoraussetzungen, klare Abnahme und schnelle Zahlung. Sicherheits-, fristen-
25 oder versorgungskritische Aufgaben bleiben weiterhin bei erfahrenen Firmen.

Antragsbegründung

[Dieser Antrag wurde mit der Unterstützung von ChatGPT formuliert]

In vielen Städten, Gemeinden und Ortsteilen fallen regelmäßig kleinere, aber wichtige Alltagsarbeiten an: ein Beetstreifen muss hergerichtet werden, ein Teilabschnitt eines Radwegs braucht Markierungen, zehn Laptops an einer Schule müssen aufgesetzt werden, die Bühne fürs Dorffest muss geliefert und aufgebaut werden, ein Flyer für das Stadtteilstfest soll gesetzt und gedruckt werden. Solche Aufgaben sind häufig zu klein für große Anbieter und für neue Betriebe genau das Richtige, um Praxis, Referenz und Umsatz zu sammeln. Gleichzeitig erleben viele Gründer:innen den Einstieg als Hürde: Die Verfahren wirken kompliziert, der erste Kunde fehlt, das Risiko, sich zu übernehmen, schreckt ab. Hier kann die öffentliche Hand ohne zusätzliche Subventionen helfen – indem sie Arbeiten, die ohnehin anfallen, kleiner und

zugänglicher macht.

Wie das konkret ablaufen könnte: Eine Kommune plant am Jahresanfang, welche wiederkehrenden Kleinarbeiten sich eignen, und schneidet größere Vorhaben in überschaubare Teile. Diese Einstiegsaufträge werden auf der kommunalen Website und in einem landesweiten Portal sichtbar gemacht. Interessierte Neugewerbe füllen eine Ein-Seiten-Registrierung aus, laden die Versicherungsbestätigung hoch und erledigen – falls noch keine Referenz vorhanden ist – eine kleine Probeleistung (zum Beispiel ein kurzer Testauftrag oder ein Musterstück). Bekommt ein neuer Betrieb den Zuschlag, erhält er einen klaren Auftrag mit präziser Leistungsbeschreibung, einem Abnahmetermin und einem Zahlungsziel, das tatsächlich eingehalten wird. Falls etwas hakt, ist im selben Vertrag bereits ein Ersatzbetrieb als Sicherheitsnetz vorgesehen. Wer zuverlässig liefert, kann beim nächsten Mal ein Stück größer einsteigen; wer noch Erfahrung braucht, bleibt zunächst bei kleineren Paketen. So entsteht ein sicherer Lern- und Wachstumspfad.

Beispiele:

- *In einem Ortsteil übernimmt ein frisch gegründeter Garten – und Landschaftsbaubetrieb frucht Wochendie Pflege eines Spielplatz – Teilbereichs. Die Aufgaben sind klar : wchentliche Pflege, Randnachschnitt, Mllaufnahme. Der Bauhof kontrolliert die Leistung am Freitag; die Abnahme erfolgt am Samstag.*
- *Eine junge IT – Einzelunternehmerin richtet zwanzig Gerte an einer Schule ein. Die Kommune stellt eine Checkliste bereit (Nutzerkriterien, Software, Funktionstest). Am Ende der Woche prüft die Schulleitung mit der IT – Koordination die Funktionsliste; danach wird sofort gezahlt.*
- *Ein Grafik – Duo gestaltet nur das Stadtteil – Plakat und die Startseite des Fest – Webauftretts. Das ist abgrenzbar, leicht prüfbar und notfalls kurzfristig ersetzbar, ohne das Fest zu gefährden. Diese Beispiele zeigen : Der Umfang bleibt klein, die Qualität ist messbar, das Risiko ist beherrschbar. Kritische Leistungen Winterdienst, grünpflege, etc. Etablierte Unternehmen behalten die anspruchsvollen, kritischen Projekte und profitieren weiterhin vom Großteil der Aufträge. Es werden vorhandene Instrumente genutzt (klare Leistungsbeschreibung, einfache Verträge, feste Abnahme), ergo*

Zusammenfassung. Einstiegsaufträge schaffen Routine und Verlässlichkeit. Wer einmal korrekt geliefert und pünktlich bezahlt wird, ist bereit für größere Aufträge.

D1 Barrierefreies Wohnen – eine Notwendigkeit!

Gremium: KV Eichsfeld
Beschlussdatum: 15.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern einen landesweiten Ausbau von barrierefreien und
- 2 barrierearmen Wohnungen in den ländlichen und städtischen Räumen Thüringens und
- 3 somit den Neubau und Umbau von mindestens 10.000 barrierefreien Wohneinheiten
- 4 pro Jahr im Freistaat.

Antragsbegründung

Barrierefreier und barrierearmer Wohnraum ist kaum vorhanden, weder auf dem Land noch in der Stadt. Wenn es ihn dennoch gibt, handelt es sich meist um Alten- und Pflegeheime. Diese Einrichtungen sind aber vor allem sehr teuer, spärlich gesät und für junge Menschen, Menschen unter 50 und beeinträchtigte Menschen, die nicht permanent versorgt werden müssen, ungeeignet.

Durch den Neubau und besonders den priorisierten barrierefreien Umbau und/oder Sanierungen, würden nicht nur behinderte und schwerbehinderte Personen profitieren, sondern langfristig auch Senior:innen.

In Thüringen leben ca. 209.000 schwerbehinderte Menschen. Das heißt sie besitzen einen Grad der Behinderung von mindestens 50. Von 100 Menschen, die eine barrierefreie Wohnung bräuchten, haben aber nur 16 eine Chance darauf. Deutschlandweit sind es immerhin 33.

Dieser Antrag kann nur der allererste Schritt zu einer Verbesserung der Lebensumstände und der Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung sein, aber lässt uns diesen Weg gemeinsam gehen!

Beschluss

Kann ich überhaupt mitfahren? – barrierefreier ÖPNV, jetzt!!!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Wir Jusos Thüringen fordern von den kommunalen Verkehrsträgern, NVS und dem Land
- 2 Thüringen den Abbau von Hindernissen und Barrieren im thüringischen ÖPNV, sowohl
- 3 auf dem Land als auch in der Stadt. Sowie die Verpflichtung zu barrierefreien
- 4 Zustiegsmöglichkeiten bei allen neu angeschafften Zügen, Bussen und bei allen
- 5 (Bus-)Bahnhofsrenovierungen.
- 6 Der Großteil von Bussen und Straßenbahnen ist für Menschen mit einer
- 7 Gehbehinderung, die auf Hilfsmittel angewiesen sind, älter Menschen oder
- 8 Personen mit Kinderwägen nur unter großen Anstrengungen und oft nur durch die
- 9 Hilfe anderer erreichbar.
- 10
- 11 Es scheitert an Bahn- und Bussteigen, die nicht in der Höhe des Fahrzeuges sind,
- 12 was einen Ein- und Ausstieg erschwert. Rampen sind oft nicht vor Ort vorhanden,
- 13 Lifte eine absolute Seltenheit. Durch das Anheben und Bauen von Bahn- und
- 14 Bussteigen die sich in Fahrzeughöhe befinden, ist ein erleichterter Ein- und
- 15 Ausstieg möglich. Wo dies nicht möglich ist, sollten permanent Rampen vorhanden
- 16 sein oder in den Fahrzeugen mitgeführt werden, ohne dass diese erst beschafft
- 17 werden müssen. Auch ist der Einsatz, vor allem von Bussen und Straßenbahnen, die
- 18 über Hebe- und Senkfunktionen verfügen notwendig.
- 19
- 20 Lasst uns mit diesem Antrag einen Schritt zu einer besseren Inklusion von
- 21 Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen, älteren Menschen oder
- 22 Personen mit Kinderwägen gehen!

Antragsbegründung

Der Großteil von Bussen und Straßenbahnen ist für Menschen mit einer Gehbehinderung, die auf Hilfsmittel angewiesen sind, nur unter großen Anstrengungen und oft nur durch die Hilfe anderer erreichbar. Es scheitert an Bahn- und Bussteigen, die nicht in der Höhe des Fahrzeuges sind, was einen Ein- und Ausstieg erschwert. Rampen sind oft nicht vor Ort vorhanden, Lifte eine absolute Seltenheit.

Durch das Anheben und Bauen von Bahn- und Bussteigen die sich in Fahrzeughöhe befinden, ist ein erleichterter Ein- und Ausstieg möglich. Wo dies nicht möglich ist, sollten permanent Rampen vorhanden sein oder in den Fahrzeugen mitgeführt werden, ohne dass diese erst beschafft werden müssen. Auch ist der Einsatz, vor allem von Bussen und Straßenbahnen, die über Hebe- und Senkfunktionen verfügen notwendig.

Davon profitieren nicht nur behinderte und gehbehinderte Personen, sondern auch Senior:innen.

Lasst uns mit diesem Antrag einen Schritt zu einer besseren Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen gehen!

Beschluss

#BleibDoch – Thüringen stärken durch einen Bleibe-Bonus für junge Menschen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern die Einführung eines umfassenden Bleibe-Bonus für
2 junge Menschen, um das Leben, Arbeiten und gesellschaftliche Engagement junger
3 Menschen in Thüringen aktiv zu fördern und zu stärken. Ziel ist es, jungen
4 Menschen in Thüringen attraktive Perspektiven zu eröffnen, Abwanderung zu
5 verhindern und Rückkehr zu erleichtern.

6 Wir fordern die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag und die Landesregierung auf,
7 diese Forderungen in die kommenden Haushaltsberatungen und Landesstrategien
8 einzubringen. Parallel dazu sind bestehende Programme systematisch hinsichtlich
9 ihrer Attraktivität und Wirksamkeit für junge Menschen zu evaluieren.

10 I. Monetäre Unterstützung

11 Wir fordern von der Landesregierung die Prüfung und schrittweise Einführung
12 folgender finanzieller Anreize:

- 13 • **Erster-Heim-Zuschuss:** Eine einmalige finanzielle Unterstützung für junge
14 Menschen (z.B. zwischen 18 und 30 Jahren), die ihre erste Wohnung in
15 Thüringen beziehen – insbesondere in strukturschwachen Regionen. Die Höhe
16 sollte gestaffelt werden, in Abhängigkeit von der Ländlichkeit der Region.
- 17 • **Thüringen-BAföG-Plus:** Eine landesfinanzierte Zusatzförderung oder Rabatt
18 auf Rückzahlungspflichten für BAföG-Empfänger:innen, die nach ihrem
19 Abschluss mindestens drei Jahre in Thüringen leben und arbeiten oder sich
20 gesellschaftlich engagieren.
- 21 • **Startgeld für Selbstständige:** Eine gezielte, niedrighschwellig zugängliche
22 Förderung für junge Menschen, die sich in Thüringen selbstständig machen
23 oder ein Start-Up gründen möchten – z.B. durch Anschubfinanzierung,
24 Mikrokredite oder Zuschüsse in den ersten Jahren.
- 25 • **Mobilitäts- und Umzugszuschüsse:** Finanzielle Unterstützung bei Umzügen
26 innerhalb Thüringens oder Rückzügen aus anderen Bundesländern, um Hürden
27 bei Standortentscheidungen zu minimieren.
- 28 • **Azubi-Bonus:** Analog zum BAföG-Bonus ist ein Zuschusssystem für
29 Auszubildende zu schaffen – etwa in Form eines „Thüringen-Azubi-Zuschlags“
30 bei erfolgreichem Abschluss und Verbleib im Land. Auch Absolvent:innen von
31 Meister- und Techniker-Weiterbildungen sind einzubeziehen.

32 II. Nicht-monetäre Maßnahmen

- **#BleibDoch-Events:** Landesweite Networking-Veranstaltungen für junge Menschen, bei denen nicht nur Arbeitgeber:innen vertreten sind, sondern auch Vereine, Kommunalvertretungen, lokale Initiativen, Wohnungsgesellschaften, Vermieter:innen und andere relevante Akteur:innen. Ziel ist es, ein authentisches Bild vom Leben in Thüringen zu vermitteln – jenseits von Broschüren. Begleitet werden soll dies durch eine digitale Plattform und Öffentlichkeitsarbeit mit Informationen zu Arbeit, Wohnen und Engagementmöglichkeiten.
- **Engagementnetzwerke fördern:** Junge Menschen, die sich in Thüringen engagieren (etwa in Freiwilligendiensten, Kommunalpolitik, Kulturprojekten, etc.), sollen gezielt Anerkennung, Weiterbildung und Förderung erhalten. Dafür sollen einheitliche Zertifikate und erweiterte Ehrenamtskarten mit Vergünstigungen geschaffen werden, die vom öffentlichen Arbeitgeber anerkannt werden müssen.
- **Kooperation mit Bildungs- und Ausbildungsstätten:** Hochschulen, Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe sollen aktiv eingebunden werden, um Studierende und Azubis frühzeitig über Bleibeperspektiven zu informieren, z. B. durch Career Services oder Berufsmessen. Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit mit den einzelnen Kommunen notwendig.

III. Rückkehr fördern

- **Rückkehrer:innen-Programme:** Menschen, die Thüringen für Ausbildung oder Beruf verlassen haben und zurückkehren wollen, sollen durch gezielte Programme (z.B. Beratungsstellen, Rückkehr-Messen, Zuschüsse, Informationskampagnen) unterstützt werden. Bestehende Projekte sollen evaluiert werden und gezielt gestärkt werden, in dem mehr investiert wird. Diese Angebote sollen sowohl analog wie auch digital, mehrsprachig und niederschwellig ausgestaltet werden.
- **Zusammenarbeit mit lokalen Akteur:innen:** Kommunen und regionale Arbeitgeber:innen sowie Bildungseinrichtungen sind aktiv einzubeziehen, um Rückkehrer:innen konkrete Aus- und Weiterbildungs-, Job- und Wohnungsangebote zu vermitteln.

Antragsbegründung

Thüringen steht – wie viele ostdeutsche Flächenländer – vor der Herausforderung, junge Menschen nach ihrer Ausbildung, ihrem Studium oder Freiwilligendienst in der Region zu halten. Die Abwanderung junger Menschen ist dabei keine neue Entwicklung, aber sie verschärft sich aktuell durch Fachkräftemangel, überregionale Mobilität und die unzureichende Attraktivität ländlicher Räume. Gleichzeitig fehlen junge Perspektiven vor Ort: in Unternehmen, in Vereinen, in zivilgesellschaftlichem Engagement und nicht zuletzt in der Kommunalpolitik.

Statt dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen, braucht es einen starken Impuls: einen Bleibe-Bonus (alternativ auch „Heimat-Start“, „Thüringen-Perspektive“, „BleibDoch-Initiative“), der jungen Menschen echte Perspektiven bietet – finanziell, gesellschaftlich und emotional. Thüringen soll ein Ort werden, an dem junge Menschen nicht nur aus Pflichtgefühl bleiben, sondern aus Überzeugung.

Beschluss

Ruhe darf kein Luxus sein – Ruhebereiche für alle Regionalzüge!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Ruhe im Zug ist für viele Menschen kein Nice-to-have, sondern Voraussetzung für
- 2 Konzentration und Erholung. Besonders Schüler:innen, Studierende, Pendler:innen
- 3 und neurodivergente Menschen sind auf Rückzugsräume angewiesen. Dennoch sind
- 4 aktuell die einzigen ruhigen Bereiche in Regionalzügen meist die der ersten
- 5 Klasse - teuer, oft leer und nur einem kleinen Teil der Fahräste zugänglich.
- 6 Die Jusos Thüringen fordern deshalb die **Einführung von deutlich gekennzeichneten**
- 7 **Ruhebereichen in allen Regionalzügen** in Thüringen.
- 8 Diese Ruhebereiche müssen allen Fahrgästen offenstehen. So werden Konzentration,
- 9 Erholung und Rückzug während der Fahrt ermöglicht. Sie sollen Barrieren abbauen,
- 10 Rücksichtnahme und ein respektvolles Miteinander fördern und den ÖPNV im Rahmen
- 11 der sozial-ökologischen Verkehrswende attraktiver machen.
- 12 Als ersten Schritt verstehen wir die **Abschaffung der ersten Klassen** in allen
- 13 Regionalzügen und die **Umwandlung dieser Bereiche in frei zugängliche**
- 14 **Ruhebereiche**.

Antragsbegründung

Wer mit dem Zug unterwegs ist, sollte die Wahl haben: Gespräche, Musik und Telefonate – oder Ruhe. Für viele Menschen ist der Zug nicht nur ein Ort der Fortbewegung, sondern auch ein Raum zum Lernen, Arbeiten oder zum Abschalten. Besonders für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Pendler*innen ist das Bedürfnis nach Konzentration und Rückzug während der Fahrt groß – etwa vor Prüfungen, nach langen Arbeitstagen oder in vollen Zügen auf dem Heimweg.

Besonders neurodivergente Menschen, etwa mit ADHS, Autismus-Spektrum-Störung oder Hypersensibilität, sind in überfüllten, lauten Zügen mit durchgängiger Beschallung, lauten Gesprächen oder feiernden Gruppen schnell an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Für viele ist das nicht nur unangenehm, sondern schlicht ein Ausschlusskriterium für den ÖPNV.

Aktuell gibt es in Thüringer Regionalzügen keine ausgewiesenen Ruhebereiche. Dabei zeigen andere Bundesländer, dass es besser geht: In Niedersachsen etwa bietet das Bahnunternehmen *metronom* Ruhebereiche außerhalb der ersten Klasse an, also dort, wo sie auch für Menschen mit kleinerem Geldbeutel zugänglich sind. Genau so muss es auch in Thüringen sein: Ruhe darf kein Luxus sein.

Ruhebereiche schaffen einen Rückzugsraum im stressigen Alltag und ermöglichen ein rücksichtsvolleres Miteinander im öffentlichen Nahverkehr. Gleichzeitig sind sie eine Maßnahme, um den ÖPNV attraktiver zu machen – was wir als Teil der sozial-ökologischen Verkehrswende dringend brauchen.

Deshalb fordern wir: Ruhebereiche müssen flächendeckend, klar gekennzeichnet und für alle zugänglich sein – unabhängig vom Einkommen.

G1 Wir wollen die Ampel zurück! Einführung einer "Hygieneampel" in der Gastronomie

Gremium: Jusos Unstrut-Hainich-Kreis
Beschlussdatum: 17.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die verpflichtende Einführung einer „Hygieneampel“
- 2 in Gastronomiebetrieben, mit der die Ergebnisse der letzten behördlichen
- 3 Hygienekontrolle für Verbraucher:innen in leicht verständlicher Form dargestellt
- 4 werden.
- 5 Die Ergebnisse kontrollierter Betriebe in wesentlichen Kategorien werden mit
- 6 einem farblichen oder Smiley-basierten System dargestellt und im Eingangsbereich
- 7 ausgehängen. Für das Nicht-Aushängen ist ein entsprechender
- 8 Ordnungswidrigkeitstatbestand einzuführen.

Antragsbegründung

Die Einführung der „Hygieneampel“ leistet einen Beitrag zu Transparenz und Verbraucherschutz. Sollten bei einer Hygienekontrolle wesentliche Mängel festgestellt werden, bietet ein suboptimales Ergebnis den Gastronomiebetrieben einen wesentlichen Anreiz, rasch Nachbesserungen vorzunehmen. Damit ein Betrieb nicht unverhältnismäßig lange von einem schlechten Ergebnis beeinträchtigt ist, sollte die Möglichkeit auf eine zeitnahe Nachbegehung (spätestens binnen 3 Monaten) bestehen, die bei Verbesserungen zu einem neuen, besseren Ergebnis führen würde.

In Deutschland gab es mehrere Versuche progressiver Regierungen (bspw. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen, Rot-Rot-Grün in Berlin), derartige Systeme einzuführen, die jedoch jeweils nach kurzer Zeit von CDU-geführten Regierungen wieder abgeschafft wurden, ehe sie sich etablieren konnten.

Wie es besser geht, zeigen andere europäische Staaten wie Dänemark oder Finnland, in denen „Hygieneampeln“ erfolgreich eingeführt wurden. Ein Bericht der Verbraucherzentrale Bundesverband zeigt, dass es seit der Einführung in Dänemark und Finnland zu Verbesserungen in der Hygiene gekommen ist und die „Hygieneampeln“ von Verbraucher:innen geschätzt werden (<https://www.vzbv.de/sites/default/files/2021-08/21-09-01%20Bericht%20Transparenzsysteme.pdf>).

<https://www.umwelt.nrw.de/landeskabinett-bringt-abschaffung-der-hygieneampel-auf-den-weg>

<https://www.foodwatch.org/de/startschuss-fuer-hygiene-ampel-in-nrw>

<https://lebensmittelpraxis.de/handel-aktuell/44691-verbraucherschutz-rueckschritt-berliner-senat-plant-abschaffung-des-hygiene-barometers-fuer-gastronomiebetriebe.html>

Beschluss

Kein Abtreibungsverbot durch die Hintertür!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die Fraktion der SPD im Thüringer Landtag, die
- 2 Fraktion der SPD im Bundestag und die Bundesministerin für Arbeit und Soziales
- 3 Bärbel Bas auf, das kirchliche Selbstbestimmungsrecht sowie das Direktionsrecht
- 4 von Träger:innen der öffentlichen und privaten Gesundheitsversorgung in
- 5 Deutschland zu beschränken.
- 6 Weiterhin muss in diesen Einrichtungen das Kirchenarbeitsrecht abgeschafft
- 7 werden, um die ärztliche Behandlungsfreiheit bei medizinisch indizierten
- 8 Eingriffen und nach §§ 218, 218a unter Straffreiheit gestellte Abtreibungen zu
- 9 schützen.
- 10 Außerdem fordern wir die Landesregierung des Freistaates Thüringen auf, bei
- 11 geplanten Fusionen von Kliniken verbindlich sicherzustellen, dass das bestehende
- 12 Angebot für sichere Schwangerschaftsabbrüche in Art und Umfang mindestens
- 13 erhalten bleibt. Fusionen, die eine Verschlechterung oder Einschränkung dieses
- 14 Angebots erwarten lassen, sind zu untersagen bzw. dürfen nicht genehmigt werden.
- 15 Bei allen Entscheidungsprozessen ist dem Schutz der reproduktiven
- 16 Gesundheitsversorgung besondere Priorität einzuräumen.
- 17 Eingriffe, die die körperliche Selbstbestimmung betreffen, müssen vor der
- 18 indirekten Einflussnahme durch ideologisch oder konfessionell geprägte
- 19 Interessensgruppen geschützt werden. Wechselnde Besitzverhältnisse in Kliniken
- 20 und ambulanten operativen Einrichtungen dürfen nicht zu einer Verschlechterung
- 21 der Versorgungslage für gebärfähigen cis Frauen, trans Männer, non-binäre und
- 22 intersex Personen in äußerst verletzlichen und persönlichen Notsituationen
- 23 führen. Deren Selbstbestimmungsrecht und das von Ärzt:innen, die diese durch die
- 24 sichere Durchführung solcher Eingriffe unterstützen, benötigen besonderen
- 25 Schutz.
- 26 Zudem müssen in jedem staatlichen Klinikum mit gynäkologischer Fachabteilung
- 27 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden können.
- 28
- 29 Ärzt:innen in der gynäkologischen Assistenzärzt:innenausbildung und
- 30 Fachärzt:innen für Gynäkologie sowie für diese Eingriffe benötigtes weiteres
- 31 Personal - wie Hebammen, operationstechnische Assistent:innen,
- 32 Anästhesist:innen, anästhesie-technische Assistent:innen, medizinisch-technische
- 33 Assistent:innen, Pflegefachkräfte sowie Pflegehelfer:innen - dürfen keine
- 34 Repressionen durch deren Arbeitgeber:innen erfahren, wenn sie Abtreibungen in
- 35 der Klinik oder außerhalb anbieten, unterstützen oder durchführen.

36 Da die bestehenden Gesetze durch das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und
37 Direktionsrecht der Arbeitgeber:innen in Kliniken derzeit umgangen werden
38 können, müssen Einschränkungen - die über die gesetzlichen Regelungen
39 hinausgehen - bundeseinheitlich untersagt werden.

Antragsbegründung

6 Jahre Studium und 5 Jahre Assistenzärzt:innenausbildung trennen die meisten Entscheidungsträger:innen der Krankenhausverwaltung von medizinischen Eingriffen. Dennoch mischen sich insbesondere bei konfessionell geprägten Träger:innen die Verwaltungen der Kliniken durch Missbrauch ihres Direktionsrechts und erweiterten kirchlichen Selbstbestimmungsrechts auch in staatlich finanzierten Kliniken in die ärztliche Behandlung ein. Bei einigen evangelischen Träger:innen sind Abtreibungen nur nach Ethikkommission bei medizinischer Indikation, also z. B. nicht lebensfähigen Fehlbildungen erlaubt. Andere katholische Träger:innen verbieten diese komplett, außer es geht um Leben und Tod der Schwangeren Person.

Im Rahmen von Klinikzusammenlegungen, durch Neuordnung unseres Gesundheitssystems, bekommen religiöse Gemeinschaften zunehmend Einfluss auf die abnehmende Anzahl an Kliniken – und gefährden hierdurch das Angebot für stationär und ambulant durchgeführte Abtreibungen.

Dass sie hierbei auf andere Angebote für Abtreibungen verweisen, wirkt zynisch, wenn man bedenkt, dass nicht jede schwangere Person in dieser Notsituation die Möglichkeit und die Mittel für eine längere Reise hat.

Dass sie „Beratung“ für gebärfähige cis Frauen, trans Männer, non-binäre und intersex Personen anbieten, beendet weder eine Schwangerschaft, noch ändert sie etwas an z. B. nicht lebensfähigen oder einschneidenden körperlichen Behinderungen der ungeborenen Föten. Auch familiäre, wirtschaftliche, persönliche oder strafrechtliche Hintergründe können durch eine Beratung nur eingeschränkt beeinflusst werden. Menschen, die sich nach einer offenen Beratung für eine Schwangerschaft entscheiden und Hilfsangebote annehmen, müssen ebenso in ihrer Entscheidung unterstützt werden, wie jene, für die die Schwangerschaft keine Option darstellt.

Eine Beratung anzubieten, bei der trotz Trägerschaft eines staatlichen Klinikums, einer privaten Klinik oder einer ambulanten operativen Einrichtung eine Abtreibung keine Möglichkeit darstellt und somit das Fazit nur sein kann "Hier ist Ihr Zertifikat, viel Erfolg bei der Suche nach einem Termin innerhalb der gesetzlichen Frist woanders!" „Viel Erfolg dabei, eine Klinik zu finden, die Ihren Abbruch bei medizinischer Indikation nach der Frist durchführt!" ist Heuchelei.

Fusionen, die die Trägerschaft von öffentlichen Kliniken beeinflussen, werden im Rahmen der aktuellen Reform des Gesundheitssystems noch häufiger werden, daher besteht eine dringliche gesetzgeberische Handlungsnotwendigkeit, um die Gesundheitsversorgung von Schwangeren in solchen verletzlichen Situationen zu sichern.

Denn auch die psychische Gesundheit von unter anderem Vergewaltigungsopfern, welche ggf. durch das unnötig verlängerte Erleben der Schwangerschaft und der Abtreibung erneut traumatisiert werden, spielt für einige katholische Träger:innen keine Rolle.

So ist dies zum Beispiel im Klinikum Lippstadt dem katholischen Träger ebenso egal, wie die selbstbestimmte Entscheidung der Schwangeren oder medizinische Indikationen. Die einzige von der katholischen Kirche hier genehmigte Ausnahme ist eine Situation, in der Leib oder Leben der Person akut bedroht ist. Diese Ausnahme genügt dem zuständigen Arbeitsgericht in Hamm, um dem Arbeitgeber auf der aktuellen gesetzlichen Grundlage recht zu geben, da es sich nicht um ein kategorisches Verbot von Abtreibungen handelt.

Das Selbstbestimmungsrecht der Kirche geht darüber hinaus aber noch weiter und ermöglicht es ihr in diesem Fall, auch das ambulante Angebot für sichere Abtreibungen vor Ort zu verschlechtern. So wurden auch in der Privatpraxis des Chefarztes in Lippstadt aufgrund des Loyalitätsprinzips im Kirchenarbeitsrechts Abtreibungen untersagt. Dieses gibt den Kirchen das Recht, auf das Verhalten ihrer Angestellten außerhalb des direkten Arbeitsverhältnisses einzuwirken.

Bei bislang mindestens drei betroffenen Kliniken in Lippstadt, Flensburg und Kelheim, ist eine bundeseinheitliche Regelung zum Schutz eines sicheren Angebotes an ärztlich durchgeführten ambulanten und stationären Abtreibungen notwendig. Die Kliniken liegen in drei Bundesländern, die nach § 13 Abs. 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz eigentlich verpflichtet wären, ein solches Angebot sicherzustellen. Da in all diesen Fällen nach Fusion durch das Direktionsrecht des Arbeitgebers und Selbstbestimmungsrecht der Kirche Eingriffe zur Beendigung einer Schwangerschaft größtenteils untersagt wurden, ist eine gesetzliche Regelung, welche der Kirche und anderen Träger:innen der Gesundheitsversorgung, Eingriffe in die ärztliche Behandlung durch ihr Direktionsrecht untersagt, dringend notwendig. Ebenso ist die Abschaffung des Kirchenarbeitsrechts, welches obendrein über den Loyalitätsanspruch auch die Durchführung im Bereich von Nebentätigkeiten der Ärzt:innen verbietet, angemessen.

Die sichere, professionelle und verständnisvolle Beratung und Behandlung von Menschen mit Uterus in diesen Extremsituationen muss priorisiert werden und ein Abtreibungsverbot durch die Hintertür verboten werden.

G3 Elternschaft gerecht gestalten – gleiche Rechte von Anfang an!

Gremium: Jusos Jena
Beschlussdatum: 04.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

Die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um Geburt und Elternschaft zeigen, welchen Stellenwert Gleichberechtigung in einer Gesellschaft tatsächlich hat. Noch immer orientieren sich viele Regelungen am Bild der alleinverantwortlichen Mutter und des außenstehenden Vaters. Das entspricht weder der Lebensrealität noch dem Anspruch auf gleichberechtigte partnerschaftliche Elternschaft.

Deswegen fordern die Jusos Thüringen:

1. Kostenfreie Geburtsvorbereitung für alle Eltern:

- Geburtsvorbereitung ist nicht nur medizinische Information, sondern auch ein wichtiger Schritt zu geteilter Verantwortung. Aktuell übernehmen Krankenkassen die Kosten in der Regel nur für die schwangere Person. Partner:innen müssen die Teilnahme selbst zahlen oder verzichten: Ein Signal, dass ihre Teilnahme nicht entscheidend sei. Das schwächt von Anfang an die gleichberechtigte Rolle beider Eltern und ignoriert vielfältige Familienmodelle. Kostenfreie Kurse für alle Elternteile stärken die gemeinsame Vorbereitung, fördern Sicherheit in der Geburtssituation und legen die Grundlage für eine faire Aufteilung der Sorgearbeit nach der Geburt.**
- Geburtsvorbereitung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern deswegen die vollständige Kostenübernahme für die Teilnahme von Partner:innen an Geburtsvorbereitungskursen im Rahmen der Mutterschaftsrichtlinien. So wird partnerschaftliche Verantwortung von Anfang an gestärkt und gleiche Teilhabe ermöglicht.**

2. Reform des Abstammungsrechts

- In Thüringen sind über die Hälfte aller Geburten nichtehelich. Trotzdem gilt: Unverheiratete Mütter erhalten automatisch das alleinige Sorgerecht, während Väter eine Sorgerechtserklärungen abgeben müssen und zweite Mütter ein aufwändiges Adoptionsverfahren durchlaufen müssen. Dieses System benachteiligt queere Familien und nichteheliche Paare. Wir fordern deshalb das Abstammungsrecht grundlegend zu reformieren, um alle Familienformen rechtlich gleichzustellen.**

- Deswegen muss die bisherige „Vaterschaftsanerkennung“ zu einer „Elternschaftsanerkennung“ weiterentwickelt werden, die für alle Elternteile unabhängig vom Geschlecht gilt. Diese Erklärung begründet die rechtliche Elternschaft des zweiten Elternteils und ersetzt das aufwändige und diskriminierende Adoptionsverfahren für Co-Mütter und nicht-biologische Väter. Mit der wirksamen Abgabe der gemeinsamen Elternschaftsanerkennung wird standardmäßig das gemeinsame Sorgerecht für beide Elternteile begründet werden. Eine separate „Sorgerechtserklärung“ entfällt. Damit wird das gemeinsame Sorgerecht zum Regelfall.
- Nur so werden verheiratete und nicht-verheiratete Paare sowie heterosexuelle und queere Eltern endlich rechtlich gleichgestellt.

3. Stärkung von Unterstützungsstrukturen

- Trennungssituationen belasten Kinder besonders stark. Überlastete Jugendämter und lange Gerichtsverfahren führen zu monatelangen Schwebezuständen. Staatlich finanzierte Mediationen können Konflikte frühzeitig abmildern und gerichtliche Auseinandersetzungen reduzieren. In verpflichtenden Elternplänen, wie in Belgien und den Niederlanden, werden alle relevanten Themen des Zusammenlebens nach der Trennung schriftlich fixiert, wie die Wohnsituation, Besuchsregelungen und Aspekte der Kindererziehung. Die definierten Verantwortlichkeiten beider Eltern sollen Missverständnisse und Konflikte vermeiden und den Kindern eine stabile und vorhersehbare Umgebung bieten. Notwendig sind zudem kurze Bearbeitungszeiten und eine personelle Stärkung von Jugendämtern und Familiengerichten. Das schafft Planbarkeit, entlastet die Institutionen und stellt das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt.

Deswegen ist für uns klar: Eltern, die sich trennen, brauchen faire Lösungen für das weitere gemeinsame Familienleben. Wir fordern daher:

- Bei Trennung oder Scheidung von Eltern wird die Erstellung eines Elternplans verpflichtend. Dieser Plan muss verbindliche Regelungen zu allen Angelegenheiten von erheblicher Bedeutung und der Kostenaufteilung des familiären Lebens enthalten. Die frühzeitige Auseinandersetzung mit den Folgen einer Trennung für ein Kind führt zu bewussteren und nachhaltigeren Lösungen im weiteren Zusammenleben, um Streitigkeiten vor Gericht zu vermeiden.
- Der Zugang zu professioneller Mediation vor Einreichung einer gerichtlichen Sorgerechtsklage muss allen Eltern zur Verfügung stehen, um eine kindzentrierte Lösung gemeinsam erarbeiten zu können.
- Um diese Maßnahmen zu überprüfen, sollte die Auswirkung auf die Anzahl von Gerichtsverfahren, Dauer von Sorgerechtsstreitigkeiten und Entwicklung des Kindeswohls statistisch begleitet werden.
- Jugendämter und Familiengerichte müssen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden können. Nur durch ausreichend schnelle und qualitative Bearbeitung können Kinder vor rechtlich unsicheren Zuständen durch lange Verfahrensdauern geschützt werden.

76 **Gleichberechtigung beginnt nicht erst im Alltag der Sorgearbeit, sondern bereits**
77 **im rechtlichen Rahmen, in den unterstützenden Strukturen und bei der**
78 **finanziellen Förderung partnerschaftlicher Verantwortung. Elternschaft muss für**
79 **alle gerecht sein!**

Antragsbegründung

Die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um Geburt und Elternschaft zeigen, welchen Stellenwert Gleichberechtigung in einer Gesellschaft tatsächlich hat. Noch immer orientieren sich viele Regelungen am Bild der alleinverantwortlichen Mutter und des außenstehenden Vaters. Das entspricht weder der Lebensrealität noch dem Anspruch auf gleichberechtigte partnerschaftliche Elternschaft.

Kostenfreie Geburtsvorbereitung:

Geburtsvorbereitung ist nicht nur medizinische Information, sondern auch ein wichtiger Schritt zu geteilter Verantwortung. Aktuell übernehmen Krankenkassen die Kosten in der Regel nur für die schwangere Person. Partner:innen müssen die Teilnahme selbst zahlen oder verzichten: Ein Signal, dass ihre Teilnahme nicht entscheidend sei. Das schwächt von Anfang an die gleichberechtigte Rolle beider Eltern und ignoriert vielfältige Familienmodelle. Kostenfreie Kurse für alle Elternteile stärken die gemeinsame Vorbereitung, fördern Sicherheit in der Geburtssituation und legen die Grundlage für eine faire Aufteilung der Sorgearbeit nach der Geburt.

Reform des Abstammungsrechts:

Das geltende Recht benachteiligt nichteheliche und queere Familien. Während verheiratete heterosexuelle Paare automatisch beide als Eltern anerkannt werden, müssen auch verheiratete Co-Mütter oder nicht-biologische Väter einen langwierigen, kostspieligen und demütigenden Prüfprozess durchlaufen. Das ist bürokratisch, belastend und diskriminierend. Eine Elternschaftsanerkennung als einfacher standesamtlicher Akt, wie es die Vaterschaftsanerkennung schon ist, schafft Rechtssicherheit, entlastet Gerichte und Jugendämter und schützt Kinder ab Geburt. Die Lebensrealitäten von Familien sind vielfältig. Das Recht muss endlich nachziehen und alle Familien gleichermaßen schützen und respektieren – ob verheiratet oder nicht, ob queer oder heterosexuell.

Unterstützungsstrukturen:

Trennungssituationen belasten Kinder besonders stark. Überlastete Jugendämter und lange Gerichtsverfahren führen zu monatelangen Schwebezuständen. Staatlich finanzierte Mediationen können Konflikte frühzeitig abmildern und gerichtliche Auseinandersetzungen reduzieren. In verpflichtenden Elternplänen, wie in Belgien und den Niederlanden, werden alle relevanten Themen des Zusammenlebens nach der Trennung schriftlich fixiert, wie die Wohnsituation, Besuchsregelungen und Aspekte der Kindererziehung. Die definierten Verantwortlichkeiten beider Eltern sollen Missverständnisse und Konflikte vermeiden und den Kindern eine stabile und vorhersehbare Umgebung bieten. Notwendig sind zudem kurze Bearbeitungszeiten und eine personelle Stärkung von Jugendämtern und Familiengerichten. Das schafft Planbarkeit, entlastet die Institutionen und stellt das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt.

Beschluss

Leben retten und Drogenprävention verbessern - Drug Checking in Thüringen fortsetzen und ausbauen

Gremium: Jusos Jena
Beschlussdatum: 04.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Für eine zeitgemäße und konsument:innenschützende Drogenpolitik in Thüringen –
- 2 Drug Checking als zentrale Säule der Prävention
- 3 **Die Jusos Thüringen fordern:**
- 4 • **Das Land Thüringen soll das laufende ALIVE-Projekt dauerhaft finanziell**
- 5 **absichern und dessen Kapazitäten in Personal, Ausstattung und mobile**
- 6 **Angebote ausweiten.**
- 7 • **Die Mittelfristige Etablierung von flächendeckenden und niedrigschwelligen**
- 8 **Drug Checking angeboten - Thüringenweit. Einrichtungen der Suchthilfe und**
- 9 **Suchtprävention sollten bestenfalls mit Möglichkeiten zum Drug Checking**
- 10 **und sicheren Konsumräumen ausgestattet werden.**
- 11 • **Thüringen soll sich im Bundesrat und über seine Vertretung in der EU dafür**
- 12 **einsetzen, dass rechtliche Grundlagen für ein dauerhaftes Drug Checking**
- 13 **geschaffen werden, nicht nur als bloße Modellprojekte. Dies bezieht sich**
- 14 **nicht nur auf die Erlaubnis zur Durchführung, es muss auch die**
- 15 **rechtssichere Beschaffung von Grundsubstanzen zur Analyse gewährleistet**
- 16 **werden.**
- 17 • **Das Land Thüringen soll eine Landes Präventions- und Gesundheitsstrategie**
- 18 **entwerfen, bei der auch Drug Checking mit verpflichtender Beratung und**
- 19 **Aufklärung zum Safe-Use als wichtiges Element berücksichtigt wird.**
- 20 • **Das Land Thüringen wird beauftragt, eine landesweite**
- 21 **Drogenberichterstattung als Frühwarnsystem zu etablieren,**
- 22 **weiterzuentwickeln und regelmäßig fortzuführen.**

Antragsbegründung

Drug Checking rettet Leben – und spart Kosten

Drug Checking ist eine international anerkannte Maßnahme der Schadensminimierung in der Drogenpolitik. Konsumierende erhalten durch die Analyse ihrer Substanzen verlässliche Informationen über Wirkstoffgehalt, gefährliche Streckmittel und Verunreinigungen. Diese Transparenz ermöglicht es, riskantes Konsumverhalten zu reduzieren, den Konsum gänzlich zu unterlassen oder Dosierungen anzupassen.

Dadurch sinkt das Risiko von Überdosierungen, akuten Vergiftungen und Langzeitschäden erheblich. Jede

verhinderte Notaufnahme, jeder vermiedene Intensivstationsaufenthalt und jede vermiedene Langzeitbehandlung bedeutet nicht nur menschliches Leid zu verhindern, sondern auch eine erhebliche Entlastung des Gesundheitssystems. Internationale Studien zeigen, dass die Kosten für Drug Checking um ein Vielfaches geringer sind als die Folgekosten unbehandelter oder unerkannt riskanter Konsummuster.

Besseres Tracking gefährlicher Substanzen

Drug Checking leistet nicht nur individuelle Aufklärung, sondern auch kollektiven Gesundheitsschutz: Die Analyseergebnisse schaffen eine Datenbasis, mit der gefährliche Substanzen oder stark überdosierte Präparate frühzeitig erkannt werden können. Werden im Rahmen der Testung hochgefährliche Stoffe wie Fentanyl oder synthetische Cathinone festgestellt, können Gesundheitsbehörden und Präventionsstellen gezielte Warnungen aussprechen und in akuten Fällen gezielt aufklären.

Zudem helfen die erhobenen Daten der Suchthilfe, Präventionsarbeit gezielter zu steuern und Trends im Substanzkonsum früh zu erkennen. Im medizinischen Ernstfall können Ärzt:innen dank dieser Informationen schneller und passgenauer behandeln, was die Überlebenschancen Betroffener deutlich erhöht.

Die Fentanyl-Krise erreicht Europa

In Nordamerika hat die Verbreitung synthetischer Opiode – allen voran Fentanyl – in den vergangenen Jahren zu einer massiven Gesundheitskrise geführt. Die extreme Potenz dieser Substanzen führt dazu, dass schon kleinste Mengen tödlich sein können. Die Substanzen werden häufig ohne Wissen der Konsumierenden beigemischt, insbesondere zu Kokain, Heroin oder gefälschten Medikamenten. Inzwischen liegen auch aus Europa erste Nachweise von Fentanyl in Straßenproben vor. Damit steigt das Risiko tödlicher Überdosierungen auch hierzulande. Ein funktionierendes Drug-Checking-System kann in solchen Fällen zum Lebensretter werden, indem es gefährliche Chargen früh identifiziert, vor deren Konsum warnt und Menschen im Zweifel vom Konsum abhält.

Wissenschaftliche Evidenz stärkt das ALIVE-Projekt

Das Thüringer ALIVE-Projekt wird wissenschaftlich von der Charité begleitet. Die begleitende Studie liefert zentrale Erkenntnisse: Drug Checking führt nicht zu einem Anstieg des Konsums, sondern wirkt im Gegenteil als Türöffner für Prävention. Die Nutzer:innen der Angebote setzen sich intensiver mit ihrem Konsum auseinander, passen ihr Verhalten an oder verzichten vollständig auf riskante Substanzen. Gleichzeitig erhöht sich die Bereitschaft, Beratungs- und Unterstützungsangebote wahrzunehmen. Dies bestätigt Erfahrungen aus anderen Ländern wie der Schweiz oder den Niederlanden, wo Drug Checking seit Jahren erfolgreich eingesetzt wird. Das ALIVE-Projekt ist damit nicht nur eine sinnvolle Ergänzung zur bestehenden Präventionslandschaft, sondern ein Modellprojekt mit belegtem Nutzen, das in Thüringen fortgeführt und ausgebaut werden muss.

Rechtliche Hürden abbauen – Schweizer Modell als Vorbild

Drug Checking ist in Deutschland derzeit rechtlich nur im Rahmen von Modellprojekten möglich, die näheren Regelungen werden durch Verordnungen der Länder geregelt, diese sind in Teilen noch gar nicht vorhanden oder unausgereift. Die Schweiz zeigt seit Jahren, dass Drug Checking mit direkter Probenannahme durch Fachpersonal, klaren Qualitätsstandards und begleitender Beratung rechtssicher und wirksam umgesetzt werden kann. Deutschland sollte diesem Beispiel folgen und Drug Checking vollständig legalisieren.

Darüber hinaus müssen notwendige Grundsubstanzen für Analyseverfahren von der EU-Sprengstoffverordnung ausgenommen werden, da diese Regelung die Durchführung von Drug Checking unnötig erschwert und damit dem Gesundheitsschutz zuwiderläuft. Besonders Grundsubstanzen wie Schwefelsäure sind hier problematisch. Es muss eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit diese Substanzen beispielsweise von entsprechenden Testkit Herstellern benutzt werden können.

Beschluss

Private Krankenhäuser unter Trägerschaft des Landes stellen! – Ein Gesundheitssystem für Alle

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 In Thüringen gibt es insgesamt 15.076 Krankenhausbetten in 48 Krankenhäusern -
2 davon befinden sich 37,5
3 Prozent in privater Trägerschaft (von den 525.272 Behandlungstagen finden 34% in
4 privaten Krankenhäusern statt), das ist ein nicht vernachlässigbarer Teil der
5 Krankenversorgung in Thüringen.

6
7 Diese privaten Betreiber wie Helios, MEDIAN oder
8 Asklepios erhalten in Thüringen im Rahmen des
9 Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes 4,5 Millionen Euro Zuschüsse vom
10 Bund. Teuer bezahlt wird das von allen Beitragszahler:innen, doch echte
11 Verbesserungen sind nicht zu erwarten.

12
13 Bereits seit Jahren führen diese
14 Krankenhausbetreiber ihre Häuser nach dem Gewinnmaximierungsprinzip,
15 dementsprechend fließt dieses Geld nicht nur in die Verbesserung der
16 Patient:innenversorgung sondern in die Taschen der Aktionäre. In der Praxis
17 bedeutet das für die Gesundheit der Menschen: Gezielte Über- bzw.
18 Unterversorgung von Patient:innen, um möglichst alle teuren Zusatzbehandlungen
19 abrechenbar zu machen. Diese Behandlungen, wie etwa unnötige Operationen oder
20 zusätzliche Diagnostik stehen dem Patient:innenwohl zum Teil diametral entgegen.

21 In der Regel profitieren auch Arbeitnehmer:innen nicht von privater
22 Trägerschaft, da Gewinnmaximierung eben auch bedeutet, dass Personal in erster
23 Linie als ein Kostenfaktor gilt. In den meisten Krankenhäusern müssen sich
24 Arbeitnehmer:innen jeweils einen Haustarifvertrag mühsam erkämpfen, um eine
25 Chance auf bessere Arbeitsbedingungen zu haben. Diese gelten aber nur für den
26 konkreten Standort und nicht für das Trägerunternehmen. Im landeseigenen
27 Uniklinikum Jena
28 hingegen gilt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes.

29 Ganz besonders drastisch zeigt sich der Unterschied in Pflege- und
30 Behandlungsqualität in der Anzahl der angestellten Pflegefachkräfte. So sind im
31 privaten Helios Klinikum Erfurt 900 Pfleger:innen auf 1300 Betten beschäftigt,
32 im Vergleich dazu sind es im öffentlich geführten Uniklinikum Jena 2000 auf 1100
33 Betten. Die Folge daraus ist weniger Zeit für die individuelle
34 Patient:innenbetreuung, schlechtere Qualität der Betreuung und Überlastung des
35 Pflegepersonals. Dieser Umstand ist nicht hinnehmbar, jeder Mensch hat einen
36 Anspruch auf eine sorgfältige und gewissenhafte Gesundheitsbetreuung, welche
37 unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen stattfindet. Es darf kein Handel

38 mit den Grundbedürfnissen der Menschen geführt werden, für wirtschaftliche
39 Interessen ist in der Gesundheitsversorgung kein Platz.

40 Die Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen, deshalb können wir es in keiner
41 Weise hinnehmen, dieses in die Hände von kommerziellen Unternehmen zu geben und
42 diese sich an der Krankheit von Menschen bereichern zu lassen.

43 Deshalb fordern die Jusos Thüringen, dass kommunale Krankenhäuser nicht
44 privatisiert werden und alle privat geführten Krankenhäuser
45 und medizinischen Versorgungszentren in öffentliche Trägerschaft überführt
46 werden und bleiben. Dies ist ein wichtiger Schritt, der gewährleisten kann, Dies
47 ist ein wichtiger Schritt, der gewährleisten kann, dass genügend Pflegepersonal
48 in allen
49 Krankenhäusern vorhanden ist, um Patient:innen adäquat versorgen zu können,
50 gleichzeitig die Arbeitslast zu minimieren und die Angestellten endlich gerecht
51 für ihre Arbeit zu entlohnen.

52 Die vom Bund beabsichtigte Verbesserung und Reformierung der deutschen
53 Kliniklandschaft kann nur erreicht werden, wenn in bessere Ausrüstung und
54 Pflegequalität investiert wird, anstatt das Geld in den Taschen von
55 Aktionär:innen verschwinden zu lassen. Das kann nur erreicht werden, wenn das
56 Land selbst Kontrolle über diese Gelder hat.

Antragsbegründung

erfolgt mündlich

K1 Lokalzeitungen für Jede:n (nicht nur für engagierte Stadtmenschen)!

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Wichtiger Bestandteil der qualifizierten Meinungsbildung ist der
2 niedrigschwellige Zugang zu Nachrichtenquellen mit journalistischen Standards.
3 Lokalzeitungen, die vor Ort angebunden sind, spielen hierfür eine wichtige
4 Rolle. Wenn diese immer wieder aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt werden
5 müssen, reißen vor allem im ländlichen Raum an zahlreichen Orten Nachrichten-
6 Lücken. Rechtsextreme Akteur:innen machen sich das gezielt zu Nutze und kaufen
7 Anzeigeblätter auf, die sie mit demokratiefeindlichen Inhalten flächendeckend
8 vertreiben. Dagegen braucht es eine Stärkung der demokratischen
9 Medienlandschaft.
- 10 Die Jusos Thüringen fordern ein bundesweites Förderprogramm zur Unterstützung
11 lokaler Zeitungen. Dieses umfasst Maßnahmen, die eine unabhängige
12 journalistische Arbeit sichern. Hierfür benötigt es auch Anreize für
13 Journalist:innen besonders im ländlichen Raum aktiv zu sein.
- 14 Das Förderprogramm ermöglicht einerseits journalistisches Nachrichtenangebot
15 klassisch auch als gedruckte Zeitung weiterhin erhalten zu können und legt
16 zeitgleich den Fokus auf die Digitalisierung von Nachrichten. Die Bedeutung der
17 Lokalzeitungen kann nur gestärkt werden, wenn sie für viele Personen
18 niedrigschwellig zugänglich sind.
- 19 Daher fordern die Jusos einen kostenfreien Zugang zu Lokalzeitungen, vor allem
20 in ihrer digitalen Variante und durch eine Präsenz im öffentlichen Raum.
21 Journalistische Nachrichtenangebote sollen in Arztpraxen, Cafés und öffentlichen
22 Ämtern frei zugänglich und wahrnehmbar für alle Besucher:innen sein.
- 23 Ebenso fordern wir eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. Damit soll es
24 journalistischen Angeboten möglich werden ebenfalls den Status der
25 Gemeinnützigkeit zu erlangen. Dieser schafft steuerliche Erleichterungen und ein
26 Signal, dass diese als Förderer eines demokratischen Diskurses geeignet für
27 Spenden und Förderungen sind.

Antragsbegründung

Die Abnahme von Zeitungangeboten ist in den meisten Landkreisen Deutschlands erkennbar. Die Studie „Wüstenradar“ bietet hierzu eine gewisse Übersicht. Unter anderem ist in Thüringen wahrnehmbar, dass in den meisten Landkreisen nur ein Zeitungsangebot besteht, welches entweder durch die Funke Mediengruppe (TA, TLZ, OTZ) verlegt wird oder der Zeitungsgruppe HCSB (Freies Wort, STZ). Abgesehen

von einzelnen Überlappungen dieser Zeitungen bilden nur das Eichsfeld und der Landkreis Altenburg Ausnahmen mit zwei verfügbaren Lokalzeitungen.

Ebenso steht in Frage, ob diese weiterhin in der Druckversion erhältlich bleiben. So wurde in einigen Orten Ostthüringen bereits die Verteilung beendet, sodass keine gedruckte Zeitung ausgetragen wird.

Die Umstellung auf Digitalangebote liegt auch an der sinkenden Nachfrage und die zunehmende Nutzung von digitalen Nachrichtenangeboten bzw. vermeintlichen Social-Media-News. Somit bedarf es keinem krampfhaften Festhalten an flächendeckend gedruckten Zeitungen. Dennoch müssen klar als journalistisch aufgearbeitete Nachrichten auch als digitale Nachrichten für alle Menschen klar wahrnehmbar sein. Dies scheitert häufig daran, dass Bezahlsschranken häufig Nutzer:innen abschrecken, während andere vermeintliche Nachrichtenquellen kostenlos verfügbar sind.

In diesem Zuge ist auf feststellbar, dass die Lücke, die von fehlenden journalistischen Nachrichtenangeboten gerissen wird, sich auch offline zeigt. Es gibt mehrere Anzeigenblätter, die in den vergangenen Jahren bereits von Rechtsextremen aufgekauft wurden und hetzerische Inhalte und Gewaltaufrufe verteilen. Diese sind teilweise bereits in öffentlichen Räumen, wie Arztpraxen ungehindert zu finden.

Insofern ist auch zu bedenken, dass journalistisches Angebot im öffentlichen Raum einfach wahrnehmbar sein muss, aber auch inhaltlich eine einfache Ansprache enthalten sollte.

Dies kann häufig nicht ohne finanzielle Förderung kontinuierlich gewährleistet werden.

<https://rudolf-augstein-stiftung.de/aktuelles/msh-studie-wuestenradar/>

<https://www.wuestenradar.de/karte/>

<https://netzwerkrecherche.org/wegweiser/gemeinnuetzigkeit/>

K2 Kultur, die bleibt

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

Langfristige Sicherung gemeinnütziger Kulturräume in Thüringen

Kulturräume sind öffentliche Infrastruktur – sie geben Kindern und Jugendlichen Raum, verbinden Generationen, holen Menschen aus der Einsamkeit und halten Dörfer wie Städte lebendig. Gerade in Thüringen mit viel ländlichem Raum und älter werdender Bevölkerung brauchen diese Orte Planbarkeit und bezahlbare Räume, sonst verschwinden sie. Mit drei einfachen, klaren Schritten sichern wir Kultur für Jahrzehnte: laufende Kosten deckeln, leerstehende öffentliche Gebäude nutzen und kleine, schlanke Investitionen fördern, die Kosten dauerhaft senken. Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen und die SPD-Landtagsfraktion Thüringen auf,

- ein Landesprogramm Kulturraum Thüringen einzurichten, das Warmmiete, Nebenkosten und Energie für gemeinnützige Kulturräume bis zu einem sozial vertraglichen Kostendeckelbezug zuschusst und diese Unterstützung dauerhaft über den kommunalen Finanzausgleich absichert, damit Vereine und Träger langfristig planen können.
- leerstehende Gebäude von Land und Kommunen (z.B. frühere Schulen, Bistros, Ladenflächen) vorrangig und langfristig an gemeinnützige Kulturräume zu gedeckelten Konditionen zu vergeben mit einfachen Standardverträgen und kurzen Wegen, damit Räume nicht leerstehen, sondern Orte für Chorprobe, Jugendtreff, Theater, Senior*innen – Cafés werden.
- einen Investitionsfonds aufzulegen, der kurz und verständlich beantragbar ist und dauerhaft Kosten senkt (z.B. Schallschutz, Dämmung, effiziente Heizung/Lüftung): Das schont den Geldbeutel, die Umwelt und die Nachbarschaft besonders in dicht gemischten Wohnlagen und kleinen Orten.

Antragsbegründung

[Dieser Antrag wurde mit der Unterstützung von ChatGPT formuliert]

Warum Kultur Räume braucht. Kultur ist nicht „nice to have“. Ein Proberaum hält eine Band zusammen, ein Atelier öffnet Türen für junge Talente, ein soziokulturelles Zentrum wird Treffpunkt für Vereine, Geflüchtete, Senior*innen und Familien. In vielen Thüringer Orten ist der Kulturraum der Platz, an dem man Menschen trifft, Ideen entstehen, Ehrenamt wächst und Demokratie gelebt wird. Ohne bezahlbare Räume bricht das weg – zuerst im ländlichen Raum, weil dort Alternativen fehlen.

Das Problem heute. Mieten, Energie und Nebenkosten sind gestiegen; Projektgelder bezahlen oft das Programm, nicht die Fixkosten. Viele Träger sind gemeinnützig und ehrenamtlich; sie haben keine Reserven und keine Planbarkeit. Leerstand gibt es zwar – aber der Weg dorthin ist oft bürokratisch und teuer. So gehen Räume verloren, Jahre an Aufbauarbeit verschwinden, und ganze Orte werden ärmer an Begegnung.

Warum diese drei Schritte wirken.

1. Kostendeckel + Zuschuss: Eine klare Obergrenze für Grundkosten macht Budgets stabil. Vereine und Träger wissen: „So viel ist bezahlbar, den Rest gleicht das Land aus.“ Das verhindert Notrettungen und schafft Planungssicherheit über Jahre.
2. Öffentlicher Leerstand zuerst: Gebäude, die ohnehin leer stehen, werden sinnvoll genutzt – zu Konditionen, die Kultur tragen kann. Ein einfacher Standardvertrag spart Nerven auf beiden Seiten.
3. Investitionen, die dauerhaft sparen: Einmal Geld in Schallschutz oder Effizienz gesteckt, sinken die laufenden Kosten. Das hilft Klima und Kasse – und beruhigt Nachbarschaften.

Fair und verantwortungsvoll. Gefördert werden gemeinnützige Träger mit öffentlich zugänglichem Programm. Ein angemessener Eigenanteil bleibt nötig, aber so, dass Ehrenamt nicht daran zerbricht. Der Antrag verlangt keine Bürokratieberge: kurze Anträge, einfache Nachweise, regelmäßige, aber schlanke Überprüfung. Für den ländlichen Raum gilt: flexible Nutzung (Mehrzweckräume, geteilte Flächen, mobile Formate) und, wo nötig, Unterstützung für Weg- und Transportkosten.

Langfristige Perspektive. Die Deckel werden jährlich indexiert, der Ansatz wird regelmäßig (z. B. alle fünf Jahre) überprüft und nachgeschärft. So bleibt Kultur in Thüringen bezahlbar, verlässlich und nah – heute und in zwanzig Jahren.

Beschluss

Kein Bock auf Kulturwüste

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Für uns ist klar: Kultur darf keine Frage des Wohnorts sein. Damit Thüringen
2 auch im ländlichen Raum attraktiv für junge Menschen bleibt, braucht es Stadt-
3 Land-Kooperationen, flexible Pop-Up-Formate und eine verlässliche Unterstützung
4 von Vereinen, die leerstehende Objekte neu beleben. Erfolgreiche Beispiele aus
5 Thüringen und anderen Bundesländern zeigen, dass es geht – jetzt braucht es den
6 politischen Willen, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Jusos Thüringen
7 fordern deshalb die Landesregierung, die Landtagsfraktion der SPD in Thüringen
8 die Kommunen, sowie die SPD in Thüringen auf:
- 9 • Kooperationen zur Zusammenarbeit von Kulturschaffenden und Kulturbetrieben
10 aus den Städten mit Vereinen aus dem ländlichen Raum zu initiieren,
 - 11 • Gemeinnützige Kulturschaffende durch langfristige Mietverträge in
12 leerstehenden Gebäuden, wie ehemaligen Schulen oder leerstehenden
13 Ladenflächen, mit gedeckelten Konditionen zu fördern
 - 14 • Initiativen für Pop-Up-Kultur im ländlichen Raum finanziell,
15 infrastrukturell, sowie durch Reduzierung von Bürokratie zu unterstützen,
 - 16 • Vereine, die leerstehenden Begegnungsorten neues Leben einhauchen, zu
17 fördern und
 - 18 • Anpassungen von rechtlichen Regelungen zu prüfen, um die Schaffung eben
19 jener Angebote zu entbürokratisieren.

Antragsbegründung

Das kulturelle Leben in Thüringen ist durch starke Unterschiede zwischen Stadt und Land geprägt. Während in den Städten eine breite Palette an Kulturangeboten vorhanden ist, fehlt es im ländlichen Raum oft an entsprechenden Möglichkeiten. Viele Begegnungsorte wie Dorfsäle, kleine Gaststätten oder Kneipen sind in den letzten Jahrzehnten verschwunden oder stehen leer. Gerade für junge Menschen bedeutet das, dass attraktive Freizeitangebote fehlen und gesellschaftliches Leben mitunter kaum stattfindet, das fördert in der Folge Frustration und mitunter auch Wegzug.

Um diese Situation zu verbessern kann ein zentraler Ansatzpunkt die Zusammenarbeit zwischen Städten und ländlichen Regionen sein. Kooperationen zwischen städtischen Kulturbetrieben und Vereinen auf dem Land können helfen, Kulturangebote breiter zugänglich zu machen. So könnten Veranstaltungen durch etablierte Kulturschaffende oder Kulturbetriebe aus den großen Städten in einem reduzierten Rahmen im ländlichen Raum stattfinden. Das stärkt nicht nur die kulturelle Vielfalt, sondern schafft auch Begegnungen zwischen Menschen, die sonst wenig miteinander zu tun hätten.

Darüber hinaus braucht es Formate, die flexibel und niedrigschwellig funktionieren. Pop-UpKultur – ob als mobile Disko, temporäre Bar oder Open-Air-Veranstaltung – bietet die Möglichkeit, spontane kulturelle Erlebnisse zu schaffen, ohne dass dafür dauerhafte Infrastruktur vorhanden sein muss. Solche Projekte können junge Menschen begeistern und zugleich Ortskerne neu beleben. Allerdings gibt es hier Hürden: mitunter komplizierte Genehmigungsverfahren, unklare Haftungsfragen und ein unnötig schwerer Zugang zu Räumlichkeiten sind hohe Hürden in der Umsetzung. Damit solche Formate funktionieren können, ist es also notwendig, Bürokratie abzubauen und Unterstützung durch Kommunen sicherzustellen.

Ein drittes Konzept besteht darin, leerstehende Begegnungsorte wiederzubeleben. In Günthersleben-Wechmar beispielsweise öffnet ein Sportverein einmal im Monat eine Kneipe, die seit Jahren ohne Pächter ist, und schafft damit einen Ort, an dem junge, wie alte Menschen zusammenkommen. Solche Projekte zeigen, dass mit viel ehrenamtlichem Engagement selbst in Dörfern neue Kulturorte entstehen können, die weit über den Verein hinaus Wirkung entfalten. Ähnliche Ansätze gibt es in Thüringen auch in anderen Regionen – etwa die Wiederbelebung alter Gemeindehallen oder das Zwischennutzen leerstehender Gaststätten. Diese Initiativen verdienen gezielte Unterstützung, damit sie nicht an bürokratischen oder finanziellen Hürden scheitern.

K4 Nachrichtenwüsten verhindern – Lokaljournalismus retten!

Gremium: Jusos Nordhausen
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 **Thüringen ist besonders bedroht von „Nachrichtenwüsten“:**

- 2 • Die mediale Landschaft ist stark ausgedünnt – in vielen Landkreisen
3 existiert nur noch eine Tageszeitung.
- 4 • Redaktionen wurden geschlossen, Lokalteile zusammengestrichen, Ressourcen
5 für echte Recherche fehlen mittlerweile.
- 6 • In manchen Regionen sind journalistisch aufbereitete Tageszeitungen durch
7 kostenfreie Anzeigenblätter ersetzt worden – ein Einfallstor für rechte
8 Propaganda im pseudojournalistischen Gewand, das ungehindert Tausende
9 Briefkästen erreicht.

10 Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass Journalismus bislang v.a. nach
11 marktwirtschaftlichen Prinzipien funktioniert – mit zunehmender Monopolisierung
12 und Konzentration auf wenige Verlage. Für ein kleingliedriges, schrumpfendes
13 Bundesland wie Thüringen ist das fatal. Wenn vor Ort nicht mehr berichtet wird,
14 sinkt nachgewiesen das Vertrauen in demokratische Institutionen und die
15 Polarisierung nimmt zu.

16 **Unser Ziel muss eine informierte Öffentlichkeit in allen Regionen Thüringens**
17 **sein.** Wir wollen aber **keinen Staatsjournalismus**, sondern eine **freie, unabhängige**
18 **Presse**, die auch von den Zwängen des reinen Marktes entkoppelt wird.

19 **Daher fordern wir:**

20 • **einen Thüringer Fonds für Lokaljournalismus:**

21 Ein Fonds, gespeist aus Landesmitteln und ggf. privatem Stiftungskapital, der
22 nach klaren, transparenten Kriterien fördert und unabhängig von staatlicher
23 Einflussnahme lokale Berichterstattung unterstützt.

24 • **Stärkere regionale Präsenz des MDR:**

25 Ausbau der Aktivitäten des Mitteldeutschen Rundfunks auf lokaler Ebene, um
26 insbesondere ländliche Regionen besser abzudecken.

27 • **Förderung von Stiftungen, Genossenschaften und Bürger:innenredaktionen:**

28 Rechtliche und finanzielle Unterstützung, damit neue, unabhängige
29 Redaktionsmodelle entstehen und/oder bestehende Redaktionen gesichert werden
30 können.

31 • **Gemeinnützigkeit und Steuererleichterungen:**

32 Vereinfachte Anerkennung der Gemeinnützigkeit für journalistische Projekte und
33 Befreiung von der Mehrwertsteuer für lokalen Journalismus, um finanzielle
34 Spielräume zu schaffen.

Antragsbegründung

Lokaler und regionaler Journalismus ist weit mehr als ein reines Informationsangebot über das tägliche Leben vor Ort. In seinem Idealbild ist er ein **Grundpfeiler unserer Demokratie und Gesellschaft**.

• **Transparenz und Teilhabe:**

Er ermöglicht eine nachvollziehbare Berichterstattung über politische Entscheidungen in Kreistagen, Stadträten und Gemeinderäten. Erst durch diese Informationen können Menschen ihre Rechte wahrnehmen, sich einbringen und politisch mitgestalten.

• **Relevanz und Nähe:**

Er bricht große Metathemen und überregionale Debatten auf die lokale Ebene herunter und holt Menschen in ihrem Alltag ab.

• **Schutz vor Desinformation:**

Lokale Redaktionen wirken Falschmeldungen und gezielter Desinformation entgegen. Sie ordnen Ereignisse ein, liefern verlässliche Informationen und sind damit ein demokratisches Gegengewicht zu Hetze und Verschwörungserzählungen.

• **Stärkung von Gemeinschaft und Kultur:**

Er macht Ehrenamt, Vereine, Zivilgesellschaft und Kultur sichtbar. Damit bringt er Menschen zusammen, fördert den sozialen Zusammenhalt und verhindert Vereinsamung.

P1 Projektwochenende Verteidigungspolitik – Jusos entwickeln Perspektiven.

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern ein Projektwochenende auf Bundesebene zum Thema
- 2 Verteidigungspolitik. Aus diesem Wochenende soll eine tragfähige Position der
- 3 Bundesjusos entstehen, welche sich mit den rasanten sicherheits- und
- 4 verteidigungspolitischen Veränderungen der letzten Jahre beschäftigt und als
- 5 Jugendverband einen klaren Blick auf ein immer präsenteres Thema für unsere
- 6 Generation gibt.
- 7 Als Jusos können wir uns zurzeit auf zwei Positionierungen beziehen, welche
- 8 reflektiert und auf den aktuellen Stand gebracht werden müssen: Der INI 01
- 9 „Zeitenwende aber Richtig“ vom Bundeskongress 2022, in dem die aktuelle
- 10 Ausrichtung der Jusos nach Beginn des Ukraine-Krieges umrissen wird und der W4
- 11 „Zwangsdienste abschaffen und Freiwilligendienste ausbauen!“ vom Bundeskongress
- 12 2010, als die Jusos sich zuletzt zur Abschaffung der Wehrpflicht positionierten.
- 13 Hierbei müssen aus unserer Sicht – unter dem Gesichtspunkt der von
- 14 Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius angekündigten Kriegstüchtigkeit 2029
- 15 – folgende Themen debattiert werden:
- 16 Der aktuelle Diskurs zum **Aufbau einer Reserve** – also um den freiwilligen
- 17 Wehrdienst, das schwedische Modell und Wehrpflicht – muss auf den Prüfstand, um
- 18 eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Reflektieren wir die aktuelle Regelung,
- 19 nach der für freiwillig Wehrdienstleistende, trotz Kündigung, eine Dienstpflicht
- 20 für 6 Wochen besteht. Entwickeln wir Ideen, mit denen falsche Erwartungen an das
- 21 Ableisten eines Dienstes reduziert werden – wie wäre es denn mit einem
- 22 mehrtägigen Schnupperdienst? Ist die Altersgrenze von 18 Jahren zeitgemäß, wenn
- 23 doch die meisten unter 32 nicht mehr von der Wehrpflicht betroffen waren? Und wo
- 24 wir schon dabei sind: Was ist mit der Wehrgerechtigkeit zwischen den
- 25 Geschlechtern?
- 26 Zum anderen sollten Ideen zum tatsächlichen **Aufwuchs des Personals** der
- 27 Bundeswehr abgewogen werden, um der aktuellen Tendenz, Personal über längere
- 28 Vertragslaufzeiten zu binden, eine echte Steigerung der Attraktivität
- 29 entgegenzusetzen.
- 30 Außerdem mangelt es uns an einer glaubhaften Positionierung zum ehemaligen
- 31 **Wehersatzdienst**, welcher in Konkurrenz zu aktuellen Modellen wie dem
- 32 Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges
- 33 Ökologisches Jahr (FÖJ) stehen würde.
- 34 Doch neben der aktuellen Debatte stehen weiter die bekannten Themen: Mit welchen
- 35 Maßnahmen kann die **Unterwanderung durch Rechtsextremist:innen** trotz steigender

- 36 gesellschaftlicher Akzeptanz verhindert werden? Wie können on- und offline
37 Aktivitäten **fremder Nachrichtendienste** in Deutschland bestmöglich unterbunden
38 und behindert werden, ohne dabei die eigene Bevölkerung zu schikanieren?
- 39 Auch zu **Rüstungsausgaben, Koordination** mit den europäischen Partner:innen bei
40 Beschaffung und Entwicklung, **Schutz und Ausbau** von kritischer Infrastruktur,
41 Zivil- und Katastrophenschutz, sollten Positionen bei dieser Gelegenheit auf
42 Aktualität überprüft werden.

Antragsbegründung

Der Ukraine-Krieg und die zunehmende Verantwortung, die Deutschland als NATO-Mitglied unter anderem mit der Brigade in Litauen übernimmt, verändern für junge Menschen in Deutschland mehr als für Alte. Plötzlich wird für 2029 die Kriegstüchtigkeit für Deutschland ausgerufen, die Wiedereinführung der Wehrpflicht als reale Möglichkeit diskutiert und ein frühzeitiger Beschluss als Maßnahme bei Versagen der Freiwilligkeit kann nur durch hohen Druck auf dem Bundesparteitag verhindert werden.

Die letzte abgestimmte Position, die die Jusos dazu beschlossen haben, ist direkt nach Beginn des Ukraine-Krieges entstanden, zuvor wurde 2010 etwas zum Wehrdienst beschlossen. In den drei Jahren seit Kriegsbeginn hat sich die gesellschaftliche Stimmung massiv verändert. Plötzlich halten diejenigen, die es nicht mehr betrifft, eine Wehrpflicht wieder für angemessen. Während Kriegstüchtigkeit und massive Investitionen ausgerufen werden, werden Betroffene Mal wieder nicht ausreichend gehört. Auch innerhalb der Jusos betrifft die aktuelle Debatte in der Realität nur die Wenigsten – diejenigen, welche unter der Altersgrenze von 18 Jahren sind, wenn die Wehrpflicht in Kraft tritt. Alle anderen könnten sich weiter ohne Zwang freiwillig melden und somit „entspannt zurücklehnen“. Doch genau das dürfen wir als Interessenvertretung für junge Menschen innerhalb der SPD nicht tun. Mit Betroffenen, Expert:innen und unter Berücksichtigung der aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen sollte ein durchdachtes Konzept erarbeitet werden, welches natürlich in den kommenden Jahren weiter reflektiert werden muss.

Mit Trump als US-Präsident nimmt Deutschland innerhalb der NATO eine gewichtigere Rolle ein und der Fokus zentriert sich auf Europa – dies gilt jedoch nicht für die Beschaffung, bei der weiterhin auch US-Unternehmen Großaufträge abräumen. Auch die Abstimmung mit unseren wichtigsten Partnerationen, was die Ausrüstung und Ausbildung an Systemen von Nationen, die im Verteidigungskonzept der NATO gemeinsam in ähnlichen Abschnitten aktiv sind, sollte zunehmend eine Rolle spielen. Die massiven Investitionen in Rüstung bringen Deutschland und die NATO nur weiter, wenn wir in unserem Verständnis als Transitland auch in unser Straßen- und Schienennetz sowie in unsere Häfen und Flughäfen investieren können. Auch unsere zivile Infrastruktur ist keinesfalls ausreichend für einen ernsthaften Bevölkerungsschutz. Der Grad zwischen der von Pistorius geforderten Verteidigungsfähigkeit zur glaubwürdigen Abschreckung und einem von Lobbyinteressen eskalieren und vom Kapitalismus getriebenen Wettrüsten, sollte aus der Perspektive eines pazifistischen Jugendverbandes beleuchtet werden.

P2 Kuschelkurs ohne Safeword? Wo sind die roten Linien in der Brombeerkoalition?

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern den Landesvorstand der SPD sowie die
- 2 Landtagsfraktion dazu auf, klare rote Linien in der Zusammenarbeit mit CDU und
- 3 BSW zu formulieren und glaubwürdige Konsequenzen aus dem Überschreiten solcher
- 4 zu ziehen.
- 5 Grenzen sollten bei Anträgen und Abstimmungen außerhalb der Koalition oder
- 6 Unterstützung von AfD-Kandidaturen gezogen werden. Als Maßnahme, bei
- 7 Überschreitung dieser Grenzen, soll der Übergang zu einer konstruktiven
- 8 Oppositionsarbeit angestrebt werden.
- 9 Daneben darf auch die medienwirksame Normalisierung rechtsextremer,
- 10 faschistischer, rassistischer oder menschenverachtender Positionen durch
- 11 Landtagsabgeordnete und Minister:innen von CDU und BSW von uns nicht
- 12 unkommentiert stehen gelassen werden. Es muss eine öffentliche Benennung,
- 13 Aufklärung sowie Einordnung vonseiten der SPD – neben der koalitionsinternen
- 14 Auswertung – stattfinden.

Antragsbegründung

Die Brombeerkoalition besteht aus drei Parteien: dem BSW, welches sich durch AfD-Podcasts kuschelt, der CDU welche gerne rechtsextreme Richter:innen wählen würde und der SPD-Fraktion, von der nichts zu hören ist.

Rote Linien, die vorab behauptet wurden, scheinen vergessen. Irgendwo zwischen Regierungsverantwortung und der Angst, ohne sie in der Regierung würde die Zusammenarbeit der anderen mit der AfD in einer Minderheitsregierung eskalieren und es würden sich wechselnde Mehrheiten gesucht, findet man die Rechtfertigung gelähmt daneben zu stehen. Nichts zu tun, nichts zu sagen und das Unrecht schweigend zu ertragen. Doch die SPD ist mehr als eine Vermittlerin von Positionen zwischen Konservativen und Linken und darf ihre eigene Identität nicht aufgeben, um sich letztendlich in die Bedeutungslosigkeit zu verabschieden.

Wir können keine Positionen aufgeben, die ureigen zu unserer Partei-DNA gehören. Denn ohne eigene Identität, die auch nach außen sichtbar sein muss, schaffen wir uns selbst ab. Wir sind und waren immer Antifaschist:innen und laut als solche! Wir haben den Anspruch eine Arbeiter:innenpartei zu sein, die es ernst meint mit dem Klassenkampf. Aber unser Sinn für Verantwortung und unsere zunehmende Duldung für die sich allmählich zuspitzenden antidemokratischen Bestrebungen rütteln an unserer Glaubwürdigkeit.

Ein Kompromiss darf nie durch Selbstaufgabe besiegelt werden.

Beschluss

Die Partei muss ein sicherer Ort sein! Für ein neues Awareness-Konzept in der SPD Thüringen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Awareness-Arbeit ist der Schlüssel, um die Parteiarbeit und das Verbandsleben zu
2 einem sicheren Ort für alle zu machen. Insbesondere für FLINTA (Frauen, Lesben,
3 intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen)
4 ist die SPD Thüringen kein sicherer Ort. Nicht nur einmal mussten wir erleben,
5 wie Genoss:innen auf offener Bühne auf Landesparteitagen von anderen
6 Genoss:innen ausgebuht und beschimpft wurden. Nicht nur einmal mussten wir von
7 Genoss:innen erfahren, dass ihnen aus den Reihen der eigenen Genoss:innen
8 sexistisches, herabwürdigendes und diskriminierendes Verhalten entgegengebracht
9 wurde. Wir nehmen das nicht länger hin! Die Partei muss ein Ort sein, an dem
10 sich alle wohlfühlen und einbringen können. Insbesondere als männlich geprägte
11 Partei mit einer überwiegend männlichen Mitgliedschaft, die die aktiven Ämter in
12 unseren Reihen dominieren, müssen wir hinterfragen, warum sich FLINTA nicht
13 engagieren, ihr Engagement mit der Zeit ruhen lassen oder der Partei endgültig
14 den Rücken kehren.

15 Deswegen fordern wir die SPD Thüringen dazu auf, das bisher bestehende
16 Awareness-Konzept kritisch zu hinterfragen, zu evaluieren und zu verbessern. Die
17 Verbesserungen müssen die folgenden Maßnahmen enthalten.

- 18 • Auf Landesparteitagen muss ein Awareness-Team zur Verfügung stehen, das im
19 Fall von sexistischem oder diskriminierendem Verhalten betroffenen
20 Personen angemessen zur Seite stehen kann.
- 21 • Das auf Landesebene bereits bestehende dauerhafte Awareness-Team muss
22 regelmäßig in seiner Besetzung aktualisiert werden.
- 23 • Außerdem muss es eine parteiinterne Öffentlichkeitskampagne über das
24 Bestehen und die entsprechenden Kontaktmöglichkeiten zum Awareness-Teams
25 geben. Nur wenn alle Mitglieder unseres Landesverbands von den
26 Möglichkeiten des Awareness-Teams wissen, kann der Sinn und Zweck des
27 Bestehens des Awareness-Teams erreicht werden.

P4 Haltung zeigen – Keine Zusammenarbeit mit CDU und BSW auf Kosten unserer Grundsätze!

Gremium: Jusos Ilm-Kreis
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Landeskonzferenz der Jusos Thüringen bekennt sich zur Regierungsbeteiligung
- 2 der SPD in Thüringen – aber nicht um jeden Preis. Wir fordern die SPD Thüringen
- 3 auf, die eigene Rolle in der Landesregierung kritisch zu überprüfen und
- 4 klarzustellen: Eine Zusammenarbeit mit CDU oder BSW, die offen oder indirekt mit
- 5 der AfD kooperieren, darf es nicht geben.
- 6 Sollte sich diese Zusammenarbeit weiter verstetigen – sei es durch gemeinsame
- 7 Abstimmungen, die Übernahme rechter Narrative oder die Verwischung
- 8 demokratischer Trennlinien – halten wir einen Rückzug aus der Landesregierung
- 9 für eine notwendige Konsequenz.
- 10 Eine progressive Regierungsbeteiligung setzt voraus, dass sich alle Beteiligten
- 11 klar und glaubhaft von der extremen Rechten abgrenzen. Fehlt diese Abgrenzung,
- 12 fehlt die Grundlage für eine gemeinsame Regierungsverantwortung.
- 13 Es braucht keinen „Konsens der Mitte“, der nach rechts offen ist. Es braucht
- 14 eine klare demokratische Front gegen Faschismus, Nationalismus und rechte Hetze.
- 15 Diese beginnt mit einer klaren Linie gegen jede Form der Zusammenarbeit mit CDU
- 16 und BSW, wenn diese weiterhin die AfD salonfähig machen – und endet nicht bei
- 17 der Regierungsfrage.
- 18 **Für klare Haltung statt fauler Kompromisse – Regierungsverantwortung nur mit**
- 19 **Rückgrat!**

Antragsbegründung

Die politische Lage in Thüringen ist besorgniserregend: Der Landtag wird zunehmend zu einem Ort der rechtsautoritären Verschiebung. Die AfD – vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft – ist nicht nur parlamentarisch stark, sondern wird durch das Verhalten anderer Parteien faktisch legitimiert.

Die CDU Thüringen agiert dabei nicht als Brandmauer gegen Rechts, sondern als Brandbeschleuniger. Immer wieder sucht sie die inhaltliche oder taktische Nähe zur AfD – sei es durch gemeinsame Abstimmungen, populistische Rhetorik oder die gezielte Verschiebung des Diskurses nach rechts. Eine Zusammenarbeit mit einer solchen CDU ist nicht nur politisch untragbar – sie ist gefährlich.

Auch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hat sich klar von linker Politik verabschiedet. Mit national-populistischen Narrativen, der Verwischung politischer Lagergrenzen und gezielter Anschlussfähigkeit an rechte Positionen versucht das BSW, sich als "Alternative" zu etablieren – häufig in offener Konkurrenz zur AfD, aber ohne glaubhafte Distanz.

Beide Parteien tragen zur Normalisierung der AfD bei. Jede politische Nähe – sei sie taktisch, strategisch oder inhaltlich – ist eine Form der Legitimation dieser extrem rechten Bewegung.

Die SPD Thüringen befindet sich derzeit in einer Regierung unter schwierigen Rahmenbedingungen, in der tragfähige Mehrheiten und klare inhaltliche Linien immer schwieriger zu finden sind. Die SPD trägt Verantwortung – für das Land, aber auch für die Verteidigung demokratischer Prinzipien.

Regierungsbeteiligung darf kein Selbstzweck sein. Wenn zentrale politische Linien – wie die konsequente Abgrenzung von Rechtsaußen – aufgeweicht oder übergangen werden, muss die SPD auch bereit sein, sich verantwortungsvoll aus der Landesregierung zurückzuziehen.

Demokratische Stabilität entsteht nicht durch faule Kompromisse, sondern durch klare Haltung.

P5 Partei braucht Unabhängigkeit – Trennung von Regierungsamt und Parteiamt auf Landesebene

Gremium: Jusos Ilm-Kreis
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Weiterleitung an: Landesparteitag der SPD Thüringen
- 2 Die Landeskonzferenz der Jusos Thüringen fordert den Landesparteitag der SPD
- 3 Thüringen auf zu beschließen:
- 4 Zukünftig sollen Parteiämter auf Landesebene – insbesondere das Amt im
- 5 Landesvorstand der SPD Thüringen – nicht mehr mit Regierungsämtern auf
- 6 Landesebene (z. B. Minister:innen, Staatssekretär:innen, Mitglieder der
- 7 Staatskanzlei) vereinbar sein.
- 8 Diese Trennung soll sicherstellen, dass die Partei als eigenständiger
- 9 politischer Akteur agieren kann, unabhängig von der tagespolitischen Logik der
- 10 Landesregierung.
- 11 Eine starke Regierung braucht eine starke Partei – aber diese Stärke entsteht
- 12 nicht durch Verschmelzung, sondern durch gegenseitige Kontrolle, kritische
- 13 Begleitung und eigenständige Ideen. Wer nur regiert, ohne sich politisch
- 14 weiterzuentwickeln, verliert die Zukunft.
- 15 Deshalb: Trennung von Amt und Mandat – für eine lebendige, handlungsfähige SPD!

Antragsbegründung

Die SPD als Partei braucht eine eigenständige strategische Handlungsfähigkeit – insbesondere in Zeiten politischer Umbrüche, wachsender gesellschaftlicher Polarisierung und dem zunehmenden Druck durch rechte Kräfte.

In der aktuellen Struktur vermischen sich Regierungs- und Parteiamt jedoch regelmäßig. Das führt dazu, dass parteipolitische Positionierungen häufig hinter der Rücksichtnahme auf Regierungsabläufe, Koalitionslogik und „Staatsräson“ zurückbleiben. Strategische Debatten, klare programmatische Ausrichtungen und die Entwicklung einer langfristigen politischen Vision kommen dadurch zu kurz.

Statt Impulsgeberin zu sein, läuft die Partei in solchen Konstellationen oft lediglich der Regierungsarbeit hinterher – und verliert damit an Profil, Glaubwürdigkeit und innerer Dynamik.

Gerade in einem Land wie Thüringen, in dem es keine stabile progressive Mehrheit gibt und Koalitionen oft auf wackeligen Kompromissen beruhen, braucht die SPD eine Partei, die unabhängig von Regierungsinteressen diskutiert, Positionen entwickelt und auch unbequeme Wahrheiten aussprechen kann – notfalls auch gegen die eigene Regierung.

Die Trennung von Regierungsamt und Parteiamt ist deshalb nicht Ausdruck innerparteilicher Abgrenzung, sondern notwendige Voraussetzung für eine lern- und entwicklungsfähige Partei. Nur so kann die SPD langfristig glaubwürdig und wirksam sein – im Parlament, auf der Straße und in der Gesellschaft.

Beschluss

Die Maske muss fallen! Spahn-Untersuchungsausschuss jetzt!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern den Bundeskongress der Jusos sowie die Fraktion der
2 SPD und im Besonderen die Jusos im Bundestag dazu auf, die Opposition aus
3 Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke bei ihrem Antrag für einen
4 Untersuchungsausschuss der Maskenaffäre von Jens Spahn zu unterstützen.

5 **Die Maskenaffäre von Jens Spahn steht sinnbildlich für einen der anrühigsten**
6 **Momente der Coronazeit. Wie im Bericht von Frau Sudhoff aufgearbeitet, gab das**
7 **Gesundheitsministerium unter Leitung des damaligen Gesundheitsministers Jens**
8 **Spahn viel Geld für Masken aus. Viel Geld, welches für Masken zu übersteuerten**
9 **Preisen, Verträge mit langer Laufzeit, Logistikunternehmen mit unzureichender**
10 **Ausstattung für die gewaltige Aufgabe und Vermittlungsprovisionen der Firmen für**
11 **Menschen aus dem CDU-nahen Bekanntenkreis draufging.**

12 Die parlamentarische Kontrollfunktion der Opposition stellt ein wichtiges
13 politisches Instrument dar, welches nicht durch den Fakt sabotiert werden darf,
14 dass dort aktuell Parteien des demokratischen Spektrums keinen ausreichenden
15 Anteil mehr haben, um gemeinsam einen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Ohne
16 die vorgezogene Wahl und in diesem Rahmen vom ehemaligen
17 Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bedingte Verzögerung der
18 Veröffentlichung des Berichts von Margaretha Sudhoff zur Maskenaffäre, wäre
19 dieser Untersuchungsausschuss bereits letzten Herbst beschlossen worden.

20 **Die Opposition möchte Klarheit – was bei der massiven Verschwendung von**
21 **Steuergeldern im Interesse jeder Partei im Bundestag sein sollte. Dass hierfür**
22 **jedoch die Rote Linie – nicht mit der AfD zu stimmen – nicht fallen soll, zeigt**
23 **die Prinzipien, an die sich Parteien des demokratischen Spektrums halten. Jedoch**
24 **sehen wir gleichzeitig, dass die parlamentarische Kontrollfunktion der**
25 **Opposition gelähmt wird, was die demokratischen Fraktionen gemeinsam nicht**
26 **zulassen dürfen.**

27 **Der Glaubwürdigkeit, Integrität, Transparenz und Verantwortung innerhalb der**
28 **Koalition ist es für die SPD wichtig, den Untersuchungsausschuss über die**
29 **Maskenaffäre zu unterstützen. Da sich die Verantwortlichen weiterhin in hohen**
30 **politischen Ämtern befinden, gebietet es die Transparenz, eine lückenlose**
31 **Aufklärung zu ermöglichen und Unklarheiten zu beseitigen.**

32
33 Daher fordern die Jusos Thüringen die Fraktion der
34 SPD und im Besonderen die Jusos im Bundestag dazu auf, die Opposition aus
35 Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke bei ihrem Antrag für einen
36 Untersuchungsausschuss der Maskenaffäre von Jens Spahn zu unterstützen.

Antragsbegründung

Die Maskenaffäre von Jens Spahn steht sinnbildlich für einen der anrüchigsten Momente der Coronazeit. Wie im Bericht von Frau Sudhoff gut aufgearbeitet, gab das Gesundheitsministerium unter Leitung des Gesundheitsministers Jens Spahn viel Geld für Masken aus. Viel Geld, welches für Masken zu übersteuerten Preisen, Verträge mit langer Laufzeit, Logistikunternehmen mit unzureichender Ausstattung für die gewaltige Aufgabe und Vermittlungsprovisionen der Firmen für Menschen aus dem CDU-nahen Bekanntenkreis draufging.

Im mittlerweile ungeschwärzt vorliegenden Bericht zeigt sich, dass das nun von der CDU geführte Gesundheitsministerium hier Bereiche verbergen wollte, in denen es insbesondere um die Fragen zu den Verträgen mit einem Schweizer Unternehmen ging. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen? Wie kam es dazu, dass ein Minister in einem Bundesministerium, welches eher geringe Erfahrung mit Beschaffung in großem Stil hatte, diese an sich riss, Hilfe von anderen Ministerien ablehnte und am Ende Menschen aus seiner Region und seinem Dunstkreis davon profitierten? Wie konnte es soweit kommen, dass deutsche Steuerzahler:innen Millionen für Masken zahlten, die zum Zeitpunkt der Lieferung nicht nur viel teurer waren, als jegliche Konkurrenz, sondern von denen viele auch nicht mehr gebraucht wurden, weil viel zu viel bestellt worden war? Als zuständiger Minister trägt man Verantwortung für sein Ministerium – und das nicht nur wenn alles gut läuft, sondern auch wenn Dinge schief gehen. Wann das auffiel und wie die Abläufe im Anschluss waren, lässt sich jedoch aktuell nicht ausreichend klären.

Die Opposition möchte Klarheit – was bei der massiven Verschwendung von Steuergeldern im Interesse jeder Partei im Bundestag sein sollte. Dass hierfür jedoch die Rote Linie – nicht mit der AfD zu stimmen – nicht fallen soll, zeigt die Prinzipien, an die sich Parteien des demokratischen Spektrums halten. Jedoch sehen wir gleichzeitig, dass die Oppositionsarbeit gelähmt wird.

Um dennoch dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung und der Gefahr des Vertrauensverlustes in die aktuelle Regierung entgegenzutreten, sollte die SPD den Untersuchungsausschuss für die Maskenaffäre unterstützen. Da sich die Verantwortlichen weiterhin in hohen politischen Ämtern befinden, gebietet es die Transparenz, eine lückenlose Aufklärung zu ermöglichen und Unklarheiten zu beseitigen.

R2 Klartext statt Amtsdeutsch

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

Barrierefreie, verständliche Verwaltung für Thüringen

Dieser Antrag zielt auf eine rechtlich verankerte Verständlichkeitspflicht in allen Kernverfahren von Land und Kommunen. Verwaltungsdokumente und Online-Formulare sollen so gestaltet sein, dass Bürger:innen ohne Vorwissen verstehen, worum es geht, was sie brauchen und wie sie den Antrag korrekt einreichen – digital barrierefrei, sprachlich klar und ohne zusätzlichen Personalbedarf in den Behörden. Das Land stellt dafür zentrale Text-Bausteine und Werkzeuge bereit; die Behörden übernehmen sie mit minimalem Aufwand.

Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf,

- *einerechtlicheVerstndlichkeitspflicht einzuführen, dieverlangt, dassjedes zentraleVerfahrenonlinewieauf PapieramDokumentanfangeinekurze, leichtverständlichebersichtenthlt(Worumgehts?Wasbraucheich?Wie reicheichesein?), dassEingabefeldermitkurzenHilfetextenundBeispielen erklrtwerdenunddassbesondershufiggenutzteVerfahrenzuzätzlichin LeichterSpracheangebotenwerden.*
- *diedigitaleBarrierefreiheitverbindlichsicherzustellen, sodassOnline – Formularestandardmigvorlesbarsind, ausreichendeKontrastebietenund vollstndigperTastaturbedientwerdenknnen; dabeisollenanerkannte Standards(z.B.WCAG)zugrundeliegen.*
- *denVerwaltungenzentraleHilfenbereitzustellen, damitkein Mehraufwand entsteht; dazugehreneinlandesweiterStyleguideinklarerSprache, wiederverwendbareMustertextesowieeinintegrierterLesbarkeits – Check, der Texteautomatischprft.*
- *beimStartneueroderbearbeiteterFormularelediglicheinekurze SelbsterklärungderBehrdenzuverlangen, dassdieseBausteineverwendet wurden, unddieQualittanschließendstichprobenartigdurchdieLandes – IT prfenzulassenohnezustätzlicheVorab – Genehmigungsverfahren einzuführen. KlartextsenktFehler, RckfragenundAbbrche, beschleunigtEntscheidungenund strktsozialeTeilhabeohnezustätzlicheStellen, weil einmalzentralerstellte Bausteinevielfachwiederverwendetwerden.*

Antragsbegründung

[Dieser Antrag wurde mit der Unterstützung von ChatGPT formuliert]

Ausgangslage. Viele Verwaltungsverfahren scheitern nicht am materiellen Recht, sondern an Amtsdeutsch, unklarem Aufbau und der Angst, etwas falsch zu machen. Besonders betroffen sind Menschen mit hoher

Alltagsbelastung (Care-Arbeit, Schichtarbeit), geringe Lese- oder Deutschkompetenz, Neuzugewanderte sowie Personen, die formal korrekt handeln möchten, aber an unklaren Formularanweisungen scheitern. Die Folge sind Abbrüche, Fristversäumnisse, Widersprüche und ein hoher Aufwand in der Sachbearbeitung durch Rückfragen – ein klassisches Lose-Lose.

Zielbild. Eine menschenzentrierte Verwaltungssprache macht Verfahren vorhersagbar und angstfrei: Zu Beginn jedes Dokuments steht eine kurze, standardisierte Erklärung („Verständlichkeitsbox“), die Zweck, Zuständigkeit, erforderliche Unterlagen und Einreichungsweg nennt. Online werden Hilfetexte und Beispiele direkt an den Feldern eingeblendet; auf Papier befinden sie sich gut sichtbar im Dokument bzw. auf der Rückseite. Für stark nachgefragte Leistungen werden Fassungen in Leichter Sprache stufenweise eingeführt. Digital gilt Barrierefreiheit als Grundregel: Vorlese-Option, klare Kontraste, Tastaturbedienung und sinnvolle Reihenfolge der Eingabefelder senken die kognitive Last.

Wirkmechanismus. Verständlichkeit entfaltet ihre Wirkung über drei Kanäle: (1) Kognitive Entlastung (geringere Fehlangaben und Nachfragen), (2) Verfahrenssicherheit (weniger Abbrüche, schnellere Bewilligungen), (3) Vertrauen (erlebte Fairness und Transparenz). Soziale Teilhabe wird real, wenn Menschen wissen, was zu tun ist, und sehen, dass die Verwaltung ihnen das Mitmachen leicht macht.

Warum ohne Mehrpersonal machbar? Der entscheidende Hebel ist Standardisierung: Das Land erstellt und pflegt einen Styleguide mit Mustertexten, Glossar und einem automatischen Lesbarkeits-Check (im Redaktionssystem). Behörden übernehmen diese Bausteine statt neu zu schreiben. Beim Livegang genügt eine kurze Selbsterklärung, dass die Bausteine genutzt wurden; die Landes-IT führt Stichproben durch. Dadurch

entstehen keine zusätzlichen Prüfschleifen und minimaler Anpassungsaufwand vor Ort, während sich der Rückfrage- und Korrekturaufwand in der Fläche spürbar reduziert.

Rechtlicher Ansatz. Die Verständlichkeitspflicht und Barrierefreiheit werden im Landes-Digital-/E-Government-Recht klar normiert; flankierend kann eine Verwaltungsvorschrift die Umsetzung mit dem Styleguide regeln. Wichtig ist, die Pflicht output-orientiert zu formulieren (Verständlichkeit, Barrierefreiheit, Hilfetexte) und den Weg dorthin schlank zu halten (Selbsterklärung + Stichprobe statt Genehmigungsvorbehalt). So entsteht Verbindlichkeit ohne Bürokratiewachstum.

Finanzielle Wirkung. Ein einmaliger Aufwand für Styleguide, Mustertexte und Lesbarkeits-Check steht dauerhaft sinkenden Prozesskosten gegenüber: weniger Rückfragen, weniger fehlerhafte Anträge, kürzere Bearbeitungszeiten. Für die Kommunen bedeutet das Entlastung statt Mehrarbeit.

Abgrenzung. Der Antrag fordert keine individuelle Antrags-Assistenz und keine neuen Stellen. Es geht um bessere Tools und Texte, damit Menschen eigenständig zurechtkommen und die Verwaltung frühzeitig saubere Informationen erhält. Der Ansatz ist komplementär zu „Erinnern & Nachreichen“ (separater Antrag): Klartext verhindert Fehler am Anfang, Erinnerungs- und Heilungsmöglichkeiten fangen Restfehler am Ende auf.

Sozialpolitische Logik. Verständliche Verwaltung ist gelebte Gerechtigkeit: Wer weniger Ressourcen hat, profitiert überproportional. Gleichzeitig professionalisiert Klartext die Interaktion mit allen Bürger:innen – auch gut informierte Antragstellende arbeiten effizienter, und Sachbearbeitungen gewinnen Zeit für echte Einzelfälle.

Fazit. Mit einer schlanken gesetzlichen Pflicht zu Klartext, Hilfetexten und Barrierefreiheit – unterstützt durch zentrale Bausteine und stichprobenartige Qualitätssicherung – macht Thüringen seine Verwaltung einfacher, gerechter und schneller, ohne zusätzlichen Personalbedarf zu erzeugen. Das ist pragmatisch, demografiefest und im besten Sinne sozial.

R3 Erinnern & Nachreichen

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

Faire Fristen und Korrekturen im Verwaltungsverfahren

Dieser Antrag setzt eine klare, landesweit einheitliche Mindestlinie für faire Verwaltungsverfahren: Wer rechtzeitig abgibt, soll seine Frist sicher wahren, fehlende Unterlagen nachreichen können und verständliche Erinnerungen erhalten, bevor Nachteile entstehen. Behebbarer Formfehler dürfen nicht zur Ablehnung führen. Das reduziert Abbrüche und Widersprüche spürbar, beschleunigt Entscheidungen und hilft besonders Menschen mit hoher Alltagslast – ohne zusätzlichen Personalbedarf, weil Erinnerungen standardisiert und digital aus den Fachverfahren erfolgen können.

Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf,

- gesetzlich festzuschreiben, dass Anträge auch dann fristwährend sind, wenn sie zunächst unvollständig eingehen, sofern fehlende Unterlagen innerhalb einer angemessenen Nachfrist nachgereicht werden;
- die Behörden zu verpflichten, klar und verständlich mitzuteilen, was genau fehlt, und vor nachteiligen Folgen verbindlich zu erinnern, wobei eine einfache Fristverlängerung (z.B. digital oder am Schalter) möglich sein muss;
- festzulegen, dass behebbare Formfehler bei Nutzung behördlicher Formulare nicht entscheidungserheblich sind, sondern die Korrektur vor Ablehnung steht;
- zugewahrleisten, dass Nachreichungen auf allen blichen Wegen (digital, postalisch, vor Ort) möglich sind und der Antrag bei fristgerechter Ergänzung als vollständig und fristgerecht gilt.

Antragsbegründung

[Dieser Antrag wurde mit der Unterstützung von ChatGPT formuliert]

Warum ist das wichtig? In der Praxis scheitern viele Verfahren nicht am materiellen Anspruch, sondern an Formalia, Fristen und Unsicherheit: Eine Bescheinigung fehlt, ein Feld wurde missverstanden, ein Schreiben geht im Alltag unter. Die Folgen – Ablehnungen, Warten auf Neubearbeitung, Widersprüche – belasten Bürger:innen und Verwaltung. Besonders betroffen sind Menschen mit wenig Zeit, höherer Care-Belastung, geringerer Sprach- oder Amtserfahrung. Eine einheitliche Regel „Erstabgabe wahrt Frist, Erinnerung vor Nachteil, Nachreichen statt Ablehnen“ macht das Verfahren planbar und gerecht.

Was wird konkret besser?

- Weniger Abbrüche und Widersprüche, weil klar ist, was fehlt, und Zeit bleibt, es nachzureichen.

•

Schnellere Entscheidungen, weil standardisierte Erinnerungen und verständliche Mängelmitteilungen Rückfragen

- *Mehr Teilhabe, weil formale Hürden nicht länger faktisch ausschließen, sondern heilbar sind.*

Warum verändert das spürbar etwas? *Heute existiert eine solche Nachfrist –*

/Erinnerungslogik nicht durchgängig. Mit einer landesweit verbindlichen Mindestlinie werden alle Verfahren in Thüringen

Eine klare Rechtslage verändert Standardtexte, Fachverfahrens –

Workflows und das Erwartungsmanagement auf beiden Seiten.

Braucht es dafür mehr Personal? *Nein. Die Erinnerungs –*

und Nachfristlogik lässt sich in Fachverfahren als Standardprozess abbilden (Serienbriefe/Mails, Textbausteine);

Rechtlicher Ansatz. *Das Thüringer Verwaltungsverfahrensrecht wird punktuell ergänzt :*

Fristwahrung ab Erstabgabe, verpflichtende, verständliche Mängelmitteilung mit Nachfrist, Erinnerung vor Nachfrist

Zusammenspiel mit „Klartext statt Amtsdeutsch“. *Klartext verhindert Fehler am Start, Erinnern & Nachreichen für*

Beschluss

Für den Schutz rechtsstaatlicher Grundprinzipien – Maja T. nach Deutschland holen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 **Die Situation von Maja T., einer in Thüringen geborenen, nicht-binären Person,**
2 **die derzeit in Ungarn inhaftiert ist und dort einer potenziell politisch**
3 **motivierten Strafverfolgung ausgesetzt ist, wirft erhebliche rechtsstaatliche**
4 **und menschenrechtliche Fragen auf.**
- 5 **Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seinem Beschluss vom 22. Dezember**
6 **2022 (Az. 2 BvR 2177/21) explizit festgestellt, dass in Ungarn strukturelle**
7 **Defizite bei der Unabhängigkeit der Justiz bestehen. Es rügte damit, dass es**
8 **aufgrund systemischer Mängel im ungarischen Justizwesen nicht ohne Weiteres**
9 **garantiert sei, dass dort faire Verfahren im Sinne des europäischen**
10 **Rechtsstandards durchgeführt werden können.**
- 11 **Auf dieser Grundlage wurde bereits in der Vergangenheit der Vollzug von**
12 **Europäischen Haftbefehlen nach Ungarn ausgesetzt oder kritisch geprüft. Die**
13 **systemischen Mängel betreffen insbesondere:**
- 14 • **den politischen Einfluss auf Richter:innen und Staatsanwäl:innen,**
 - 15 • **die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit,**
 - 16 • **und eine zunehmende Einschränkung von Grundrechten – insbesondere gegen**
17 **linke Aktivist:innen und marginalisierte Gruppen.**
- 18 **Maja T. steht – nach allem, was bisher bekannt ist – unter dem Verdacht, sich im**
19 **Rahmen antifaschistischer Proteste engagiert zu haben. Die Art und Weise der**
20 **öffentlichen Darstellung durch ungarische Behörden sowie der Verlauf der**
21 **bisherigen Verfahren lassen auf eine politische Instrumentalisierung schließen.**
22 **Eine faire, unabhängige Verhandlung vor einem neutralen Gericht ist unter diesen**
23 **Bedingungen nicht garantiert.**
- 24 **Gerade in einer Zeit, in der autoritäre Kräfte in Europa erstarken, darf sich**
25 **die Bundesrepublik Deutschland nicht passiv verhalten, wenn eine nicht-binäre**
26 **Person aus unserem Land in einem EU-Staat ihrer Rechte beraubt wird.**
- 27 **Unsere Solidarität gilt all jenen, die sich gegen Faschismus, Repression und**
28 **autoritäre Regime einsetzen. Der Fall Maja T. ist auch eine Bewährungsprobe für**
29 **die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik in Bezug auf Menschenrechte und**
30 **Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU.**
- 31 **Die Landeskonzferenz der Jusos Thüringen fordert daher die Thüringer**
32 **Landesregierung und die Bundesregierung, insbesondere das Auswärtige Amt und das**

- 33 Bundesministerium der Justiz, dazu auf, sich aktiv und entschieden für die
34 Rückführung von Maja T. nach Deutschland einzusetzen.
- 35 Die Bundesregierung soll alle diplomatischen und rechtlichen Möglichkeiten
36 ausschöpfen, um eine Überstellung von Maja T. nach Deutschland zu erreichen –
37 zum Schutz grundlegender Rechte und um sicherzustellen, dass ein faires,
38 rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet ist.
- 39 **Des Weiteren fordern die Jusos Thüringen die Bundesregierung dazu auf, sich**
40 **aufgrund der nicht gesicherten Rechtsstaatlichkeit in Ungarn sofort jegliche**
41 **Auslieferungen nach Ungarn zu stoppen.**
- 42 **Solidarität ist unteilbar – auch über Grenzen hinweg. Maja T. muss zurück nach**
43 **Deutschland!**

Antragsbegründung

Die Situation von Maja T., einer in Thüringen geborenen, nicht-binären Person, die derzeit in Ungarn inhaftiert ist und dort einer potenziell politisch motivierten Strafverfolgung ausgesetzt ist, wirft erhebliche rechtsstaatliche und menschenrechtliche Fragen auf.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seinem Beschluss vom 22. Dezember 2022 (Az. 2 BvR 2177/21) explizit festgestellt, dass in Ungarn strukturelle Defizite bei der Unabhängigkeit der Justiz bestehen. Es rügte damit, dass es aufgrund systemischer Mängel im ungarischen Justizwesen nicht ohne Weiteres garantiert sei, dass dort faire Verfahren im Sinne des europäischen Rechtsstandards durchgeführt werden können.

„Die vom EuGH und von anderen EU-Institutionen dokumentierten Defizite im ungarischen Justizsystem lassen erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob die Unabhängigkeit der Gerichte im Sinne von Art. 47 Abs. 2 EU-Grundrechtecharta gewährleistet ist.“ – BVerfG, 2 BvR 2177/21

Auf dieser Grundlage wurde bereits in der Vergangenheit der Vollzug von Europäischen Haftbefehlen nach Ungarn ausgesetzt oder kritisch geprüft. Die systemischen Mängel betreffen insbesondere:

- den politischen Einfluss auf Richter:innen und Staatsanwälte:innen,
- die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit,
- und eine zunehmende Einschränkung von Grundrechten – insbesondere gegen linke Aktivist:innen und marginalisierte Gruppen.

Maja T. steht – nach allem, was bisher bekannt ist – unter dem Verdacht, sich im Rahmen antifaschistischer Proteste engagiert zu haben. Die Art und Weise der öffentlichen Darstellung durch ungarische Behörden sowie der Verlauf der bisherigen Verfahren lassen auf eine politische Instrumentalisierung schließen. Eine faire, unabhängige Verhandlung vor einem neutralen Gericht ist unter diesen Bedingungen nicht garantiert.

Gerade in einer Zeit, in der autoritäre Kräfte in Europa erstarken, darf sich die Bundesrepublik Deutschland nicht passiv verhalten, wenn eine nicht-binäre Person aus unserem Land in einem EU-Staat ihrer Rechte beraubt wird.

Unsere Solidarität gilt all jenen, die sich gegen Faschismus, Repression und autoritäre Regime einsetzen. Der Fall Maja T. ist auch eine Bewährungsprobe für die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik in Bezug auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU.

S1 Polizeistaat? Nein, Danke!

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, den aktuellen Entwurf
- 2 für das Polizeiaufgabengesetz anzupassen, um unverhältnismäßige
- 3 Grundrechtseinschränkungen zu verhindern.
- 4 Mit einer SPD in der Landesregierung dürfen aus Sicht der Jusos folgende Punkte
- 5 nicht beschlossen werden:
- 6 Die **Einführung von Tasern** als neue Standardwaffe der Polizei, die **Nutzung von KI**
- 7 **zur Musterüberwachung** zur Prävention von möglichen Gefahren, die **Automatisierte**
- 8 **Kennzeichenerkennung**, der **Einsatz von biometrischen Daten** zur Online-Fahndung.
- 9 Der **Einsatz von automatisierter Datenverarbeitung** mittels Palantir-Software und
- 10 Ablegern ist ebenso abzulehnen, wie die **Meldeauflagen** auf Verdacht.
- 11 Nachbesserungsbedarf besteht unter anderem im Bereich der geplanten Fußfessel.
- 12 Die hier vorgesehene elektronische Aufenthaltsüberwachung von Täter:innen –
- 13 welche mehrfach gegen Schutzauflagen verstoßen haben oder mit schweren
- 14 Straftaten drohen – bedarf, um Missbrauch vorzubeugen, mindestens richterlicher
- 15 Anordnung. Der Anwendungsbereich ist außerdem zu konkretisieren und auf die
- 16 Fälle von häuslicher Gewalt für besseren Opferschutz zu beschränken.

Antragsbegründung

Taser als neue Waffe für die Polizei in Thüringen sind in vielerlei Hinsicht umstritten. Zum einen können Polizist:innen die Vorerkrankungen deren Gegenübers in den meisten Fällen nicht kennen. Das Ausmaß der durch den Taser ausgeübten Gewalt kann somit in vielen Fällen nicht richtig eingeschätzt werden. In den USA gibt es nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters über 1000 Tote im Zusammenhang mit Tasereinsätzen. Eine versehentliche Tötung bei niedrigerer Hemmschwelle wird somit durch die allgemeine Verbreitung des Tasers billigend in Kauf genommen. Außerdem erhöht das sichtbare Tragen eines Tasers nach einer Studie der Cambridge University die Eskalationsgefahr und zusätzlich sinkt die Hemmschwelle der Polizei, Gewalt auszuüben. Daneben sind Taser nur eingeschränkt zuverlässig, insbesondere wenn das Gegenüber dickere Kleidung trägt, wie es in Deutschland über weite Teile des Jahres der Fall ist.

KI-Musterüberwachung ist eine verdachtslose Videoüberwachung, die aus unserer Sicht der Umsetzung von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum Vorschub leistet. Die Installation von Kameras zur Überwachung von Menschen, die sich frei und unbedarft im öffentlichen Raum bewegen, stellt diese unter Generalverdacht. Die Festlegung, an welchen Orten diese Kameras etabliert werden sollen, unterliegt zudem einer politischen Willkür. Die Erkennung von Mustern, die über Festnahme, Großeinsatz oder ungerechtfertigte Gewaltanwendung entscheiden, darf einer KI in einem Rechtsstaat nicht überlassen werden. Zudem zeigen Auswertungen aus Großbritannien, dass sich Straftaten durch Videoüberwachung lediglich in geschütztere Räume verschieben. Eine Reduktion fand dort insbesondere bei

Eigentumsdelikten in den überwachten Arealen statt, während sich weder die Sexual- noch Gewaltdelikte reduzierten. Eine KI, die Muster erkennt, ist zudem anfällig für einfach zu registrierende rassistische Stereotype. Daneben beschreibt der Chilling-Effekt, dass sich Menschen mit legitimen Anliegen wie einem friedlichen Protest, potentiell durch Überwachung einschüchtern lassen.

Die automatisierte Kennzeichenerkennung bietet ebenso Raum für Missbrauch, da für das Erkennen einzelner Kennzeichen alle gescannt werden müssen. Diese Daten sind geeignet, Bewegungsprofile von Menschen zu erstellen, die sich nichts zu schulden kommen lassen haben.

Biometrische Daten werden dem Staat durch Bürger:innen anvertraut, um sich ihm gegenüber auszuweisen. Diese Daten für eine Fahndung online zu missbrauchen, ist eine Zweckentfremdung für die der bloße Verdacht der Begehung einer Straftat nicht ausreichend ist. Die Hürde für die Fahndung online nach Menschen mit Bildern ihrer Gesichter oder Aufnahmen ihrer Stimme muss besonders hoch sein. Ohne einen Haftbefehl darf die Privatsphäre von Menschen auch online nicht mutwillig durch den Staat durchleuchtet werden. Zudem werden die Opfer solcher digitaler Übergriffe auf ihr informationelles Selbstbestimmungsrecht oftmals nicht über diese in Kenntnis gesetzt. Somit handelt es sich um eingriffsintensive, heimliche Überwachungsmaßnahmen die nach dem Bundesverfassungsgericht nur zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter möglich sind, wenn für diese eine zumindest hinreichend konkrete Gefahr besteht. Daneben lassen sich über die Rückwärtssuche online für die Ermittlung völlig irrelevante Informationen, wie politische Gesinnung, Religionszugehörigkeit oder Sexualität ausspähen. Als Bilder für diese Suche sind potentiell auch bei öffentlichen Versammlungen gemachte Aufnahmen möglich. Auch dies kann Menschen davon abhalten, Positionen zu beziehen und Vorabgehorsam fördern.

Durch den Einsatz von automatisierter Datenverarbeitung mittels Palantir-Software werden Daten unbedarfter Bürger:innen selbst wenn diese auf EU-Boden verarbeitet werden sollten, in die Arme eines US-Unternehmens gegeben, welches durchaus ein anderes Verständnis von Persönlichkeitsrechten und Datenschutz haben kann. Voraussagen eines Systems, welches sich der menschlichen Nachvollziehbarkeit entzieht, können nicht Grundlage von Entscheidungen der Exekutive werden. Zudem urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die staatlich erhobenen Daten nicht ohne ausgiebige Abwägung der Verhältnismäßigkeit im Rahmen einer konkreten und vorab definierten Gefährdung zweckentfremdet werden dürfen. Wie bereits oben beschrieben sind solche heimlichen Überwachungsmaßnahmen zurecht an äußerst hohe Hürden geknüpft. Wie man bereits in der jüngeren Vergangenheit sieht, verwässern öffentliche Debatten jedoch immer wieder die Auffassung, die politische Entscheidungsträger:innen von „gewichtigen“ Rechtsgütern haben, wenn man zum Beispiel an die Präventivhaft für Klimaaktivist:innen in Bayern denkt. Insofern ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, einem Staat Werkzeuge in die Hand zu geben, die eine Überwachung einer breiten Bevölkerung ermöglichen, selbst wenn diese zunächst nicht das Ziel der Einführung ist. Die Polizei hat bereits die Möglichkeit, einzelne heimliche Überwachungsmaßnahmen durchzuführen und daher fehlt es an einer ausreichenden Rechtfertigung für die Einführung eines Massenüberwachungsinstrumentes wie Palantir.

Meldeauflagen für Menschen, die der Polizei nur verdächtig vorkommen, schränken die, die nicht rechtskräftig verurteilt sind, in ihren Grundrechten ein. Die im Grundgesetz garantierte Freizügigkeit ist hier in Gefahr. Eine soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung droht. Während diese Maßnahme mit Prävention gerechtfertigt werden soll, fehlt es ihr an dem Mehrwert für schikanierte Bürger:innen. Besonders Menschen, die in mehreren Jobs arbeiten oder pendeln, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, können durch tägliche, wöchentliche oder monatliche Meldepflichten in finanzielle Schieflage geraten, wenn die Arbeit mit den Terminen kollidiert. Daneben bietet die Polizei in dem Moment keine Sozialarbeit oder psychologische Betreuung an, welche die aus ihrer Sicht gefährlichen Personen in deren Welt abholen und ihnen Perspektiven eröffnen. Ein Termin um 11 Uhr bei der Polizei verhindert weder den Drogenkonsum am Abend noch ändern sich hierdurch die Freundeskreise. Echte Hilfe geht anders! Dazu kommt die Frage, wie und von wem festgelegt wird, wer verdächtig genug für eine Meldepflicht ist. Reicht es da, auf einer Demo gewesen zu sein? Reicht es, einen Diebstahl begangen zu haben? Reichen die falschen Freund:innen, mit denen man gesehen wurde? Und dann war es das, mit dem geplanten Urlaub, dem geliebten Hobby oder der Zeit, in der man sich tatsächlich hätte Hilfe suchen können. Neben die

bereits existierenden Möglichkeiten der gerichtlich auferlegten Sozialstunden, Bewährungshilfe, Jugendamt und Sozialarbeit gestellt, enttarnt sich die Meldepflicht als absehbare Schikane von noch nicht verurteilten und damit der Unschuldsvermutung unterliegenden Bürgern:innen. Eine Förderung der oben genannten Strukturen und insbesondere von Schulsozialarbeit und Streetworker:innen sollte stattdessen die Antwort sein.

Die SPD strebt mit der Initiative für den verbesserten Opferschutz bei häuslicher Gewalt ein Modell an, welches sich in Spanien bewährt hat. Haben Täter:innen Fußfesseln, die die Opfer informieren, wenn diese sich nähern, können Konfrontationen und Übergriffe und am Ende auch Femizide verhindert werden. Dieses Anliegen ist verständlich und relevant. Uns ist hierbei wichtig, dass sich das auch so konkret im neuen PAG wiederfindet. Verallgemeinerungen, die die Ausstattung von potentiellen Gewalttäter:innen insgesamt, von Ladendieb:innen, Lebensmittelretter:innen, Jugendlichen mit Fluchttendenzen oder Demonstrant:innen ermöglichen, sind strikt abzulehnen und öffnen Tür und Tor für Missbrauch.

Dem staatlichen Gewaltmonopol sind Grenzen zu setzen, die auch im Blick auf zukünftige Regierungen eine stabile, freiheitliche Gesellschaft garantieren statt einzuschränken und zu überwachen. Der Schutz der Privatsphäre vor Übergriffen eines autoritären Staates sollte hier Priorität über die Illusion von Sicherheit haben.

S2 Vision Integration – Mit einer positiven Migrationsbotschaft in die Zukunft

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern ein Projektwochenende auf Bundesebene zur
- 2 Erarbeitung eines progressiven Migrationskonzeptes auf Basis der bisherigen
- 3 Beschlusslage und einer entsprechenden Kommunikationsstrategie. Die Ergebnisse
- 4 sollten sich nicht nur in der öffentlichen Kommunikation der Jusos wiederfinden,
- 5 sondern allen Interessierten zugänglich gemacht werden.
- 6 Mit einer positiven Zukunftsvision im Bereich Migration soll der öffentliche
- 7 Diskurs aktiv langfristig verschoben werden, statt rein defensiv auf rechte
- 8 Propaganda zu reagieren. Mit Fakten untermauert sollen in der breiten
- 9 demokratischen Gesellschaft sowohl anschlussfähige als auch provokative
- 10 Botschaften verbreitet werden. Diese sollte sich einem vielfältigen Deutschland
- 11 verschreiben und sich rassistischen Tendenzen entgegenstellen.
- 12 Es reicht nicht, dass wir mehr sind. Wir müssen auch lauter werden. Und hierfür
- 13 braucht es eine starke jungsozialistische Stimme, um Aufbruchstimmung zu
- 14 verbreiten.

Antragsbegründung

Die Jusos und die SPD haben Konzepte für gelungene Integration. Aber sie schaffen es nicht, diese offensiv genug zu vermitteln. Die sich wiederholende negative Bespielung des Themas durch Rechtspopulist:innen verschiebt den öffentlichen Diskurs. Das können wir nicht weiter zulassen!

Daher bedarf es einer niederschweligen Kommunikationsstrategie, die selbst den Ton für die Debatte setzt und sich nicht vor einem rechten Aufschrei fürchtet, sondern ihm mutig entgegentritt. Langfristig kann nur mit einem Mix aus Provokation und anschlussfähigen Botschaften ein neues Narrativ geschaffen werden. Hierfür ist es sinnvoll Menschen mit Ideen, Expert:innen und kreative Köpfe zu versammeln, um bisherige Bemühungen zu bündeln.

Die aktuelle „Debattenkultur“ im Bereich Migration verroht in rasender Geschwindigkeit und entmenschlicht dabei unsere Mitbürger:innen. Progressive Stimmen geraten ins Abseits und es geht immer nur noch darum, das „Problem“ Migration zu lösen. Dabei könnte mit einigen gezielten Investitionen zum Beispiel die Ausstattung der Kommunen verbessert werden. Deutschland kann wieder für Menschlichkeit und Toleranz stehen, davon sind wir überzeugt. Und die Jusos können hier die Initiative ergreifen!

Beschluss

Geflüchteten eine (berufliche) Perspektive geben

Gremium: Jusos Saalfeld-Rudolstadt, Jusos Nordhausen

Beschlussdatum: 16.09.2025

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Situation für Geflüchtete ist auf dem deutschen Arbeitsmarkt prekär. Auf der
2 einen Seite sind Sie auf staatlichen Sozialleistungen angewiesen und
3 Repressionen ausgesetzt. Auf der anderen Seite werden Ihnen viele Steine in den
4 (Arbeits-)Weg gelegt, die verhindern, dass sie einem Beruf nachgehen können und
5 Ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.
- 6 Statt nach unten zu treten, wollen wir die Menschen unterstützen und Ihnen eine
7 eigene Perspektive geben. Arbeit ist ein Motor für Integration und eine
8 Möglichkeit auf eigenen Beinen zu stehen, ohne von Sozialleistungen abhängig zu
9 sein. Gleichzeitig ist Thüringen durch den demografischen Wandel in besonderem
10 Maße auf Zuzug ausländischer Arbeits- und Fachkräfte angewiesen, um das
11 schrumpfende Arbeitskräftepotential auszugleichen. So sind bereits jetzt viele
12 gesellschaftlich bedeutende Berufe von einem massiven Engpass an Nachwuchs
13 bedroht – beispielsweise im Handwerk oder in den Pflege- und Gesundheitsberufen.
- 14 Um diese Herausforderungen gleichermaßen zu adressieren, fordern wir:
- 15 • die sofortige Abschaffung des Arbeitsverbots für Geflüchtete,
 - 16 • eine deutliche Ausweitung von (geförderten oder finanzierten) Sprachkursen
17 für Geflüchtete,
 - 18 • die Beschleunigung und Verbesserung von Verfahren zur Anerkennung von
19 Berufsabschlüssen und Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden.
- 20 Mit der Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme hören die Herausforderungen für
21 zugezogene oder geflüchtete Personen allerdings nicht auf.
- 22 Darüber hinaus fordern wir deshalb:
- 23 • eine Ausweitung (geförderter oder finanzierte) berufsbegleitender und/oder
24 berufsspezifischer Sprachangebote für internationale Beschäftigte
 - 25 • eine Anhebung der Mindestauszubildendenvergütung.

Antragsbegründung

- Abschaffung von Arbeitsverboten

Arbeit ist aus jungsozialistischer Sicht ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Alle Menschen, unabhängig von der Herkunft, sollen von Anfang an die Chance bekommen, ihre Fähigkeiten einzubringen und sich eine Perspektive aufzubauen.

- Ausweitung von Sprachkursen

Sprache ist der Schlüssel zu Bildung, Arbeit und Partizipation. Zwar ist Integration keine Einbahnstraße und auch die Aufnahmegesellschaft hat sich zu wandeln, aber ohne ausreichende Sprachkenntnisse drohen gesellschaftliche Isolation, Diskriminierung und schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

- Verbesserung von Anerkennungsverfahren

Langwierige und komplexe Verfahren verschwenden das Potential von Menschen und verhindern, dass Sie in der Gesellschaft und nicht zuletzt am Arbeitsmarkt ankommen. Eine faire und schnelle Anerkennung fördert Chancengleichheit und ermöglicht die Nutzung vorhandener Qualifikationen zum Vorteil aller – außerdem wird dadurch Lohndumping begrenzt!

- Ausweitung berufsbegleitender und -bezogener Sprachkurse

Integration und Qualifikation endet nicht mit dem ersten Job. Vertiefte Sprachkenntnisse, insbesondere in dem fachlichen Bereich, in dem eine Person tätig ist, sind von hoher Bedeutung. Insofern ist es zielführend, Menschen in Arbeit zu vermitteln und sie gleichzeitig zu fördern. Das gilt besonders für die Sprache.

- Anhebung der Mindestauszubildendenvergütung

Höhere Vergütung für junge Menschen bedeuten soziale Gerechtigkeit, machen die Ausbildung attraktiver und bekämpfen somit den Fachkräftemangel. Vielfach ist besonders internationalen jungen Menschen die Bedeutung und Chance des dualen Ausbildungssystems in Deutschland nicht bewusst. Anderweitige Angebote, einer ungelernten Tätigkeit nachzugehen, erscheinen meist allein aufgrund der finanziell höheren Verfügung interessanter. Eine Anhebung würde dies verhindern.

S4 Für eine realitätsgerechte Kriminalitätsdarstellung: Reform der Polizeilichen Kriminalstatistik

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos fordern:

- 2 1. Die Umbenennung der Thüringer “Polizeiliche Kriminalstatistik” in
3 “Polizeiliche Anzeigenstatistik”
- 4 2. Die ersatzlose Streichung der Unterteilung in “deutsche Tatverdächtige”
5 und “nichtdeutsche Tatverdächtige” in der neuen “Polizeiliche
6 Anzeigenstatistik”
- 7 3. Einführung von flächendeckenden Schulungen bei polizeilichen Behörden zur
8 Verbesserung der Datenqualität
- 9 4. Die Erstellung einer Thüringer Kriminalitätsstudie
- 10 5. In der neuen Thüringer Kriminalitätsstudie sollen unter anderem folgende
11 Punkte berücksichtigt werden:
 - 12 • Daten der neuen “Polizeiliche Anzeigenstatistik”
 - 13 • Einbeziehung von Dunkelfeldstudien
 - 14 • Einbeziehung von Analysen anderer Behörden, wie zum Beispiel der REITOX-
15 Jahresbericht für Deutschland, der Deutschen Beobachtungsstelle für Drogen
16 und Drogensucht zum Konsum illegaler Drogen
 - 17 • Polizeiliche Kontrollintensität der verschiedenen Deliktsfelder
 - 18 • Gesetzliche Änderungen, welche die Anzahl bestimmter Straftaten oder die
19 Schaffung neuer Straftatbestände beeinflussen
 - 20 • Demografische Entwicklungen
 - 21 • Einbeziehung kriminologischer Ursachenforschung zu den erfassten Daten
 - 22 • Erfassung und Berücksichtigung des sozioökonomischen Status der
23 Tatverdächtigen

Antragsbegründung

Jedes Jahr startet wieder, nach der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik eine Debatte um die sogenannte „Ausländerkriminalität“. Dabei stellt diese Statistik nicht die Kriminalität, sondern nur einen Teil der eingegangenen Strafanzeigen dar. Die PKS erzeugt keine realweltliche Abbildung der Kriminalität, sondern beruht darauf, wie aufmerksam die Bevölkerung und die Polizei/Justiz für Delikte sind. Mehr Aufmerksamkeit führt in der Regel zu einem Anstieg der objektiven Kriminalität, ohne dass dies notwendigerweise eine tatsächliche Zunahme der Kriminalität abbildet. Finden mehr polizeiliche Kontrollen (u.a. auch durch politische Entscheidungen stärker gegen ein bestimmtes Delikt vorzugehen, z.B. Alkohol am Steuer, zu schnelles Fahren, „Ausländerkriminalität“) statt, so manipuliert sich die PKS in diesem Sinne selbst, da Delikte, die stärker kontrolliert werden entsprechend mehr registriert werden und letztendlich stärker in der PKS auftauchen. Durch diese Verzerrungen können insbesondere Stereotype, Vorurteile und Diskriminierung gegenüber bestimmten Personen und Gruppen entstehen, wenn zum Beispiel verstärkt „Ausländerkriminalität“ kontrolliert, registriert und anschließend medial thematisiert wird. Des Weiteren fallen unter die sogenannten „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ alle Personen, die keinen deutschen Pass besitzen. Das umfasst zum Beispiel auch Touristen, ausländische Arbeitskräfte und Menschen, welche ein Großteil ihres Lebens in Deutschland wohnen, jedoch keinen deutschen Pass haben. In der öffentlichen Debatte geht es jedoch nur um die Begrenzung der Flüchtlingszahlen, während Rechtsextreme die Statistik zur Verbreitung von Hass und Hetze nutzen. Eine wissenschaftliche Betrachtung zur Entstehung und Entwicklung von Kriminalität findet nicht statt.

Beschluss

Freistaat statt Überwachungsstaat, Pogo statt PAG!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 In der aktuellen Legislatur will die Brombeer-Koalition das Thüringer
2 Polizeiaufgabengesetz (PAG) novellieren. Das Polizeirecht bewegt sich stets in
3 einem sensiblen Spannungsfeld zwischen Eingriffsbefugnissen der Polizei und
4 Grundrechtseingriffen der betroffenen Bürger:innen. Es braucht eine sorgfältige
5 Abwägung zwischen Eingriffsmaßnahmen und Grundrechtsschutz, zwischen Sicherheit
6 und Freiheit. Diese Abwägung ist zentrales Kernelement unseres demokratischen
7 Rechtsstaats. Eingriffsbefugnisse dürfen nie nur aus der Perspektive und
8 Binnenlogik der Sicherheitsbehörden erlassen werden. Der verfassungsrechtlich
9 gewährleistete Grundrechtsschutz der Bürger:innen steht stets an erster Stelle.
- 10 Polizeiliche Befugnisse müssen deswegen stets dem verfassungsrechtlichen
11 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen. Demnach müssen sie zur Gefahrenabwehr
12 erforderlich, geeignet und angemessen sein.
- 13 Der nun vorliegende Entwurf des Innenministeriums zum PAG steht mit diesem
14 Grundsatz nicht in Einklang. Durch die Einführung neuer, sehr
15 eingriffsintensiver Maßnahmen werden die Eingriffsmöglichkeiten in die private
16 Freiheit der Menschen tiefgreifend erweitert. Durch die Vorverlagerung
17 polizeilichen Handelns im Rahmen der Gefahrenabwehr werden polizeiliche
18 Befugnisse unverhältnismäßig weit in die private Lebenssphäre der Bürger:innen
19 ausgeweitet.
- 20 Die Notwendigkeit der Eingriffe, ihre Verhältnismäßigkeit und damit ihre
21 verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit werden vom Entwurf nicht dargelegt.
- 22 Wir erkennen die Notwendigkeit der Novellierung des Thüringer
23 Polizeiaufgabengesetzes an, denn tatsächlich steht die Thüringer Polizei vor
24 anderen Herausforderungen als zur Erstverabschiedung im Jahr 1992. Dennoch
25 stellen die Veränderungen in der Polizeiarbeit keinen legitimen Grund dar, einen
26 Überwachungsstaat durch die Hintertür zu errichten. Wir fordern daher die
27 Landesregierung auf, sich von den im bisherigen Gesetzentwurf angelegten
28 Maßnahmen zu distanzieren. Insbesondere die folgenden Aspekte lehnen wir vor dem
29 Hintergrund der ernstzunehmenden Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit kategorisch
30 ab:
- 31 1. Einführung präventiv polizeilicher elektronischer Fußfesseln
 - 32 2. Einführung von KI-gestützte Video-Kameras im öffentlichen Raum
 - 33 3. Einführung von Elektroschockwaffen

34 4. Einführungen von Meldeauflagen in Verdachtsfällen

35 5. Einführung von digitaler Rasterfahndung

36 6. Einführung von Gesichtserkennung und Stimmenabgleich

37 7. Einführung von Kennzeichenüberwachung

38 **1. Einführung präventiv polizeilicher elektronischer Fußfesseln**

39 Die Landesregierung plant die Einführung der Aufenthaltsüberwachung mittels
40 elektronischer Fußfesseln. Durch sie sollen Beschuldigte einer Straftat, also
41 Menschen, gegen die ein Verdacht der Begehung einer Straftat besteht, überwacht
42 werden können.

43 Die Fußfesseln sollen 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche die Überwachung
44 über eine Dauer von 14 Tagen bis drei Monaten ermöglichen. Durch diese Maßnahme
45 wird massiv in das Grundrecht auf Freiheit der Person aus Art. 2 Abs. 2 GG
46 eingegriffen. Die betroffene Person verliert durch die Maßnahme ihre
47 Privatsphäre, es wird in die Bewegungsfreiheit eingegriffen und all das, ohne
48 dass ein Urteil oder ein Schuldnachweis vorliegt. Es wird dadurch eine
49 strafähnliche Sanktion gegen die Person erlassen, ohne dass ein Richtervorbehalt
50 vorgesehen ist. Damit steht die Anwendung der Maßnahme allein im Ermessen der
51 Polizeibeamten.

52 Die Landesregierung führt in der Begründung zwar aus, dass diese Maßnahme der
53 Bekämpfung von partnerschaftlicher Gewalt dienen soll, macht aber gleichzeitig
54 klar, dass es dabei nicht um den alleinigen Anwendungsbereich der Maßnahme
55 handelt. So droht eine hohe Missbrauchsgefahr, gegen die keine effektive
56 Verhinderungsmöglichkeit besteht. Das darf im demokratischen Rechtsstaat nicht
57 möglich sein!

58 Weiterhin ist nicht klar, inwiefern die Maßnahme zur Bekämpfung von
59 partnerschaftlicher Gewalt überhaupt geeignet ist. Wir stehen hinter dem Ziel,
60 partnerschaftliche Gewalt zu bekämpfen und alle politischen Mittel zu ergreifen,
61 um dies zu erreichen. Die Einführung der elektronischen Fußfessel, wie sie nach
62 dem PAG erfolgen soll, kann die Erfolge ihres spanischen Vorbilds allerdings
63 nicht erreichen. Während das „spanische Modell“ die betroffene Person darüber
64 informiert, wo sich die gewalttätige Person aufhält und dem Opfer so die
65 Möglichkeit einräumt, diese Orte zu meiden und die Sicherheitsbehörden bei
66 Annäherungsversuchen frühzeitig zu informieren, sieht das Thüringer Modell eine
67 solche Information der betroffenen Person eben nicht vor. Es gibt keine direkte
68 Warnung an die betroffene Person, sondern nur an die zuständige
69 Polizeidienststelle, die im schlimmsten Fall nicht rechtzeitig zur Hilfe kommen
70 kann. Damit dient die Fußfessel nicht der effektiven Gewaltprävention im Rahmen
71 von partnerschaftlicher Gewalt, sondern ist vielmehr einem trügerischen
72 Sicherheitsversprechen.

73 **2. Einführung KI-gestützter Video-Kameras im öffentlichen Raum**

74 Wir stehen entschieden gegen die Einführung von Videoüberwachung im öffentlichen
75 Raum. Wie nationale und internationale Studien belegen, leistet Videoüberwachung
76 keinen nachhaltigen Beitrag zur Steigerung der Sicherheit an den überwachten
77 Orten und stellen keinen verlässlichen Indikator für die Kriminalitätslage oder
78 zur Kriminalitätsprävention dar. Sie schaffen es nicht einmal, das
79 Sicherheitsempfinden der Menschen vor Ort in nennenswerter Weise zu steigern.
80 Videoüberwachung ermöglicht außerdem keine schnelle Reaktion bei Übergriffen.

81 Stattdessen werden tagtägliche Tausende verdachtslos aufgezeichnet, ohne dass
82 Kriminalität verhindert werden kann.

83 Dafür werden die Verdrängungseffekte und die Stigmatisierung von Räumen als
84 sogenannte „gefährliche Räume“ verstärkt. Gleichzeitig nimmt an solchen Orten
85 wegen der vermeintlich gegebenen Sicherheitsverstärkung die Zivilcourage ab. Aus
86 diesen Gründen lehnen wir die Video-Überwachung im öffentlichen Raum ab.

87 Erschwerend kommt in dem Entwurf der Landesregierung hinzu, dass zur Auswertung
88 des gesammelten Materials Künstliche Intelligenz (KI) angewendet werden soll,
89 durch die Bewegungs- und Verhaltensmuster analysiert und sogar eine
90 „automatisierte Nachverfolgung“ von Personen ermöglicht werden soll. Dabei
91 handelt es sich um einen massiven Grundrechtseingriff, der im Widerspruch zu
92 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.

93 Algorithmen können fehlerhaft sein und je nach Trainingsmaterial reproduzieren
94 sie rassistische und sexistische Stereotypen, die im grundrechtssensiblen
95 Polizeirecht keinen Platz haben. Hinzu kommt, dass KI-Systeme eine Blackbox
96 sind, ihre Entscheidungsfindung ist kaum objektiv nachvollziehbar oder
97 überprüfbar. Da sie mit Wahrscheinlichkeiten arbeiten statt auf Tatsachen zu
98 beruhen. Es kann nicht sichergestellt werden, dass die KI sogenanntes
99 „gefährliches Verhalten“ verlässlich als solches erkennen kann. Darüber hinaus
100 bleibt völlig in der Schwebe, was ein solches „gefährliches Verhalten“ überhaupt
101 sein soll. Sind es bestimmte Körperhaltungen oder Bewegungsabläufe, oder das
102 Zusammenstehen in einer Gruppe? Falsche positive und negative Bewertungen von
103 Situationen als Gefahrensituationen sind damit unausweichlich. Die sich aus den
104 Erkenntnissen der KI ergebenden Schlussfolgerung können massive polizeiliche
105 Eingriffe nach sich ziehen, die nicht zu rechtfertigen sind. Zusätzlich stellt
106 sich die Verantwortungsfrage: Wer trägt die Folgen, wenn die Polizei fehlerhafte
107 Entscheidungen basierend auf KI-Ergebnissen trifft? Wir erteilen der
108 Entmenslichung der polizeilichen Entscheidungsfindung eine klare Absage!
109 Video-Überwachung hat keinen realen Nutzen, greift in die unbekümmerte, freie
110 Entfaltung der Menschen ein und widerspricht unserem Verständnis von Demokratie
111 und Freiheit massiv.

112 **3. Einführung von Elektroschockwaffen**

113 Die Landesregierung plant die Einführung von Elektroschockwaffen (sog.
114 Distanzimpulsgeräte) für den polizeilichen Regelbetrieb. Sie sollen durch die
115 Beamten mitgeführt werden, wie sie es etwa bei Schlagstöcken bereits tun.
116 Mittels Drähten mit Widerhaken werden elektrische Impulse in den Körper des
117 Betroffenen geleitet und stellen durch die hochfrequenten Schocks eine
118 ernstzunehmende Belastung für Herz, Nerven und Muskeln dar. Durch so einen
119 Schock blockieren die Muskeln sofort, sodass die betroffene Person
120 zusammenbricht und in Gewahrsam genommen werden kann. Elektroschockwaffen wird
121 nachgesagt, sie seien das mildere Mittel zum Einsatz der Schusswaffe, da sie
122 weniger tödlich seien. Dies ist ein Trugschluss. Häufig treten dabei neben
123 starken Schmerzen und schweren Verletzungen durch den unkontrollierten Aufprall,
124 Orientierungslosigkeit, Kreislaufprobleme oder Muskelrisse auf. Insbesondere bei
125 Menschen mit Vorerkrankungen am Herzen, die unter Medikamenten- oder
126 Drogeneinfluss stehen, zu Panikattacken neigen oder Kreislaufbeschwerden haben,
127 kann die Anwendung von Elektroimpulsen schwere Folgen haben, die
128 lebensbedrohlich sein können. Insbesondere aus den Anwendungserfahrungen in den
129 USA wissen wir, dass es bereits zu hunderten Todesfällen im Zusammenhang mit dem

130 Einsatz von Tasern gekommen ist. Auch in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen
131 kamen bereits Menschen durch die Anwendung von Tasern im Regelbetrieb durch die
132 Polizei zu Tode.

133 Außerdem zeigen Studien, dass Polizeibeamte häufiger zur Gewalt neigen, wenn sie
134 ein solches Gerät bei sich führen. Allein der Besitz erhöht das
135 Eskalationspotential. Elektroschockwaffen sind somit kein milderes Mittel,
136 sondern vielmehr ein weiteres Mittel zur Gewaltanwendung gegenüber Betroffenen.

137 Die Einführung dieses Gerätes erscheint aber angesichts der bisher eher geringen
138 Anwendung durch das Thüringer SEK, das aktuell das einzige zur Nutzung
139 berechnigte Einsatzkommando ist, zweifelhaft. In sieben Jahren wurde das Gerät
140 in nur zwei Fällen angewendet, andere Einsatzmittel wurden in gefährlichen
141 Situationen vorgezogen. Es bestätigt sich damit auch aus der Praxis, dass
142 zwischen dem Einsatz von Schusswaffen und Schlagstock keine Lücke besteht,
143 sondern viele bereits zulässige Maßnahmen in der Praxis ebenso geeignet und
144 weniger lebensbedrohlich und damit weniger grundrechtsintensiv sind.

145 **4. Einführung von Meldeauflagen bei Verdacht einer Straftat**

146 Die Landesregierung will ermöglichen, dass sich Menschen, gegen die der Verdacht
147 einer begangenen Straftat vorliegt, sich täglich bei der Polizei über die Dauer
148 von bis zu einem Monat melden müssen. Dabei ist es nicht notwendig, dass eine
149 konkrete, vollendete Tat vorliegt – es reicht alleine der polizeiliche Verdacht,
150 dass die betroffene Person aufgrund einer Prognose eine Straftat begehen könnte.
151 Durch die Meldeauflage wäre der Betroffene dann gezwungen, über die Dauer der
152 Auflage in Reichweite der zuständigen Polizeibehörde zu bleiben, wodurch die
153 persönliche Freiheit, insbesondere die Bewegungsfreiheit, betroffen ist. Auch
154 hier handelt es sich um präventives Strafrecht, das im Widerspruch zu unseren
155 rechtsstaatlichen Grundwerten, insbesondere der Unschuldsvermutung, steht. Da
156 der Entwurf ohne einen richterlichen Vorbehalt durchführbar sein soll, steht
157 diese Maßnahme im freien Ermessen der Polizei und ist somit nur in begrenztem
158 Maße kontrollierbar.

159 **5. Einführung von digitaler Rasterfahndung**

160 Die Landesregierung will außerdem ermöglichen, dass die Polizei automatisierte
161 Big-Data-Analyse veranlassen kann, durch die Datenquellen zur Erkennung von
162 auffälligen Mustern zusammengeführt und ausgewertet werden sollen. Dadurch
163 werden die Privatsphäre und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung
164 der von der Datenerfassung betroffenen Menschen verletzt. Insbesondere Zeugen
165 von Straftaten oder Kontaktpersonen von Beschuldigten können durch die
166 Datensammlung über den Beschuldigten Teil der Auswertung werden, ohne sich
167 selbst strafbar gemacht zu haben. Dabei wird in das Grundrecht auf
168 informationelle Selbstbestimmung eingegriffen. Da Betroffene der Datenerfassung
169 über diese allerdings nicht informiert werden, besteht kaum eine Möglichkeit auf
170 effektiven Rechtsschutz, was im Widerspruch zum Grundgedanken des Rechtsstaates
171 steht.

172 Außerdem erlaubt diese Maßnahme, dass auch öffentliche Quellen für die interne
173 Auswertung genutzt werden dürfen. Dadurch entsteht eine größere Datensammlung,
174 die als Grundlage für polizeiliche Big-Data-Auswertung und
175 Ergebnisinterpretation durch KI-Systeme, wie etwa durch Palantir oder dem
176 hessischen Modell dessen, „hessenData“ dient. Diese ermöglicht die tiefgreifende

177 und umfassende Rasterüberwachung aller Bürger:innen, ohne dass diese
178 strafrechtlich auffällig geworden wären.

179 Auch wenn der Innenminister, Georg Maier, in Interviews angegeben hat, dass
180 Palantir in Thüringen nicht zur Anwendung kommen soll, entsprechen die im
181 Entwurf genannten Angabe zur Transparenz, Zweckbindung und Kontrolle eines
182 solchen Systems nicht den Grundsätzen der Normklarheit und Verhältnismäßigkeit,
183 die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 2023 nochmal besonders
184 betont und damit dem möglichen Rahmen der Rasterfahndung klare Grenzen gegeben
185 hat.

186 **6. Einführung von Fahndungsinstrumenten zur Gesichtserkennung und zum** 187 **Stimmabgleich**

188 Die Landesregierung will es der Polizei zukünftig ermöglichen,
189 Fahndungsinstrumente zu nutzen, durch die online Gesichtserkennungen und
190 Stimmabgleiche durchgeführt werden können. Dadurch wird ermöglicht, dass die
191 Polizei auf alle öffentlichen Daten zugreifen darf, um den vermeintlichen Störer
192 ausfindig machen zu können. So werden unzählige unschuldige Personen und ihre
193 öffentlich zugänglichen Daten durchleuchtet, die im von der Polizei verwendeten
194 Datensatz enthalten sind. Durch diese Eingriffsmöglichkeit wäre die digitale
195 Privatsphäre, die durch das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung
196 besonders unter Schutz gestellt ist, hinfällig. Außerdem ist auch hier darauf
197 hinzuweisen, dass die Software, die zur Auslesung der Daten verwendet wird, hohe
198 Fehlerquoten aufweist und rassistische und sexistische Stereotype reproduziert.
199 Weiterhin ist auch hier durch die fehlende Mitteilung über die Durchsuchung und
200 Verwendung der eigenen Daten der effektive Rechtsschutz ausgeschlossen.

201 **7. Einführung von Kennzeichenüberwachung und Erstellung von Bewegungsprofilen**

202 Die Landesregierung will mittels der Novellierung des PAG ermöglichen, dass die
203 Polizei die Kennzeichen von Fahrzeugen automatisiert erfassen darf, um diese
204 anschließend mit den polizeilichen Datenbanken abzugleichen. Dadurch werden
205 tausende unverdächtige Fahrzeughalter:innen jeden Tag erfasst, ohne dass dafür
206 ein Grund besteht. Zwar sollen Daten, die zur Täterfahndung nicht relevant sind,
207 sofort gelöscht werden, allerdings besteht ein nicht von der Hand zu weisendes
208 Missbrauchspotential der dauerhaften und flächendeckenden Überwachung. Erhärtet
209 wird dies dadurch, dass auch hier kein richterlicher Vorbehalt vorgesehen ist,
210 der eine Kontrollinstanz darstellen könnte.

S6 Gleichstellung von BOS-ähnlichen Bereitschaftsdiensten im Einsatzfall

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Landeskonzferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:
- 2 Wir fordern, dass Fahrten von BOS-ähnlichen Bereitschaftsdiensten im Einsatzfall
- 3 rechtlich den Fahrten von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
- 4 (BOS) im Falle der Abwendung unmittelbarer Gefahr bzw. zur Verminderung der
- 5 Auswirkungen von Ereignissen mit katastrophalem Ausmaß gleichgestellt werden,
- 6 einschließlich der Berechtigung zur Nutzung von Sondersignal und Wegerecht.

Antragsbegründung

Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) – darunter Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, das Technische Hilfswerk sowie Katastrophenschutzorganisationen – sind ein zentraler Bestandteil der Gefahrenabwehr und öffentlichen Sicherheit. Sie sichern im Notfall Menschenleben, schützen Sachwerte und sorgen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Um diese Aufgaben effektiv zu erfüllen, gewährt ihnen die Straßenverkehrsordnung Sonderrechte, einschließlich der Nutzung von Sondersignal und Wegerecht, um schnell und sicher zum Einsatzort zu gelangen.

BOS-ähnliche Bereitschaftsdienste sind Organisationen oder Dienste, die im Einsatzfall Aufgaben mit vergleichbarer Dringlichkeit und Verantwortung wie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben wahrnehmen und kurzfristig Gefahren abwenden oder kritische Infrastruktur sichern. BOS-ähnliche Bereitschaftsdienste übernehmen im Bereitschaftsfall Aufgaben, die in ihrer Dringlichkeit und Verantwortung den Tätigkeiten der BOS entsprechen. Dazu zählen beispielsweise technische Hilfsdienste, kritische Infrastrukturbetreiber oder bestimmte Notfalldienste, die bei Ausfällen oder Störungen kurzfristig reagieren müssen. Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben ist eine rechtliche Gleichstellung mit BOS-Fahrten erforderlich, damit auch sie im Ernstfall ohne Zeitverlust und rechtssicher handeln können.

Bisher ist es so, dass diese Fahrten, sofern sie der Abwendung von Gefahren bzw. zur Verminderung der Auswirkungen von Ereignissen mit katastrophalem Ausmaß dienen, kein Sonderrecht genießen, auch wenn das Fahrzeug mit einer entsprechenden Anlage zur Darstellung von Blaulicht und sogenanntem Martinshorn ausgestattet ist. Ferner gilt für diese Fahrten bzw. für den im Bereitschaftsfall alarmierte Person der rechtfertigende Notstand.

Dies führt jedoch in der Praxis zu Unsicherheiten und Verzögerungen: Bereitschaftspersonal muss im Straßenverkehr auf das Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer Rücksicht nehmen, obwohl ein schnelles Eingreifen entscheidend

sein kann. Solche Verzögerungen können die Abwehr von Gefahren verzögern, Menschenleben gefährden und Schäden an kritischer Infrastruktur erhöhen.

Darüber hinaus sorgt die fehlende rechtliche Gleichstellung dafür, dass Einsatzkräfte von BOS-ähnlichen Diensten sich im Ernstfall in einer Grauzone bewegen, in der sie zwar moralisch und faktisch verpflichtet sind, schnell zu handeln, rechtlich jedoch potenziellen Risiken ausgesetzt sind. Dies kann abschreckend wirken und den Einsatzwillen mindern.

Die Gleichstellung mit BOS-Fahrten schafft klare rechtliche Rahmenbedingungen: Sie ermöglicht es den Einsatzkräften, im Ernstfall schnell und rechtssicher zu reagieren, erhöht die Effizienz der Gefahrenabwehr und trägt zur Sicherheit der Bevölkerung bei. Gleichzeitig werden Verantwortlichkeiten und Haftungsfragen transparent geregelt, was sowohl für die Einsatzkräfte als auch für die Aufsichtsbehörden von Bedeutung ist.

Nicht zuletzt signalisiert eine solche Gleichstellung auch die gesellschaftliche Anerkennung der wichtigen Arbeit von BOS-ähnlichen Bereitschaftsdiensten. Sie würdigt den hohen Grad an Verantwortung, den diese Personen übernehmen, und stärkt die Motivation, sich auch unter schwierigen Bedingungen für die öffentliche Sicherheit einzusetzen.

Aus diesen Gründen ist es erforderlich, BOS-ähnliche Bereitschaftsdienste im Einsatzfall rechtlich gleichzustellen und ihnen die Nutzung von Sondersignal und Wegerecht zu ermöglichen. Dies stellt sicher, dass sie ihrer Verantwortung effektiv, sicher und rechtlich abgesichert nachkommen können.

Motivation dieses Antrages:

Der Initiator dieses Antrages nimmt unter Umständen im Rahmen seiner Erwerbstätigkeit an der Bereitschaft des Notfallmanagements der DB InfraGO AG teil. Gemäß § 4 Absatz 3 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) ist die DB InfraGO AG als Infrastrukturunternehmen verpflichtet, die Sicherheit des Bahnbetriebs und der kritischen Infrastruktur zu gewährleisten. Dies schließt insbesondere die kurzfristige Abwehr von Gefahren, die Sicherstellung der Betriebsabläufe und die Minimierung von Schäden bei Störungen oder Ausfällen ein.

Neben der DB InfraGO AG gibt es zahlreiche weitere Organisationen und Tätigkeiten, die Aufgaben von vergleichbarer Dringlichkeit und Verantwortung wahrnehmen. Dazu zählen beispielsweise Betriebsaufsichten von Verkehrsunternehmen, Werksaufsichten, Betreiber kritischer Infrastruktur sowie andere Notfalldienste, die bei Ausfällen oder Störungen schnell reagieren müssen. Auch diese Personen übernehmen im Einsatzfall Verantwortung für die Sicherheit von Menschen, Sachwerten oder der Infrastruktur und müssen kurzfristig handeln können.

Für alle diese BOS-ähnlichen Bereitschaftsdienste ist eine rechtliche Gleichstellung mit den Fahrten von BOS von entscheidender Bedeutung. Sie schafft Klarheit über Rechte und Pflichten, minimiert Haftungsrisiken und ermöglicht ein schnelles, sicheres und rechtlich abgesichertes Handeln im Ernstfall. Gleichzeitig würdigt sie die gesellschaftlich relevante Arbeit dieser Dienste und stärkt deren Motivation, im Sinne der öffentlichen Sicherheit zu handeln.

Beschluss

Die Frauenhäuser sind voll – Anlaufstellen und Betreuung für Opfer häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt konsequent und angemessen ausbauen!

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Gewalt gegen FLINTA*, insbesondere häusliche und partnerschaftliche Gewalt, ist
2 ein sehr großes Problem in Deutschland, das immer noch nicht angemessen bekämpft
3 wird. Nach wie vor stehen begrenzte Kapazitäten oder gar bürokratische Hürden im
4 Weg einer umfassenden Versorgung von Betroffenen. Im Jahr 2024 fanden zwei
5 Drittel der Betroffenen keinen Platz in einem Frauenhaus in ihrer Stadt oder
6 ihrem Landkreis und mussten in andere Landkreise ausweichen, was eine große
7 bürokratische Hürde darstellen kann. Hinzu kommt, dass fast jede vierte Person
8 ihren Aufenthalt im Frauenhaus selbst bezahlen musste, was für viele Betroffene
9 ein Armutsrisiko darstellt.^[1] Dieser Zustand ist inakzeptabel für unsere
10 Gesellschaft.

11 In Thüringen gingen am 1. Januar 2025 die Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen
12 von den Kommunen in die Zuständigkeit des Landes über. Von Gewalt betroffene
13 Frauen haben außerdem seit 2025 in Thüringen einen Rechtsanspruch auf einen
14 Schutzplatz.^[2] Thüringen ist dabei bundesweit das einzige Land, das diesen
15 Schutzplatz garantiert. Beide Maßnahmen sind dabei der erste Schritt in die
16 richtige Richtung, denn durch die Übernahme durch das Land fallen komplexe
17 Finanzierungsregelungen weg. Die Einführung des Rechtsanspruches bereits im Jahr
18 2025, statt wie vom Gewalthilfegesetz des Bundes vorgesehen im Jahr 2032^[3],
19 setzt das richtige Signal. Diese Schritte dürfen jedoch nicht darüber
20 hinwegtäuschen, dass damit eine umfassende Versorgung der Betroffenen keineswegs
21 gewährleistet ist.

22 Eine solidarische Gesellschaft kann Opfern so schwerwiegender Gewalt wie
23 häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt nicht so unzureichend Hilfe leisten.
24 Die Versorgung von Opfern häuslicher Gewalt muss darum umgehend verbessert
25 werden.

26 Deswegen fordern die Jusos Thüringen:

27 1. *einen dem Bedarf entsprechenden Ausbau der Plätze und des Personals in*
28 *Frauenhäusern und Schutzwohnungen in Thüringen.*

29 Zwar sind für Thüringen, nach den Vorgaben der Istanbul-Konvention, gesetzlich
30 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Schutzeinrichtungen von mindestens
31 fünf Familienplätzen vorgesehen.^[4] Mit der Übernahme der Frauenhäuser durch das
32 Land wurde zudem ein Ausbau der Einrichtungen um ca. 100 zusätzliche Betten
33 angekündigt. Dieser Ausbau ist dem Bedarf in Thüringen aber sehr wahrscheinlich

34 nicht angemessen. Bereits 2023 schätzte der DGB, dass es in Thüringen an 400
35 Familienplätzen in Schutzeinrichtungen fehle.^[5] Familienplätze entsprechen
36 dabei einem Frauenplatz und eineinhalb Plätzen für Kinder. Wir fordern deshalb,
37 dass in Thüringen deutlich mehr neue Plätze sowohl für Gewaltbetroffene als auch
38 für Kinder in Frauenhäusern geschaffen sowie die Anzahl der Schutzwohnungen
39 erhöht werden, orientiert an fachlichen Schätzungen zum tatsächlichen Bedarf.
40 Damit muss auch eine Aufstockung des Personals einhergehen. Die Angestellten in
41 Frauenhäusern und Schutzwohnungen arbeiten bereits jetzt an der
42 Belastungsgrenze. Dies ist zum einen aus arbeitnehmer:innenrechtlicher
43 Perspektive untragbar und zusätzlich mindert es die Qualität der Betreuung von
44 Betroffenen in den Frauenhäusern und Schutzwohnungen. Darum fordern wir einen
45 Ausbau des Personals, um die Arbeitsbedingungen in Frauenhäusern und
46 Schutzwohnungen sowie die Qualität der Betreuung zu verbessern.

47 *2.Ausbau sozialpädagogischer Angebote in Frauenhäusern und Schutzwohnungen.*

48 Es wird häufig in der Debatte nicht mitbedacht, dass in Frauenhäusern und
49 Schutzwohnungen auch viele Kinder und Jugendliche leben. Im Jahr 2024 hatte jede
50 dritte Person im Frauenhaus mindestens zwei Kinder, nur 40% der Betroffenen
51 waren kinderlos.^[6] Darum wird auch für Kinder und Jugendliche ein umfassendes
52 Angebot benötigt, von Räumlichkeiten über Bildungsunterstützung bis hin zu
53 psychologischer Betreuung. Insbesondere in diesem Bereich sind die Ressourcen
54 der Frauenhäuser derzeit äußerst begrenzt, weswegen es an Fachpersonal wie
55 Erzieher:innen fehlt, ebenso wie an kindgerechten Räumen und Angeboten sowie an
56 adäquater Unterstützung zur Verarbeitung der (mit-)erlebten Gewalt. Deswegen ist
57 für uns klar: die sozialpädagogische Betreuung für Kinder und Jugendliche in den
58 Frauenhäusern und Schutzwohnungen muss ausgebaut werden!

59 *3.verpflichtende und tiefgreifende Schulungen zur partnerschaftlichen Gewalt für 60 zentrale Anlaufstellen, insbesondere Polizei und Justiz.*

61 2024 haben 44% der Betroffenen in Frauenhäusern weder zivil- noch
62 strafrechtliche Schritte in die Wege geleitet.^[7] Zusätzlich dazu kommen noch
63 alle Fälle häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt, in denen die Betroffenen
64 keinen Schutz in Frauenhäusern oder Schutzwohnungen suchen. Die Dunkelziffer von
65 häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt ist sehr hoch. Als Ursache für die
66 große Zahl an Betroffenen, die keine zivil- oder strafrechtlichen Schritte
67 wahrnehmen, wird neben persönlichen Abwägungen oder fehlenden Geldmitteln auch
68 fehlendes Vertrauen in die Justiz genannt. Es ist darum elementar, dass Polizei
69 und Justiz umfassend über den Umgang mit Opfern häuslicher und
70 partnerschaftlicher Gewalt geschult werden, damit die nötige Sensibilität
71 geboten und eine Strafverfolgung der Täter ermöglicht wird. Darum fordern wir
72 verpflichtende und tiefgreifende Schulungen für Personal der Polizei und Justiz,
73 sowie anderer zentraler Anlaufstellen.

74 *4.Ausbau der mit den Frauenhäusern und Schutzwohnungen kooperierenden 75 Infrastruktur, beispielsweise Vermittlungsstellen, medizinische Dienste oder 76 Sprachvermittlungsdienste.*

77 Für ein umfassendes Auffangnetz für Betroffene sind insbesondere die den
78 Aufenthalt begleitenden Angebote essenziell. So wurde 2024 der Großteil der
79 Zugänge zu Frauenhäusern über professionelle Dienste in die Wege geleitet, wie
80 andere Frauenhäuser, medizinische Dienste, Beratungsdienste, Rechtsanwält:innen
81 oder das Hilfetelefon. Ebenso notwendig sind Kooperationen mit anderen Stellen
82 im Falle von chronischen Krankheiten oder Sucht, im Falle pflegebedürftiger

83 Kinder oder zur Sprachvermittlung.^[8] Wir fordern, dass diese Kooperationen
84 ausgeweitet werden, damit eine professionelle Betreuung der Betroffenen
85 gewährleistet werden kann.

86 Begründung:

87 erfolgt mündlich

88 ^[1] [20250908_FHK-Frauenhaus-Statistik-2024-Kurzfassung.pdf](#)

89 ^[2] [Frauenhäuser gehen ans Land über](#)

90 ^[3] [Bundesgesetzblatt Teil I - Gesetz für ein verlässliches Hilfesystem bei
91 geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt - Bundesgesetzblatt](#)

92 ^[4] [Gesetzentwurf 7/8244 der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
93 GRÜNEN](#)

94 ^[5] [Gewalt gegen Frauen nimmt in Thüringen zu - drei Todesfälle | MDR.DE](#)

95 ^[6] [20250908_FHK-Frauenhaus-Statistik-2024-Kurzfassung.pdf](#)

96 ^[7] [20250908_FHK-Frauenhaus-Statistik-2024-Kurzfassung.pdf](#)

97 ^[8] [20250908_FHK-Frauenhaus-Statistik-2024-Kurzfassung.pdf](#)

U1 Klimaschutz in Thüringen ernsthaft finanzieren.

Gremium: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 11.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine
- 2 Fortführung des Thüringer Windbeteiligungsgesetzes einzusetzen sowie die
- 3 Beteiligung der Gemeinden vor Ort und von Bürger:innen auszubauen. Außerdem
- 4 fordern wir, die Fortführung und stabile Finanzierung des Klimapaktes zum
- 5 effizienteren Ausbau kommunaler Klimaschutzmaßnahmen.
- 6 Wir fordern insbesondere die direkte Beteiligung von Anwohner:innen – wie im
- 7 ursprünglichen Entwurf vorgesehen – in das **Windbeteiligungsgesetz** aufzunehmen,
- 8 um so einen direkten Ausgleich zu schaffen.
- 9 Weitere Kürzungen bei der Finanzierung vom **Klimapakt** sind zu unterlassen und das
- 10 Budget wieder auf eine ernst gemeinte Finanzierung auszubauen. Die
- 11 Originalforderung von 50 Millionen Euro können hier als Untergrenze zur
- 12 Orientierung dienen.
- 13 Thüringens Zukunft muss klimagerecht sein.

Antragsbegründung

Wir alle wissen: Der Klimawandel kommt nicht, er ist längst da. Die Energiewende hin zu Grünen Energien muss geschafft werden, doch das geht nicht ohne Akzeptanz vor Ort. Hier hat das Thüringer Windbeteiligungsgesetz einen wichtigen Grundstein gelegt, um die monetäre Beteiligung von Gemeinden mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen betroffener Anwohner:innen zu stärken. Auf diesen Grundstein muss nun aufgebaut werden, wofür zunächst sein Schutz vor Attacken der Koalitionspartner:innen wichtig ist. Wir wollen jedoch noch weiter gehen. Für den Gewinn der mit den Windkraftanlagen erwirtschafteten Stromerzeugnisse sollte die Abgabe von 0,1 ct an die Anwohner:innen von den Betreiber:innen gezahlt werden, zusätzlich zu den 0,2 ct pro Kilowattstunde, die bereits die Gemeinde erhält.

Jeden Sommer sterben insbesondere vulnerable Menschen durch Hitze. Diese Krise nimmt seit Jahren zu. Das Programm Klimainvest / Klimapakt war hier ein starkes Zeichen der Landesregierung zur Unterstützung der Kommunen beim generationengerechten Gestalten der Innenstädte. Eine Aussetzung der bisherigen Finanzierung darf daher aus unserer Sicht nicht durch die SPD-Landtagsfraktion toleriert werden.

U2 Rasen ist ein Fehler - essbare Städte voranbringen!

Gremium: Jusos Unstrut-Hainich-Kreis
Beschlussdatum: 17.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern, dass mindestens 30% der kommunalen Rasenflächen in
- 2 Beete, Streuobstwiesen und essbare Kulturen umgewandelt werden. Dabei legen wir
- 3 Wert auf Essbarkeit und Vielfalt - für mehr nachhaltige Ernährung, Artenvielfalt
- 4 und lebenswerte Städte.

Antragsbegründung

Der Rückgang der Biodiversität betrifft längst nicht mehr nur ländliche Räume, sondern auch Städte und Gemeinden. Kommunale Rasenflächen leisten dabei keinen positiven Beitrag: Sie bieten weder Lebensraum noch Nahrung für Insekten und sind zudem nicht an die Herausforderungen des Klimawandels angepasst, da sie weder hitze- noch trockenheitsresistent sind.

Stattdessen wollen wir Rasenflächen in essbare und vielfältige Stadträume verwandeln. Permakulturen, Obstbäume und Beerensträucher schaffen nicht nur ökologische Vielfalt, sondern tragen auch zu einer gesunden und kostengünstigen Ernährung bei. Gleichzeitig entsteht ein Lebensraum für Insekten und andere Tiere, was den Schutz der Artenvielfalt unmittelbar stärkt.

Die Bewirtschaftung dieser Flächen kann von Vereinen, Initiativen oder in Kooperation mit Schulen übernommen werden. So können essbare Städte zugleich als Bildungs- und Integrationsprojekte wirken und den sozialen Zusammenhalt fördern. Auf diese Weise schaffen wir mehr Lebensqualität, betreiben aktiven Klimaschutz und machen unsere Kommunen zukunftsfähig.

Beschluss

Schwammstädte statt Betonwüsten - Klimagerechte Städte für Thüringen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Klimakrise ist längst Realität – auch in Thüringen. Hitzewellen,
2 Dürreperioden und Starkregen nehmen spürbar zu. Unvorbereitete Städte sind
3 Extremwetterereignissen schutzlos ausgeliefert und das Hochwasser im Ahrtal wird
4 in den kommenden Jahrzehnten nicht das letzte Ereignis dieser Art bleiben.
- 5 Insbesondere Städte sind durch ihr Mikroklima von Hitze, Trockenheit und
6 Starkregen betroffen. Gleichzeitig steigt das Risiko für Überschwemmungen
7 deutlich. Neben Hitzestress, der bei Risikogruppen wie Kindern oder älteren
8 Menschen schnell einsetzt, kann es auch dazu kommen, dass ganze Stadtteile durch
9 Hochwasser unbewohnbar werden.
- 10 Die Jusos Thüringen fordern, dass in allen Städten im Freistaat mehr Grün- und
11 Wasserflächen eingerichtet, Innenstädte entsiegelt, verrohrte Bäche freigelegt
12 und Regenrückhaltebecken nach dem Prinzip der *Schwammstadt* gebaut werden.
- 13
- 14 Konkret fordern wir:
- 15 • Die Einrichtung einer landespolitischen Förderrichtlinie zur
16 Flächenentsiegelung und Etablierung von Schwammstadt-Konzepten zur
17 finanziellen Unterstützung der Thüringer Kommunen
 - 18 • Die Umsetzung von Pilotprogrammen sowie Modellstädten und -kommunen zu
19 klimaresilienter Stadtentwicklung
 - 20 • Änderung der Thüringer Bauordnung und Festschreibung von verpflichtenden
21 Dachbegrünungen von Neubauten und Regenwasserrückhaltungen

Antragsbegründung

Die Klimakrise ist längst Realität – auch in Thüringen. Hitzewellen, Dürreperioden und Starkregen nehmen spürbar zu. Unvorbereitete Städte sind Extremwetterereignissen schutzlos ausgeliefert und das Hochwasser im Ahrtal wird in den kommenden Jahrzehnten nicht das letzte Ereignis dieser Art bleiben.

Insbesondere Städte sind durch ihr Mikroklima von Hitze, Trockenheit und Starkregen betroffen. Gleichzeitig steigt das Risiko für Überschwemmungen deutlich. Neben Hitzestress, der bei Risikogruppen wie Kindern oder älteren Menschen schnell einsetzt, kann es auch dazu kommen, dass ganze Stadtteile durch Hochwasser unbewohnbar werden.

Das Konzept der Schwammstadt beschreibt Städte, die wie ein Schwamm Wasser aufnehmen, speichern und bei Bedarf wieder abgeben können. Anstatt Regenwasser ungenutzt in die Kanalisation abzuleiten,

wird es durch Entsiegelung, offene Wasserflächen und Rückhaltebecken in der Stadt selbst zurückgehalten. So entstehen natürliche Versickerungsflächen, die Grundwasserreserven auffüllen, Überschwemmungen vorbeugen und ganz nebenbei das Stadtklima verbessern. Schwammstädte sind damit ein zentraler Baustein, um urbane Räume klimaresistent und lebenswerter zu machen.

International wird bereits an der Umsetzung des Prinzips der Schwammstadt gearbeitet. Nach Überschwemmungen in Kopenhagen setzt die Stadt inzwischen auf Entsiegelung und die Umleitung von Regenwasser in Parks. Auch deutsche Städte z.B. Dortmund arbeiten bereits an Hochwasser- und Regenrückhaltebecken sowie Versickerungsanlagen, um die Bewohner:innen zu schützen.

Entsiegelung, Regenrückhaltebecken, mehr Grün- und Wasserflächen sorgen nicht nur für mehr Erholungsräume, sie schützen die städtische Bevölkerung aktiv vor Extremwetterereignissen und wappnen Städte für die Folgen der Klimakrise.

Daher fordern wir: Alle Städte im Freistaat müssen zu Schwammstädten umgebaut werden!

U4 Müll-Lawinen stoppen!

Gremium: Jusos Erfurt
Beschlussdatum: 18.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag auf,
- 2 ein **Thüringer Einwegverpackungssteuergesetz** vorzulegen, das den Thüringer Kommunen
- 3 die Einführung einer Einwegverpackungssteuer nach einheitlichen
- 4 landesrechtlichen Rahmenbedingungen ermöglicht, klare sozial gerechte
- 5 Flankierungsmaßnahmen vorsieht, die die Mehrkosten abfedern und den Umstieg auf
- 6 Mehrweg für alle Bevölkerungsschichten erleichtern sowie die Verwendung der
- 7 Einnahmen für ökologische und soziale Maßnahmen zweckbindet.

Antragsbegründung

Einwegverpackungen und To-Go-Geschirr belasten Umwelt, Klima und kommunale Stadtsauberkeit erheblich. Trotz bundesrechtlicher Vorgaben (Pflicht zum Mehrwegangebot) bleibt der Verbrauch hoch, vor allem in urbanen Zentren. Das Bundesverwaltungsgericht hat 2023 die Zulässigkeit kommunaler Verpackungssteuern bestätigt, und das Bundesverfassungsgericht hat Verfassungsbeschwerden nicht zur Entscheidung angenommen. Damit ist der Weg frei für eine landesgesetzliche Regelung, die Kommunen in Thüringen ein einheitliches und rechtssicheres Instrument an die Hand gibt.

Als SPD und Jusos verbinden wir ökologische Verantwortung stets mit sozialer Gerechtigkeit. Eine Verpackungssteuer darf nicht dazu führen, dass einkommensschwächere Haushalte überproportional belastet werden. Deshalb braucht es eine sozial ausgewogene Ausgestaltung und klare Flankierungsmaßnahmen.

Beschluss

Über die epistemologisch-rituelle Konvergenz transitorischer Vergemeinschaftungspraktiken im Spannungsfeld von Brauchtum, Performanz und Landesverbandskohärenz

Gremium: Landeskongress 2025

Beschlussdatum: 11.12.2025

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 **Spaßantrag für die Landeskongress der Jusos Thüringen 2025**

2 Angesichts der sich verschärfenden Diskrepanz zwischen urban geprägten
3 Traditionsentleerungen und rural fortbestehenden Ritualperformanzen drängt sich
4 die Frage auf, inwieweit unser Verband in der Lage ist, eine integrative
5 Traditionskompetenzmatrix zu entwickeln, die sowohl die semiotische
6 Tiefenstruktur der Kirmes als auch deren performativ-ekstatische
7 Oberflächenphänomene produktiv in den Verbandsalltag implementiert.

8 Unter Rückgriff auf die dialektisch-materialistische Brauchtumstheorie lässt
9 sich zeigen, dass die Nichtintegration dieser Kulturform nicht nur den
10 Traditionshaushalt des Landesverbandes unterminiert, sondern auch das
11 emanzipatorische Potential unserer geselligen Zusammenkünfte strukturell
12 verkürzt. Insbesondere die Abwesenheit ritualisierter Spielelemente und die
13 unzureichende musikalische Vierklangssynthese (Internationale - Kling Klang -
14 Wittenberg - Pur Party Mix 1) drohen mittelfristig in eine kollektive Sinnkrise
15 zu münden.

16 Darüber hinaus offenbart sich in der jüngsten Brauchtumsforschung eine paradoxe
17 Dialektik: Je mehr man versucht, den Kirmesdiskurs zu rationalisieren, desto
18 stärker kippt er in irrationale Ekstase. Diese „Rausch-Rationalitäts-Paradoxie“
19 (RRP) kann empirisch etwa am Phänomen des synchronisierten Ruderns nachgewiesen
20 werden: eine Praxis, die gleichermaßen als hydrodynamische Simulation wie als
21 metaphysische Selbstverortung verstanden werden muss.

22 Hinzu tritt die problematische Entgrenzung zwischen performativer Authentizität
23 und simulativer Übersteigerung: Ist der kollektive Stiefeltrunk noch genuin
24 Brauch oder bereits hyperrituelle Überbietung? Ist das kreisförmige
25 Aufeinanderzulaufen eine Ausdrucksform von Gemeinschaft - oder doch eine
26 unerkannte Vorstufe des verbandsinternen Urknalls?

27 Die semiotische Tiefenanalyse legt nahe, dass sich die Kirmes längst in einer
28 Sphäre bewegt, die zwischen kosmologischer Grundordnung und regionalpolitischer
29 Mikrophysik oszilliert. Wer sich diesem Spannungsfeld entzieht, läuft Gefahr,
30 nicht nur den inneren Traditionshaushalt zu destabilisieren, sondern auch in
31 einen Zustand diskursiver Gravitation einzutreten, in dem kein Licht der
32 Geselligkeit mehr entweichen kann.

33 Um dieser drohenden Traditionssingularität entgegenzuwirken, stellen wir
34 folgende Forderungen auf:

35 1. Verbindlicher Brauchtumsexkursionszwang:

36 Mindestens ein Kirmesbesuch pro Mitglied und Jahr, nachzuweisen durch
37 Kreisvorstände via notarähnlicher Dokumentationsverfahren - auch bekannt
38 als das *Leon-ische Prinzip der kollektiven Jahrmarktsfreude*.

39 2. Institutionalisierte Meisterschaften im Modus ritualisierter Wettstreite:

40 Rage Cage, Beer Pong, Wettnageln, Flip Cup – zu verstehen als quasi-
41 olympische Disziplinen einer „Kirmesiade“. Diese soll künftig in der
42 *Maximilian-Arena* ausgetragen werden, flankiert von *Levi-tationsübungen* im
43 Festzelt.

44 3. Implementierung kirmesritualer Module in sämtliche Festformate:

- 45 • kollektivierte Stiefeltrinksequenzen (*Mara-thonfähig*, zugleich als
46 liquidäre Ausdauerprobe, identitätsschaffendes Mikroinitiationsritual und
47 semiotisch-schaumgekrönte Selbsttranszendierung),
 - 48 • choreographisch determinierter Kirmeswalzer (*Josefine-szentrisch-paradox*,
49 oszillierend zwischen barocker Gravitas, postmoderner Zerstreuung und der
50 permanenten Gefahr einer tanzenden Singularität),
 - 51 • synchronisiertes Rudern zu Aloha Heja He (*Helene-isch hydrodynamisch*
52 *verfasst*, als kollektive Schwarmbewegung zwischen maritimer Simulation,
53 transzendenter Selbstverortung und latentem Risiko der
54 Binnenüberschwemmung),
 - 55 • kreisförmiges Aufeinanderzulaufen im Modus der ekstatischen Annäherung zu
56 500 Miles (*Ignaz-onomatopoetisch eruptiv*, performativ verstanden als
57 proto-kosmologische Geburtsgeste des Verbandes, zugleich drohend in ein
58 akustisch-körperliches Urknallparadox zu kippen)
- 59 4. Musikalische Finalsynthetisierung:
- 60 Verbindliches Hinzufügen des *Party Mix I* des *Party Mix I* von *Pur Pur* als
61 epistemisch notwendiges Scharnierglied im Vierklang nach *Internationale*,
62 *Kling Klang*, *Wittenberg ist nicht Paris* – zu verstehen als *Sophie-stisches*
63 *Fundament musikalischer Kohärenz*.

64 Zusätzlich fordern wir zur Stärkung der Landesverbandskohärenz:

- 65 • Einrichtung einer „*Marie-kosen Umarmungspflicht*“ zu Sitzungsbeginn, damit
66 die emotionale Kohäsion nicht verloren geht.
- 67 • Aufbau einer „*Nico-nischen Zone*“ für hochkonzentriertes Mitschunkeln.
- 68 • Einführung des *Adrian-Ehrenrunde-Prinzips*: Wer beim Wettnageln verliert,
69 schuldet der Gruppe eine symbolische Extrarunde Polka.
- 70 • *Alexandra-Bonusregel*: Wer beim Karaoke „Kling Klang“ fehlerfrei singt,
71 darf sich aus der nächsten Aufräumschicht herausreden.
- 72 • *Kai-ros-Klausel*: Bei spontanen Gelegenheiten zum Rudern ist sofort
73 einzusteigen – keine Ausreden.
- 74 • *Max-imalplenum*: Vor Beginn des Stiefeltrinkens ist eine symbolische Extra-
75 Sitzungsrunde einzuberufen, die so lange dauert, bis niemand mehr weiß,
76 worüber abgestimmt wird.

- 77 • *Melissa-Faktor*: Jedes Mitglied ist verpflichtet, mindestens einmal pro
78 Jahr eine Kirmesfloskel im politischen Diskurs zu platzieren.
- 79 Nur durch die radikale, ritualbasierte Öffnung des Verbandes gegenüber den
80 semiotischen Codes der Kirmes kann verhindert werden, dass die innere Kohärenz
81 in einem Zustand diskursiver Entropie verharret.
- 82 **Es bleibt festzuhalten: Wer nicht den Stiefel trinkt, verliert die Zukunft; wer**
83 **nicht rudert, bleibt zurück; und wer den den *Party Mix /Party Mix I* nicht kennt,**
84 **wird niemals Teil der Bewegung - konsequent- konsequent.**

Antragsbegründung

Erfolgt bestimmt mündlich. Oder so.